PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 11.11.1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

13. November 1975 Jg. 3 Nr. 45 50 Pfennig

Die Supermächte schüren die Widersprüche

Angola unabhängig!

Die portugiesische Kolonialherrschaft über Angola ist beendet. Am 11. November, dem Tag der Unabhängigkeit Angolas, hat der letzte portugiesische Hochkommissar mit einem Rest portugiesischer Soldaten das Land verlassen. Das ist ein großer Erfolg des langjährigen bewaffneten Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus, zu dessen Sturz die Befreiungsbewegungen in diesem oder jenem Umfang beigetragen haben, wie auch zur Verhinderung der neokolonialistischen Lösung, die Spinola anstrebte.

Die Befreiungsbewegungen haben die Pläne Spinolas, hinter denen der US-Imperialismus stand, dadurch zum Scheitern gebracht, daß sie alle konsequent am Standpunkt der vollständigen politischen Unabhängigkeit festhielten und ausgehend von diesem gemeinsamen Standpunkt sich einigten, gemeinsame Verhandlungen über die Übergabe der politischen Macht zu führen und eine gemeinsame Regierung zu bilden. Nur so konnten sie die Intrigen Spinolas und die Pläne des US-Imperialismus durchkreuzen.

Kaum aber hatte das angolanische Volk durch die Einigung dieser drei Befreiungsbewegungen und das Abkommen von Alvor diesen entscheidenden Erfolg über den portugiesischen Kolonialismus und die hinter ihm stehenden imperialistischen Mächte, insbesondere den US-Imperialismus, errungen, setzte die andere Supermacht alles daran, um diesen Erfolg zuschanden zu machen und die Unabhängigkeit Angolas, noch bevor sie vollständig errungen war, in eine Abhängigkeit vom Sozialimperialismus zu verwandeln. Das größte Hindernis dabei ist die Einigkeit des angolanischen Volkes und der drei Befreiungsbewegungen, die von der OAU anerkannt und unterstützt werden. Deshalb setzte die Sowjetunion alles daran, das angolanische Volk zu spalten und die drei Befreiungsbewegungen aufeinanderzuhetzen.

Obwohl sie alle den Standpunkt der vollständigen Unabhängigkeit gegen den portugiesischen Kolonialismus vertreten hatten und an ihrer Konsequenz alle neokolonialistischen Manöver hatten scheitern lassen, indem sie gemeinsam verhandelten, diffamierte die Sowjetunion zwei der Befreiungsbewegungen als "konterrevolutionär" und rüstete eine der Befreiungsbewegungen mit Waffen aus, um so einen Bürgerkrieg zu provozieren.

Forts. S. 2

gierung zu bilden. Nur so konnten sie die Intrigen Spinolas und die Pläne des US-Imperialismus durchkreuzen.

Kaum aber hatte das angolanische Volk durch die Einigung dieser drei Befreiungsbewegungen und das Ab-

freiungsbewegungen als "konterrevolutionär" und rüstete eine der Befreiungsbewegungen mit Waffen aus, um so einen Bürgerkrieg zu provozieren.

Forts. S. 2



Über 40 000 kamen zur DGB-Demonstration und Kundgebung nach Dortmund. Bestimmend waren Parolen des Klassenkampfes. Bericht auf Seite 4

Söldner des Finanzkapitals

Ende der letzten Woche haben sich in Frankfurt die Bankiers zu einer kreditpolitischen Tagung getroffen. Thema ihres Treffens: "Die Grenzen der öffentlichen Verschuldung". Franz Heinz Ulrich von der Deutschen Bank und entschieden einer der Obergötter im westdeutschen Finanzkapital, hat mit wünschenswerter Klarheit gesagt, wer die Grenzen der öffentlichen Verschuldung setzt und zu welchen Bedingungen die Regierung Kredit bekommt. Es gebe, so der Sprecher der größten deutschen Bank, eine Verpflichtung der Banken, sich in der Staatsfinanzierung zurückzuhalten, "falls die Haushaltsführung zu Besorgnis Anlaß gibt". Und vollends deutlich wurde er, wenn er betonte, daß es den Banken keineswegs nur um eine saubere Kassenführung geht, sondern um direkte Einwirkung auf die Gesetzgebung: "Es ist nicht damit getan, nach Einschränkung der Ausgaben zu rufen, sondern es müßten die Gesetze geändert werden, die die Grundlagen dafür bilden, daß wir alle über unsere Verhältnisse leben."

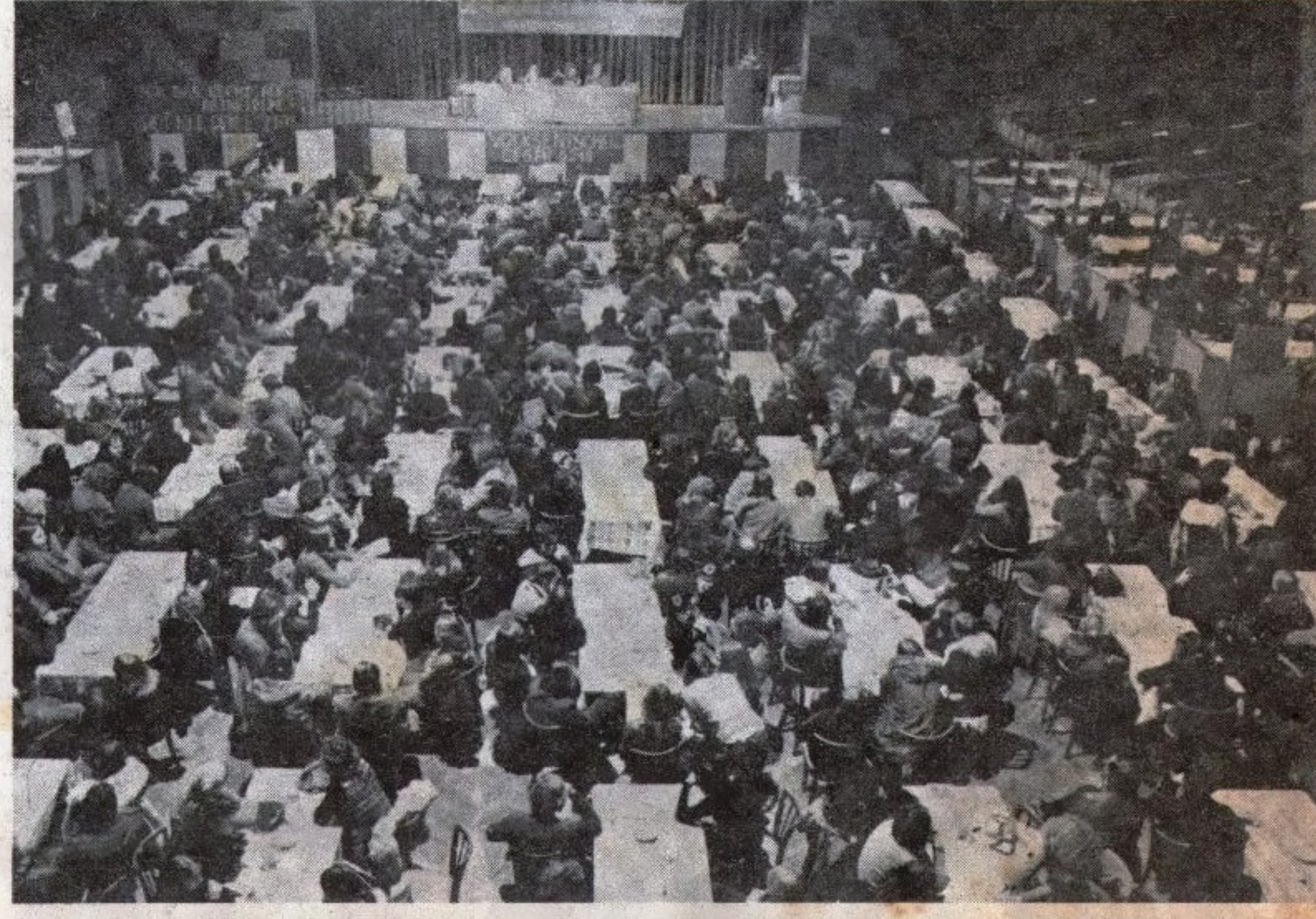
Das sagte der Vorstandssprecher zwei Tage, nachdem der Bundestag im Anschluß an die Haushaltsdebatte 44 Gesetzesänderungen und eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung beschlossen hat. Es muß also mehr zusammengestrichen werden an den Sozialversicherungen, am Schul- und Gesundheitswesen als bisher schon gestrichen worden ist. Einer der Untergötter der Deutschen Bank, Karl-Oskar Koenig, Aufsichtsratsvorsitzender bei der Deutschen Gesellschaft für Wertpapiersparen, einer Tochter der Deutschen Bank, ließ keinen Zweifel, auf wessen Kommando der Regierungshaushalt 1976 zustandegekommen ist: "1977 werde (der Kapitalmarktzins) von der Ausgabenpolitik der öffentlichen Hände abhängen, die man für 1976 weitgehend im Griff habe." (Frankfurter Rundschau, 6. November)

Der Finanzminister Apel ist ein gottesfürchtiger Mann. Auf dem letzten Kirchentag hat er erklärt, daß er nur unter Zwang zu einer Lüge bereit sei. In der letzten Woche stand der Minister unter Zwang. Er mußte den Bundeshaushalt 1976 und die Finanzplanung bis 1979 einbringen, und beide mußten so ausfallen, daß die Regierung bei den Obergöttern Kredit bekommt, allein 1976 für 58 Milliarden DM. In seiner Not hat der Minister Zuflucht zu einer Lüge genommen, nicht zu einer Lüge gegenüber den Bankgöttern, die sind in Haushaltsfragen allwissend. Er hat die Massen angelogen und vor dem Bundestag erklärt: "Die sozial Schwächeren in unserem Lande werden weiter geschützt." "Wir betreiben keinen Kahlschlag bei den öffentlichen Leistungen", hat er sich versündigt, und "unsere Haushaltspolitik wird vom Grundsatz sozialer Gerechtigkeit bestimmt".

Das waren angesichts beschlossener Steuererhöhungen, beschlossener Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, angesichts von 44 beschlossenen Gesetzesänderungen ziemlich halsbrecherische Lügen, von denen keineswegs sicher ist, ob die Massen sie dem Minister abnehmen. Man kann daraus schließen, daß die durch den Zorn der Finanzgötter heraufbeschworene Zwangslage schrecklich ist, wenn der Minister zu so gefährlichen Lügen greift.

Natürlich gehen halsbrecherische Lügen an die Nerven. Man weiß nie, ob man damit durchkommt, und auf die Dauer kann es sowieso nicht gut gehen. Da muß denn mal auf die Pauke gehauen werden, um auf andere Gedanken zu kommen. "Nach uns die Sparflut", sagen sich Minister und Abgeordnete und feierten unmittelbar nach ihren Haushaltsbeschlüssen unter diesem Motto das Bundespressefest. Sie ließen sich den Sekt durch die Gurgel fließen, während Arbeiter und Angestellte, die sie eben wieder angelogen hatten, gezwungen sind, für ihr tägliches Brot zu streiken. Das alles ist nicht ohne Risiko. Und die Götter vom Finanzkapital, die bei großen Beträgen genau sind, lassen es durchgehen, wenn ihre Puppen mal tanzen und zur Erholung die eine oder andere Million verjuxen. Es sind Söldner des Finanzkapitals, und dementsprechend führen sie sich auch auf.


Arbeiter bei Südrad in Ebersbach streiken gegen Kürzung des Weihnachtsgeldes. Hier bei der Blockade eines LKWs, der fertige Felgen abtransportieren sollte. Berichte über Streiks auf den Seiten 5 und 6.


In über hundert Städten führten die Komitees gegen den § 218 anläßlich der ersten Lesung des Gesetzes im Bundestag Aktionen und Veranstaltungen durch. In Westberlin kamen 1 200 zur Veranstaltung (Bild). Berichte auf Seite 9.

Spanien

Faschisten planen Massenaufmarsch in Madrid

Die Opposition gegen das Franco-Regime in Spanien steht derzeit weitgehend unter bürgerlicher Führung und ist bereits an der Frage zerstritten, ob für die Zeit nach Franco mit dem Bourbonenprinzen Juan Carlos ein Verfassungskompromiß gemacht werden kann oder nicht. Obwohl die Parteien in Spanien durchweg über feste organisatorische Strukturen verfügen, haben sie bis heute keinen festen Plan, wie sie die Initiative ergreifen wollen, um die Fortexistenz des Franco-Regimes zu verhindern.

Die spanische Bourgeoisie ist unschlüssig, wie weitgehend sie sich vom Faschismus trennen, eine wie weit reichende Liberalisierung sie fordern soll.

Das Zaudern der spanischen Bourgeoisie ist gut zu erklären. Sie will den Faschismus liberalisieren, sich selbst mehr Bewegungsfreiheit verschaffen, ohne doch ihrem eigentlichen Feind, der Arbeiterklasse, Raum zu geben für den Kampf um die eigenen Interessen und für die soziale Befreiung.

Die Bourgeoisie möchte sich darum faschistische Generalität, Guardia Civil, Politische Polizei durchaus erhalten. Sie will sie nur fester an die Leine nehmen, an ihre Leine. Einen großen Teil des mittleren Offizierskorps hat sie bereits unter ihrem Einfluß, Sie hat diesen Offizieren neben ihrem Dienst Posten in der Industrie verschafft, denn vom Offiziersgehalt allein ist ein standesgemäßes Offiziersleben nicht zu bestreiten. Und sie beeinflußt diese Offiziere über die wissenschaftliche Ausbildung, die ihnen verabreicht wird.

Aber die Führung von Armee, Verwaltung und faschistischen Organisationen – die Ultras, wie sie in Spanien heißen – hat sie nicht fest an die Leine bekommen. Hier dominiert nach wie vor der Großgrundbesitz. Hier läßt man nichts unversucht, um die Fortexistenz des Franco-Regimes zu sichern – ohne jede Liberalisierung. Die Ultras haben jetzt die Initiative ergriffen und den Weg der Massenmobilisierung beschritten. Auf den bevorstehenden Tag der Beerdigung Francos bereiten sie eine riesige Massendemonstration vor. Eine Demonstration, wie sie zu Francos Lebzeiten nicht gesehen worden ist. Alle faschistischen Organisationen, die alte Falange und die verschiedensten neuen, sollen zusammengefaßt werden. Sie verlassen sich dabei allerdings keineswegs auf die Kraft der faschistischen Bewegung. Den Militärgouverneuren wurde befohlen, feste Kontingente aus ihren Städten und Regionen nach Madrid zu beordern. (Le Monde, 8.11.)

Damit dieses Schauspiel gelingt, wird schließlich überall die Repression verschärft. Hörsaalweise werden die Studenten in den Universitäten verhaftet. Im Baskenland sind alle verdächtig gewordenen Personen festgesetzt. Und ähnlich geht es im ganzen übrigen Land. Die Unterdrückung soll total sein.

Der bürgerlichen Opposition möchte damit beizukommen sein. Der spanischen Arbeiterklasse nicht. Sie hat keinen Grund, vor dem Kampf mit den Faschisten zu zaudern und kann unmöglich mit ihnen einen Ausgleich suchen. Die Faschisten wollen mit ihrem Aufmarsch erreichen, daß die spanischen Arbeiter den Mut verlieren und wollen erreichen, sich als die wirklichen Sprecher des spanischen Volkes darzustellen.

Die spanischen Arbeiter in Westdeutschland haben gegen solche Versuche der Faschisten die Initiative ergriffen und für den 17. November zu einer zentralen Demonstration gegen das Franco-Regime nach Frankfurt aufgerufen. Man kann sich leicht vorstellen, was für ein erbärmliches Häuflein zusammenkäme, wenn die spanische Botschaft in der BRD unter den spanischen Arbeitern hier zu einer Pro-Franco-Kundgebung aufrufen würde. Und auch in der westdeutschen Arbeiterklasse und im westdeutschen Volk würde sich kaum eine Hand zur Unterstützung rühren. Das wird bei der Demonstration gegen das Franco-Regime in Frankfurt anders sein. Eine gerechte Sache verdient breite Unterstützung und wird sie erhalten. – (gj)

Forts. von S. 1

Angola unabhängig!

Dabei nutzte sie Differenzen zwischen den Befreiungsbewegungen aus.

Alle Völker der Welt hofften auf Einheit des angolanischen Volkes und wünschten der Übergangsregierung vollen Erfolg bei der Vorbereitung der endgültigen Übernahme der politischen Macht. Die Sowjetunion aber setzte auf Spaltung. Damit hat sie sich nicht nur selber massiv in die Angelegenheiten des angolanischen Volkes eingemischt mit dem Ziel, dessen Unabhängigkeit zu sabotieren, sie hat damit auch der anderen Supermacht und anderen imperialistischen Mächten die Möglichkeit gegeben, sich einzumischen. Sie hat Angola in einen Tummelplatz der Rivalität der Supermächte um die Weltherrschaft verwandelt.

Aber wie das Volk von Angola durch die Einigung gegen den gemeinsamen Feind schließlich den Sieg über den portugiesischen Kolonialismus errungen hat, wird es auch in der Lage sein, die Einmischung des Sozialimperialismus zurückzuschlagen und Angola gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte und gegen jede imperialistische Einmischung zu sichern. Die Einigung der drei Befreiungsbewegungen fürchtet der Sozialimperialismus wie der Vampir die Morgensonne. Das hat er jetzt wieder gezeigt, als er die Einigungsbemühungen der OAU direkt sabotiert hat und mit einer Erklärung herausgeplatzt ist, er werde nur eine Alleinregierung von einer der Befreiungsbewegungen anerkennen. Mit diesem Sabotageakt hat der sowjetische Sozialimperialismus erneut bewiesen, daß er ein erbitterter Feind der Unabhängigkeit des angolanischen Volkes ist.

Die historische Erfahrung lehrt, daß nur die Einheit die Völker der Dritten Welt zum Sieg über den Imperialismus und das Hegemoniestreben der Supermächte führen kann. Daran werden die imperialistischen Spalter schließlich scheitern. Wir grüßen die Unabhängigkeit des Volkes von Angola. Den Einigungsbemühungen der OAU wünschen wir viel Erfolg. Dem Volk von Angola wünschen wir weitere Siege auf dem Weg seiner Befreiung. – (Red.)

Paragraf 218 im Bundestag

"Es geht schlicht und einfach um die Autorität des Rechts." Dr. Eyrich CDU/CSU

"Es ist nicht die Frage der sittlichen Billigung, sondern es ist die Frage danach, ob wir *mit dem Mittel des Strafrechts in die Konfliktsituation der Frau hineinleuchten sollen.*" Dr. Eyrich CDU/CSU

"Es ist wirklich an der Zeit, daß wir *die vorhandene Rechtsunsicherheit beseitigen* und vor allem die gebotenen *Hilfen* bringen." Dr. Timm SPD

"Ein weiteres Problem bleibt die *Verfolgungspraxis* ... ich habe oft gesagt, daß es grotesk ist, wenn dieser Paragraf mit so hohen Worten *für so niedrige Strafen aufrechterhalten wird.*" von Schoeler FDP

"Sie wissen doch auch, wenn sich alle *Frauen an eine Beratungsstelle wendeten ...*" von Schoeler FDP

"Wieso alle?" Zwischenruf von Frau Verhülsdonk CDU

"Es ist kaum anzunehmen, daß das Bundesverfassungsgericht eine gesetzliche Regelung *anordnet, die es selbst für verfassungswidrig hält.*" Dr. Penner SPD

"Sehr wahr", "Schwer zu bestreiten", "Hat er eigentlich recht", "Sehr wahr" (vollständiger Diskussionsbeitrag) Wehner SPD

"Meine Damen und Herren, der Ausdruck *Blödsinn ist nicht parlamentarisch.*" Dr. Jaeger, Vizepräsident

"Es ist nicht leicht, über eine Frau zu entscheiden und zu sagen, das ist eine Notlage, das ist keine Notlage." von Schoeler FDP

Am liebsten hätte ich ihm eine geschmiert Frau B. in der KVZ

Wiedervereinigung der beiden Vietnam

Die Wiedervereinigung von Nord- und Südvietnam steht bevor. Ihr wird die Durchführung von allgemeinen Wahlen vorausgehen, die im ganzen Land durchgeführt werden sollen. Diese Wahlen haben zum Zweck, eine Nationalversammlung zu bestimmen, die über die Annahme einer neuen Verfassung entscheiden wird. Im Süden wurde inzwischen eine Delegation gebildet, die die verschiedenen politischen Kräfte widerspiegelt und die den Auftrag hat, mit der Delegation des Nordens die Durchführung der Wahlen und die Wiedervereinigung vorzubereiten. Das wurde auf einer Pressekonferenz am 3. November in Saigon mitgeteilt. – (nach Le Monde, 11.11.)

Wie der Bundeshaushalt zustande kam

Straffe Zügel für die Bundesregierung

Der Bundeshaushalt "baut auf den Ergebnissen unserer Regierungszeit auf, konsolidiert Erreichtes, baut Privilegien ab, setzt Bewährtes fort, er ist Element unserer Reformpolitik". So stellte Finanzminister Apel letzten Donnerstag den Haushalt für 1976 vor. Auch die 58 Milliarden DM benötigten Kredite ließen sich wohl beschaffen.

Diese aufgeblasene Zuversicht ist einigermaßen lächerlich, wenn man bedenkt, daß just in diesen Tagen die größte Stadt der USA ihre Zahlungsunfähigkeit erklären muß, daß die Partei des Ministers erstmals auf die Regierungssessel kam, nachdem die Regierung Erhard Ende 1965 nach Aussage ihres Finanzministers keine weiteren Kredite mehr bekam, wenn man schließlich sich erinnert, wie dieses neueste "Element der Reformpolitik" zustandekam.

Die Regierung ist abhängig von den Krediten der Kapitalisten

Mitte des Jahres zeichnete sich ab, daß der Bundeshaushalt ein Loch von fast 40 Milliarden DM im laufenden Jahr haben wird. Dies fehlende Geld mußte bei den Banken ausgeliehen werden, wo die Regierung schon hoch in der Kreide stand.

Den größten Teil des Geldes haben die Banken als direkte Kredite verliehen, einen weiteren Teil durch den Ankauf von **Staatsanleihen.** Sie geben Geld und bekommen dafür ein Papier, das dem Besitzer jährlich festen Zins abwirft und für das er nach acht oder zehn Jahren den vollen Wert zurückbekommt; und an der Börse können sie mit diesen Papieren spekulieren. Anstatt daß nun die Regierung durch den Verkauf neuer Anleihen zu Geld kam, passierte das gerade Gegenteil. Im Juli boten die Banken selbst aus ihrem Besitz für 700 Millionen DM alte Staatsanleihen zum Kauf und überschwemmten damit die Börse. Käufer gab es dafür nicht, denn nicht bloß ein paar Börsenmakler oder Privatbankiers steckten dahinter. Das Finanzkapital selber bekundete der Regierung unmißverständlich sein Mißfallen. Und das geschah auf die denkbar wirkungsvollste Weise: durch Sperrung des Kredits, Verweigerung von Staatsanleihen.

Man muß sich den technischen Vorgang denken wie bei jeder anderen Ware auch. Das Angebot an Staatsanleihen war groß, die Nachfrage gleich null. Folge mußte ein ungeheurer Preis- bzw. Kursverlust sein. Das macht die Ware schlecht; für einen Fabrikherrn bedeutet es, daß er zu wenig für seine Waren erlöst, für die Regierung bedeutet es, daß sie für eine neu ausgegebene Anleihe – bei gleichem Zins wie zuvor – weniger Geld hereinbekommt. Je mehr die Banken den Kurs der umlaufenden Papiere drücken können, um so teurer wird die Geldleiherei für die Regierung, womit für die Banken die Rendite steigt.

Um also nicht ganz vom Geld abgeschnitten zu sein, mußte die Regierung den Kurs der Anleihen hoch halten und dazu künstliche Nachfrage nach ihren eigenen Anleihen schaffen. Also reagierte die Staatsbank mit sogenannten Kursstützungskäufen, d.h. die Bundesbank mußte als Käufer für die verramschten Anleihen auftreten und den Banken, die sie nicht mehr mochten, den alten Kurs bezahlen.

Weidlich nutzten die Banken diese Klemme, veranstalteten einen wahren Ausverkauf ihrer Anleihen und bekamen trotzdem den alten überhöhten Preis erstattet. Durch die Verkaufserlöse schwammen sie noch mehr im Geld und konnten der Regierung mühelos diktieren, was sie zu tun hat, wenn sie nicht ausgetrocknet werden will. Dieser kräftige Wind muß jede Regierung in Trab setzen, so auch den "Macher" Schmidt.

Das Krisenprogramm wird diktiert

Zunächst legte am 14. August Finanzminister Apel dem obersten Organ der Staatsbank – dem **Zentralbankrat** – den an die Finanzkrise angepaßten Nachtragshaushalt für das laufende Jahr und den Haushaltsplan für 1976 zur Begutachtung vor. Zur Schmeichelung des Bankiers wurde außerdem eine Senkung des Diskontsatzes beschlossen, womit die Banken beim Geldverleihen noch mehr verdienen. Am 20. August trifft sich das höchste Bankkartell der BRD (der **Zentrale Kapitalmarktausschuß**) und beschließt, daß die Regierung bis auf weiteres keine Anleihe mehr auflegen darf. Es ist der ausdrückliche Beschluß, die Regierung an die kurze Leine zu nehmen.

Am selben Tag – während die Politikerkollegen noch im Urlaub weilen – holt sich Kanzler Schmidt seinen innersten Führungsstab nach Brahmsee zur Krisenkonferenz. Es sind Wirtschaftsminister Friderichs, FDP-Vorsitzender Genscher, Finanzminister Apel und Bundesbankpräsident Klasen. Die Herren beschließen einen Angriffsplan auf das Volk mit über vierzig Gesetzesänderungen – von ihnen als "Sparprogramm" bezeichnet. Erhöhung der Steuern, weitere Zerstörung der Sozialversicherung, Streichung erkämpfter staatlicher Leistungen, dazu 5,75 Milliarden DM weitere Geschenke an die Kapitalisten.

‚So klein ist der Kreis der Eingeweihten, daß noch am selben Tag der Minister Arendt bei der Eröffnung der Herrenmodenmesse erklärt, an all dies sei keinesfalls gedacht.

‚Gerade eine Woche später beschließt die Bundesregierung endgültig ihre Maßnahmen.

Die Profitgier ist unersättlich

Sein Hauptziel hat das Finanzkapital damit erreicht. Der Bundesbankbericht vom September dazu: "Um das Vertrauen in den (Kapital-) Markt zu festigen, bedurfte es nicht zuletzt auch eines Beitrags der Finanzpolitik. Die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur Verbesserung der Haushaltsstruktur sind auch in diesem Zusammenhang zu bewerten."

Doch das Vertrauen wollten die Bankiers schon auch noch absichern und dabei auch etwas mehr als zuvor verdienen an der Finanzkrise. Statt gegen Anleihen leihen sie der Regierung das Geld nur noch zu höherem Zins und gegen **Schuldscheine.** Das sind praktisch Kreditverträge, für die sie bereits in kurzer Zeit, nach zwei oder vier Jahren, das geliehene Geld zurückbekommen. Die "Süddeutsche Zeitung" vom 6. November schreibt, ein Kreditkonsortium (eine Art Bankenkartell) habe es nicht gegeben für den Bund, doch "ein wenig 'Konzertierte Aktion' ist schon gemimt worden". Durch die kurzfristigen direkten Kredite ist die Regierung jetzt noch besser an der Leine als durch Anleihen-Verschuldung – eben direkt.

Um die Aktion fürs erste abzuschließen, mußte nun die Bundesbank noch gezwungen werden, ihre Kursstützung aufzugeben, damit die Banken auch bei den Anleihen langsam wieder ins Geschäft kommen mit einer höheren Rendite. Am 22. Oktober werfen die Banken an einem einzigen Tag für 600 Millionen DM Staatsanleihen auf den Markt; an der größten Börse in Frankfurt ist das mehr als sonst in einem ganzen Monat umgesetzt wird. Es ist eine Drohung an die Bundesbank, daß sie den Kurs der Staatsanleihen nicht gegen den Willen der Finanziers hochhalten kann – ein Warnsignal einen Tag vor der Sitzung des Zentralbankrates.

Für 8 Milliarden DM mußte die Bundesbank bis dahin Anleihen aufkaufen. Am 23. Oktober beschließt sie, die Stützungskäufe einzustellen. Das "Handelsblatt" meldet: "Bundesbank wirft das Handtuch." Die Kurse für Staatsanleihen fallen sofort um etwa 1,75 Prozent, mehr als jemals seit Bestehen der Bundesbank. Die Regierung ist zu Kreuz gekrochen. Doch bereits letzten Montag forderte der Börsenbeobachter des "Handelsblatt" eine neue "**attraktiv ausgestaltete**" Bundesanleihe, und noch bevor der Anleihestopp aufgehoben ist, droht er erbost, "es wäre gut, wenn die öffentlichen Kapitalnehmer von dem hohen Roß, auf dem sie schon wieder zu sitzen scheinen, herunterkommen". Blind vor Habgier lechzen die Bankiers nach der staatlichen Pfründe. Sie wissen, daß im nächsten Jahr eine Kreditaufnahme von 58 Milliarden DM im Bundeshaushalt vorgesehen ist. Das ist mehr als halb soviel, wie sich in den ganzen Jahren seit Gründung der BRD an Schulden angesammelt hat. Und bereits im nächsten Jahr werden die Banken 6 Milliarden Zinsen allein aus dem Bundeshaushalt kassieren, 1979 fast 15 Milliarden DM.

Auf einer Tagung in Frankfurt hat der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Ulrich, letzte Woche ganz unverblümt die Absichten des Finanzkapitals dargelegt. Die Banken seien verpflichtet, sich in der Staatsfinanzierung **zurückzuhalten,** falls die Haushaltsführung Anlaß zu **Besorgnis** gebe. Es sei nicht damit getan, "nach Einschränkungen zu rufen", sondern es müßten "die **Gesetze geändert** werden, die die Grundlage dafür bilden, daß wir alle über unsere Verhältnisse leben". Entscheidend werde sein, ob die Banken die **Überzeugung gewinnen** könnten, daß wirklich im Gesamtbereich des Staates die nötigen Schritte getan würden, um zu einer Abkehr von der Defizitwirtschaft zu kommen.

Die Deutsche Bank ist eine von den drei Großbanken, die praktisch den gesamten Zahlungsverkehr in der Bundesrepublik kontrollieren. Als erste dieser Banken hat die Commerzbank jetzt angekündigt, daß sie ihren Aktionären in diesem Jahr eine höhere Dividende (18 Prozent) als schon im "Bankenspitzenjahr" 1974 zahlen würde. Der sprudelnde Profit sei insbesondere dem Zinsüberschuß sowie dem Emmissions- (Ausgabe von Anleihen) und Börsengeschäft zu verdanken. Und die "Frankfurter Rundschau" spricht von einer "**bildschönen Börsenkursentwicklung bei den Großbanken**".

Wie könnte sich die unbarmherzige Diktatur einer Handvoll Finanzkapitalisten über die ganze Gesellschaft deutlicher erweisen? – **(fb)**

US-Flottenverband in der Ostsee

Kiel. Bis zum 4. November führte ein amerikanischer Flottenverband Seemanöver in der Ostsee durch. Zu dem Verband gehörte u.a. ein Lenkwaffen-Kreuzer, ein Lenkwaffen-Zerstörer, eine Fregatte, ein Zerstörer, ein Tanker.

Freilassung der Häftlinge des Cabora-Bassa/McNamara-Prozesses!

Am 2. Dezember haben drei der fünf im Cabora-Bassa/McNamara-Prozeß Verurteilten zwei Drittel ihrer achtmonatigen Haftstrafe abgesessen (Burkhart Braunbehrens, Jochen Noth, Joscha Schmierer). Dietrich Hildebrandt ist zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Uwe Kräuter befindet sich noch in Freiheit.

‚Die Klassenjustiz muß jetzt entscheiden, ob sie den Rest der Gefängnisstrafe auf Bewährung aussetzt. Zu dieser Entscheidung ist sie verpflichtet nach § 57 des Strafgesetzbuches, sofern die Häftlinge in eine "bedingte Freilassung" einwilligen. Die Häftlinge haben in eine "bedingte Freilassung" eingewilligt, denn es gibt in der bürgerlichen Gesellschaft für Revolutionäre ohnehin nur bedingte Freiheit: bedingt durch die Kräfteverhältnisse zwischen den feindlichen Klassen und die Fähigkeit der revolutionären Organisationen, die Schläge der Reaktion und der Klassenjustiz zu parieren.

In welchem Sinne sich die Genossen bewähren wollen, daran haben sie auch in ihrer Haftzeit keinen Zweifel gelassen.

Zentrales Komitee des KBW
Ständiger Ausschuß

Inzwischen hat die für die Justizvollzugsanstalt Waldshut zuständige Spruchkammer die "bedingte Freilassung" des Genossen Schmierer für den 2. Dezember angeordnet. Die "Bewährungsfrist" geht über zwei Jahre und ist mit der Auflage verbunden, jeden Wechsel des Wohnorts unverzüglich zu melden.

New York

Metropole des amerikanischen Finanzkapitals steht vor dem Bankerott

New York, die Metropole des amerikanischen Finanzkapitals, steht vor dem Bankrott. Bislang hat Präsident Ford jede Form von Bundeshilfe für die Acht-Millionen-Stadt abgelehnt. "Wenn Sie eine heroinsüchtige Tochter hätten, würden Sie ihr auch keine 100 Dollar geben, sondern sie zu einer Entwöhnungskur schicken", erklärte ein Sprecher des Weißen Hauses auf die Frage nach den Aussichten für eine Finanzhilfe aus Washington. Der Vergleich der Hauptstadt des Finanzkapitals mit einer Rauschgiftsüchtigen ist ein Eingeständnis der Verfaulung des Kapitalismus, wie man es nicht oft aus dem Mund eines Bourgeois hört.

Von New York aus lenkt das US-Finanzkapital seine Geschäfte. Dort zentralisiert es die Reichtümer, die es zieht aus der Ausplünderung der Welt und aus der Ausbeutung der amerikanischen Arbeiterklasse. Die größten Banken der Welt haben dort ihren Sitz. Und trotz dieser beispiellosen Anhäufung von Reichtum steht die Stadt New York vor dem Bankrott. Das Finanzkapital, dem die Stadt gehört, hat sie in ein parasitäres Gebilde verwandelt und die Masse seiner Bevölkerung in die Armut gedrückt. Auf New York trifft gut die Schilderung zu, die Lenin über die Metropolen des Imperialismus wiedergibt: "Ein Häuflein reicher Aristokraten, die Dividenden aus dem Fernen Osten beziehen, mit einer etwas größeren Gruppe von Angestellten und Händlern und einer noch größeren Anzahl von Dienstboten und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren. Was immer weiter zurückgeht, ist die Fabrikproduktion."

Für die Bevölkerung New Yorks bedeutet das, daß Hunderttausende keine Arbeit finden. Nirgendwo in den USA ist die Armut so groß wie in New York. Das Heer der Wohlfahrtsempfänger, die kaum eine Aussicht haben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, geht in die Hunderttausende.

Für die städtischen Steuerbehörden ist bei den Massen der Armen wenig zu holen, die besteuerbare arbeitende Bevölkerung schrumpft und die Reichen haben ihre Wohnsitze außerhalb der Stadt im Grünen. Das Finanzkapital aber bezahlt nicht die öffentlichen Haushalte: Es kreditiert sie und verdient am Kredit. Den großen Banken gehört buchstäblich die Stadt, und ihre Hauptsorge ist es, aus dem bevorstehenden Bankrott unter Garantie ihre Kredite und Anleihen herauszukommen. Dazu sind die verschiedensten Schritte schon unternommen worden.

New York gehört den Banken

Seit dem letzten Frühjahr ist die gegenwärtige Zuspitzung die vierte Beinahe-Zahlungsunfähigkeit (Time, 27. Oktober). Bereits im Winter wurde eine besondere Gesellschaft, die Municipal Assistance Corporation (MAC), speziell zum Vertrieb von städtischen Schuldscheinen gegründet. Im August sorgten die Großbanken dafür, daß der Staat New York die Schulden der Stadt mit seinen eigenen verknüpfte und damit als Garant für die Rückzahlung einsprang. Das langte nicht. Die Schuldscheine fielen weiter im Kurs, der erforderliche neue Kredit, um die Zinszahlungen für den alten zu leisten, war nicht mehr aufzutreiben. Unmittelbar werden 750 Millionen benötigt, bis Ende Juni 1976 steigt der Bedarf auf 11 Milliarden Dollar und mit 12 Milliarden Dollar ist die Stadt derzeit schon verschuldet.

Es ist nicht genau zu überblicken, bei wem die Stadt im einzelnen verschuldet ist. New Yorker Großbanken besitzen Anleihen der Stadt über 1 Milliarde Dollar und verdienen daran sieben bis neun Prozent im Jahr, also 70 bis 90 Millionen Dollar. Für mindestens weitere 2,5 Milliarden besitzen sie Anleihen des Staates New York und seiner rechtlich selbständigen Körperschaften. Ferner steht die Stadt mit 1 500 Firmen im Handel, die bei einem Bankrott um Bezahlung ihrer Rechnungen fürchten müssen.

So hat etwa die Edison-Gesellschaft, Monopollieferant der Stadt für Strom und Gas, angekündigt, daß sie wahrscheinlich bankrott geht, wenn sie zwar Steuern an den Staat zahlt, aber ihre Rechnungen von der Stadt nicht bezahlt werden (pro Jahr 350 Millionen Dollar).

Wer soll für die Schulden aufkommen

Wenn Präsident Ford sich gegenwärtig weigert, eine Bundeshilfe für New York zu zahlen, so drückt das aus, daß beträchtliche Teile der amerikanischen Bourgeoisie nicht einsehen, warum sie für die Kredite der New Yorker Großbanken zahlen sollen. Der Krach um diese Frage ist beträchtlich. Vizepräsident Rockefeller, dessen Bruder die Chase Manhattan Bank besitzt, hat sich entschieden für Bundeshilfe an New York ausgesprochen. Daß Ford sie ablehnte und erst eine Bankrott-Erklärung will und die Einsetzung eines Konkursrichters, führte dazu, daß Rockefeller ankündigte, nicht mehr mit Ford zusammen im nächsten Jahr zu kandidieren. Die Bankiers wollen schon direkt darüber entscheiden, was mit den laufenden Einnahmen der Stadt New York geschieht, und kein Konkursgericht darüber befinden lassen, ob ihre Anleihen auch als erste zurückgezahlt werden.

Einig sind sich beide Gruppierungen darin, daß die breiten Massen für die riesige Schuld aufkommen müssen, wenn sie auch schwer abschätzen können, welchen Aufruhr im Volk sie zu gewärtigen haben, und vor allem welchen Aufruhr in New York selber.

Dort ist z.B. das Universitätsstudium billiger als sonst in den USA. Statt mehrerer Hundert Dollar im Jahr zahlen die 25 000 Studenten an der Städtischen Universität "nur" 110 Dollar. Das ist den Bourgeois natürlich ein Dorn im Auge, andererseits können sie sicher davon ausgehen, daß die Studenten eine Erhöhung der Studiengebühren nicht kampflos hinnehmen werden.

Ein weiteres Beispiel, das die Bourgeois um Ford gern anführen, ist die teure Müllabfuhr. Kampfstarke Gewerkschaften haben zum Teil Löhne durchgesetzt, die erheblich über den landesüblichen liegen. Und wenn es Arbeitern so gut geht, daß sie sich mehr als zwei Hosen im Jahr leisten können, so ist das für alle Bourgeois ein sicheres Indiz, daß hier verschwenderisch gewirtschaftet wird.

Das Sanierungsprogramm der Regierung

Entsprechend sehen denn auch die Sanierungsprogramme aus, über die man sich allerdings noch nicht im Detail geeinigt hat. Soviel ist jedenfalls klar: Die 32 211 städtischen Arbeiter und Angestellten, die bereits entlassen wurden, sind keineswegs genug (darunter waren 7 077 Lehrer).



Polizei wird weiter benötigt, um die Arbeitslosen zu bewachen

Nach Vorstellungen der Stadt sollen weitere 8 000 entlassen werden, nach Vorstellungen der Regierung nochmals 30 000.

Die Löhne sollen eventuell nur teilweise ausgezahlt werden, für den Rest kriegt der Arbeiter dann einen Gutschein, von dem er sich später, wenn die Stadt wieder mal zahlungsfähig werden sollte, dank der Inflationsrate bestimmt noch ein Butterbrot oder gar zwei wird leisten können.

Die Renten sollen gekürzt werden oder die Rentenbeiträge erhöht.

Die Regierung bereitet eine Gesetzesänderung vor, so daß dann von den Gerichten bestimmt werden kann, welche Schulden gezahlt werden und welche nicht.

Ford hat die Leitlinie dafür schon angegeben: "Polizei, Feuerwehr und anderes Wesentliche soll weiter funktionieren", der Bau von Schulen und Krankenhäusern ist ohnehin bereits gestoppt (Newsweek, 10. November). Schutz gegen Eigentumsdelikte und gegen Vernichtung von Eigentum durch Feuer – das ist also nach Auffassung des Präsidenten das Unentbehrliche, was trotz Bankrott aufrechterhalten bleiben soll. Alles andere wie Gesundheit und Ausbildung ist ja tatsächlich für das Funktionieren des Kapitalismus nicht elementar. Die Armen der Stadt überweist der Präsident der USA damit der absoluten Not. Priorität hat der Schutz des Eigentums – wer keines hat, der ist überflüssig und soll verrecken.

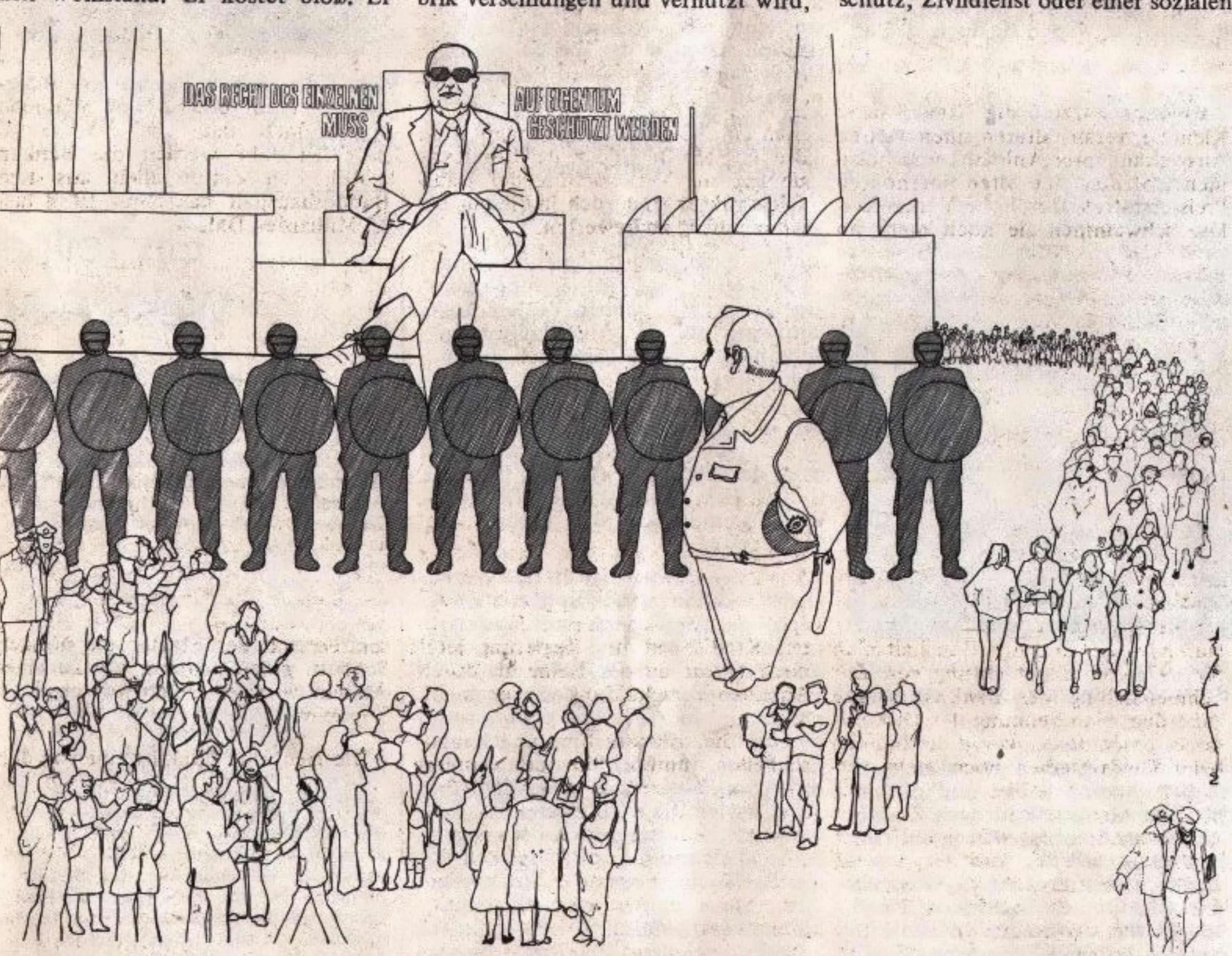
Die Maßnahmen von Stadtverwaltung und Regierung stoßen auf Widerstand, und dieser Widerstand bleibt nicht auf New York beschränkt. In der ersten Septemberwoche haben die Lehrer von 976 New Yorker Schulen gestreikt. Ihr Streik richtete sich gegen die Entlassung von 7 000 Lehrern, gegen Klassenstärken von 45 Schülern und gegen die Erhöhung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Dabei sind die Lehrer von vielen Eltern und Schülern unterstützt worden.

Kampfmaßnahmen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes blieben nicht nur auf New York beschränkt. In dieser ersten Septemberwoche haben in den USA insgesamt fünfzig verschiedene Lehrerstreiks stattgefunden. Erfaßt wurden davon 2 000 000 Schüler.

Im ganzen Land sind auch Streiks von Polizei- und Feuerwehrleuten durchgeführt worden. Und alle diese Maßnahmen sind ergriffen worden, obwohl es ein Streikverbot für öffentliche Angestellte gibt.

Die Verhältnisse geraten unter dem Druck der Krise auch in den USA in Bewegung. – **(mif, Karlsruhe/Red.)**

Das sicherheitspolitische Konzept der FDP



Gegenwärtig basteln die Liberalen an einem "sicherheitspolitischen Konzept". Wenig verwunderlich, wo doch die allgemeine Unsicherheit der normale Lebenszustand für die Millionenmassen der Werktätigen wird. Unsicherheit der Existenz, das ist die tagtägliche Erfahrung der Arbeiterklasse, Spielball des Chaos der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Kanonenfutter an der Produktionsfront, wo die Maschinen laufen.

Die FDP kann also mit einer gewissen Resonanz rechnen, wenn sie ein "sicherheitspolitisches Konzept" vorlegt.

"Wir haben die Gefahren zusammengefaßt, die Leib und Leben des Bürgers bedrohen", und: "Manche wollten noch Fragen wie Sicherheit am Arbeitsplatz einbeziehen, aber wir haben uns auf die Bedrohung durch physische Gewalt beschränkt."

Arbeiter, merkt es euch. Nichts "Physisches" ist euch widerfahren, wenn ein Finger in die Presse kommt, wenn giftige Dämpfe Haut und Lungen verätzen. Und es betrifft auch nicht euren "Leib" und euer "Leben". Ihr habt sozusagen angeborenes Pech. Gegen diese Sorte "Unsicherheit" kann man nichts machen. Als FDP-Parteitag.

Vielmehr muß das "Bewußtsein der Bürger" dahingehend mobilisiert werden, "daß sie nur die Früchte der Freiheit und des Wohlstandes genießen können, wenn sie auch bereit sind, sich dafür mit oder ohne Waffen einzusetzen".

Um die Sicherheit der Arbeiter und der werktätigen Massen kann es dabei nicht gehen. Geht es auch nicht. Der Arbeiter hat keine Probleme mit dem "Genuß von Früchten des Wohlstandes in Sicherheit". Er hat den Wohlstand nicht. Er schafft ihn bloß, und die Kapitalisten genießen ihn.

Die Mobilisierung des Bewußtseins der Bürger für das hohe Ziel jedes Raubtiers, den freien und sicheren Genuß der Beute, wird also schwerfallen.

Der Wohlstand und der Reichtum der Gesellschaft werden von den Arbeitern geschaffen. Von nichts kommt nichts. Ein Professor oder Innenminister wie Maihofer schafft keinen Wohlstand. Er kostet bloß. Er hat Sicherheit zu schaffen. Daß der Wohlstand aus den Händen der Arbeiter, die ihn schaffen, in die Finger der Kapitalisten kommt, die ihn genießen.

Daß sich die "Bürger" dafür mit oder ohne Waffen einsetzen, ist nicht wahrscheinlich. Besteht doch die große Zahl der Bürger unseres Landes aus Arbeitern und Lohnabhängigen. Deren Leib und Leben nach Ansicht des FDP-Parteitages durch nichts Physisches bedroht ist, sondern durch einen natürlichen Vorgang in der Fabrik verschlungen und vernutzt wird, wobei der Wohlstand entsteht, den die Kapitalisten genießen.

Dieser schutzbedürftige Vorgang der **Ausbeutung** kann nicht gesichert werden, indem man den Bürgern gestattet, sich frei im Waffenhandwerk auszubilden. Im sicherheitspolitischen Konzept der FDP ist Derartiges auch nicht vorgesehen. Es könnte die Freiheit dieser Genießer nicht bloß beeinträchtigen, sondern schließlich auch noch beenden. Vielmehr soll jeder verpflichtet werden, zu "Wehrdienst", Katastrophenschutz, Zivildienst oder einer sozialen Ausgleichsabgabe der Nichtdienenden.

Das "Eintreten für die Freiheit" soll sich also keineswegs "frei" vollziehen, sondern es sollen alle Bürger den Segnungen der Wehrdisziplinarordnung und ähnlich "freier" Regelungen unterworfen sein. Wenn nicht, sollen sie zahlen. Das ist liberal.

Unter der Flagge der "Sicherheit des Bürgers" geht es darum, die Polizeikasernen aufzufüllen.

Folgerichtig enthält das "sicherheitspolitische Konzept" gleich noch Rezepte, wie für die innere Sicherheit der Sicherheitsorgane gesorgt werden muß. Im öffentlichen Dienst sollen die Beschäftigten sicher gemacht werden. "Wer sich nicht zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennt und nicht für ihre Erhaltung eintritt" (mit oder ohne Waffen), "gehört nicht in den öffentlichen Dienst".

Das ist klar. Die Genießer der Früchte des Wohlstandes sind wenige in dieser Gesellschaft. Sie brauchen einen starken Schutzwall um sich. Das ist der Staat. Und wenn sich in der Besatzung dieses Schutzwalles Zweifel herausbilden, ob es weise ist, die Hyänen beim Verzehr der Beute vor allen Störungen durch Einsatz von Leib und Leben zu bewahren, dann müssen diese Leute weg. Sie sind ein Sicherheitsrisiko.

Weil aber diesen Liberalen klar ist, daß solche Verhältnisse die organisierte Gegenwehr der Arbeiterklasse und der Volksmassen hervortreiben, schließt das sicherheitspolitische Konzept mit dem Aufruf "Die Bürger sollten sich mehr für den Verfassungsschutz engagieren". Und die Verfassungsschutzbehörde solle mehr als bisher in "anarchistische und terroristische Gruppen eindringen".

Von dem Engagement der Bürger wird sich nicht viel versprochen. Eine Behördenaufgabe ist diese Schmutzigkeit. "Leib und Leben" jener Bürger, die es haben, sind dafür auch zu kostbar. Dafür muß man Kreaturen kaufen.

Geradeso wie sich die Besitzer der Fabriken und Banken, die Reichen im Lande, Professoren wie den Maihofer, Advokaten wie Genscher und verhinderte Weinreisende wie den derzeitigen Bundespräsidenten Scheel kaufen, die das Lied der Freiheit in den höchsten Tönen vorsingen. Wenn man genug hinhört, merkt man aber, daß sie mit dem Polizeiknüppel auf die Pauke hauen. Sie wissen schon, daß die Massen in diese Melodie nicht einstimmen werden. Dann brauchen sie Knüppel. – **(m.a.)**



Vor der Westfalenhalle. Zehntausende wurden von der Abschlußkundgebung ausgesperrt.

DGB - Demonstration in Dortmund

Losungen des Klassenkampfes beherrschten das Feld

Rund 40 000 Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik sind am 8. November zu der zentralen Kundgebung des DGB zusammengekommen. Die bürgerliche Presse, die Zeitungen der Kapitalisten wie "Handelsblatt" und "Frankfurter Allgemeine Zeitung" reagierten am nächsten Tag aufgescheucht und hetzten gegen die Gewerkschaften. Die "Frankfurter Allgemeine" schreibt am Montag: "Man fragt sich ernsthaft, ob dieser Gewerkschaftsbund angesichts Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und ungewisser Zukunft keine andere Sorge hat, als Unruhe und Unsicherheit jetzt zu schüren und Radikalismus zu mobilisieren." Das "Handelsblatt" berichtet gleich auf einer ganzen Seite über die verschiedenen Gruppierungen, die an der Demonstration in Dortmund teilgenommen haben, und ist entsetzt darüber, daß die Unternehmer und die FDP auf der Kundgebung angegriffen wurden. Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Köln bezeichnete die Kundgebung des DGB als ein großangelegtes Manöver, "um sich aus der eigenen Verantwortung für die Rezession und die Arbeitslosigkeit zu stehlen", und weiter wird in einer Erklärung ausgeführt, daß die gegenwärtige Krise "in erster Linie eine Kostenkrise" sei, an der die "seit 1970 weit überzogene gewerkschaftliche Lohnpolitik einen entscheidenden Anteil habe".

Die Reaktion der bürgerlichen Öffentlichkeit und der Kapitalistenklasse auf die Kundgebung in Dortmund ist nichts weiter als die Furcht vor der organisierten Arbeiterschaft, die sich in Gewerkschaften zusammengeschlossen hat und organisiert kämpft. Seine Grundlage hat dieser Zusammenschluß in der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter durch die Kapitalisten, seinen aktuellen Aufschwung verdankt er der Tatsache, daß die Kapitalisten in der Krise versuchen, von der Arbeiterbewegung erkämpfte Rechte wieder zu nehmen, in der Tatsache, daß es eine Regierung gibt, die den Arbeitern über Erhöhung der Steuern und Gebühren das Geld aus der Tasche zieht und in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß die Kapitalisten füttert, die all dieses absichert durch den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates, kurz, daß unter dem Druck der herrschenden Verhältnisse die Erkenntnis wächst unter der Arbeiterklasse, daß sie selbst politisch hervortreten und gegenüber Kapital und Staat, gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit für die Interessen der Arbeiterklasse demonstrieren muß.

Gegen diese Entwicklung arbeiten die Kapitalisten mit aller Macht, wissen sie doch, daß die Bewegungen der Arbeiter in unserem Lande sich an vielen Stellen entwickeln, wissen sie doch, daß die Arbeiterjugend nicht länger gewillt ist, sich mit ihrer Lage abzufinden, und dieses auch schon sichtbar demonstriert hat in den letzten Monaten, wissen sie doch, daß all diese Kämpfe große Unterstützung in der Bevölkerung haben und daß all diese Kämpfe geradezu nach Zusammenfassung drängen, was ihnen eine große Kraft verleihen wird.



Der KBW hatte an der Demonstrationsroute einen Stand mit revolutionärer Literatur aufgebaut. Die KVZ sowie die Broschürenliteratur stießen auf gutes Interesse.

Diese Zusammenfassung war die Demonstration in Dortmund nicht. Gedacht war sie von den Sozialdemokraten in der DGB-Führung als Manöver: gegenüber den eigenen Mitgliedern, um deren wachsende Empörung über die Verschlechterung ihrer Lage wieder in die Bahnen der Klassenversöhnung und Sozialpartnerschaft zu lenken. Gegenüber den Kapitalistenverbänden, um eine Plattform zu bekommen, von der aus sie die Mitbestimmungsforderung als erträglich gegenüber der wirklichen Arbeiterbewegung histellen konnte. Gegenüber der Regierung, um ein Stück auf Distanz zur FDP zu gehen. Gelungen ist der DGB-Führung dieses Manöver nicht. Statt der zugelassenen 20 000 Teilnehmer kamen über 40 000. Für die Zwecke der DGB-Führung entschieden zu viele, so daß die Kontrolle über die in der Demonstration getragenen Transparente weitgehend zusammenbrach. Statt der erhofften Möglichkeit, die Mitbestimmung als Forderung breiter Arbeitermassen auszugeben, waren Parolen des Klassenkampfes vorherrschend. Forderungen der Arbeiterjugend vor allem: gegen die Jugendarbeitslosigkeit, gegen schlechte Berufsausbildung, gegen den Entwurf eines neuen Berufsausbildungsgesetzes. Aber auch Forderungen nach Einheitsschule und nach Kampf für den Sozialismus.

Überhaupt nicht vertreten war im ganzen Demonstrationszug die vom DGB-Vorstand immer wieder lauthals geforderte "Stabilität" sowie der Ruf nach Investitionen durch die Unternehmer. Und die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung kam unter ferner liefen. Diejenigen, die für sie eintreten, saßen während der Demonstration schon in der Westfalenhalle: Die sozialdemokratischen Funktionäre waren gleich dorthin gekarrt worden, um die Kundgebungshalle zu blockieren und Teilnehmer mit revolutionären Forderungen auszuschließen.

Obwohl schließlich fast die Hälfte der Demonstranten von der Abschlußkundgebung in der Halle durch Polizeiketten und Ordnertrupps ausgesperrt wurde, blieben Vetters Ausführungen auf der Abschlußkundgebung nicht ohne Widerspruch. Beginnen mußte selbst Vetter mit Angriffen gegen die Kapitalisten. Geendet hat er bei der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und der Unterordnung der Arbeiter unter ihre Interessen, freilich nicht ohne paritätische Mitbestimmung bei der Ausbeutung der Arbeiter.

Diejenigen unter den 20 000 in der Halle, die Vetter am Sonntag noch Beifall gespendet hatten, als er erklärte, an der Forderung nach paritätischer Mitbestimmung würde der DGB eisern festhalten, da ließe er sich nichts von abhandeln, sie konnten am Montag darauf in der Zeitung lesen, daß das so nun auch wieder nicht gemeint war. Gegenüber dem SPD-Vorstand hatten die DGB-Führer ihre Bereitschaft bekundet, auch bei einigen Aufsichtsratsposten unter der Parität die Sache hinzunehmen. Sie hatten ihre eigene engste Anhängerschaft hinters Licht geführt.

Unter solcher Führung, eingezwängt durch allerlei organisatorische Schikane, hat die Arbeiterbewegung große Schwierigkeiten zu überwinden, wenn sie ihre Kraft gegen die Kapitalisten entfalten will. Das war auf der Demonstration mit Händen zu greifen. Wenn trotzdem rote Fahnen und Parolen des Klassenkampfes das Feld beherrschten, dann ist das ein untrügliches Zeichen für den Aufschwung der politischen Arbeiterbewegung. **(jk)**



Stabilitätspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Gewerkschaftskundgebung gegen Arbeiter durch berittene Polizei abgeriegelt.



Die Arbeiterjugend stellte den größten Teil der Demonstrationsteilnehmer.



Viele Transparente waren von Belegschaftsdelegationen getragen, so durch Lehrlinge von Daimler-Benz, von Hoechst, von Hoesch, auf dem Bild von John Deere.

Ein Teilnehmer aus Westberlin berichtet

Zu der Kundgebung in Dortmund hatte der DGB-Bundesvorstand insgesamt nur etwa 20 000 Teilnehmer vorgesehen, davon alleine 14 000 aus Nordrhein-Westfalen. Die übrigen 6 000 wurden auf die einzelnen Landesbezirke verteilt. Für Westberlin wurden 45 (!) Teilnehmer festgelegt. Dieser Beschluß hatte schon in den letzten Wochen in den Jugendgruppen Proteste ausgelöst. So forderte unter anderem die 10. ordentliche Bezirksjugendkonferenz der ÖTV und die zentrale Jugendgruppe der IG Druck und Papier, weitere Busse zur Demonstration nach Dortmund einzusetzen. Doch trotz dieser Forderung wurden weitere Sonderbusse abgelehnt. Nur die Postgewerkschaft organisierte noch einen Bus, in dem auch Kollegen aus anderen Gewerkschaften mitfahren konnten.

Doch die geringe Mobilisierung durch die DGB-Führung war nur die eine Seite, die zweite Seite war eine ungeheure Hetze gegen die sogenannten "Chaoten". So wurde den 45 Teilnehmern aus Westberlin gleich nach der Abfahrt eine Weisung des Bundesjugendausschusses des DGB mitgeteilt, in der es heißt, daß 40 000 "Chaoten" auf dem Weg nach Dortmund seien, um die Demonstration zu zerschlagen, die Westfalenhalle zu stürmen, um dann die Rede Vetters zu verhindern. Deswegen, heißt es weiter, müßten die Sonderbusse der 6 000 Teilnehmer aus dem Bundesgebiet direkt zur Halle fahren und dürften nicht an der Demonstration teilnehmen. Ihre Aufgabe sei es, die Halle vor den "Chaoten" zu schützen. Obwohl der Sonderbus zum größten Teil mit Funktionären besetzt war, löste diese Ankündigung bei einigen Teilnehmern Protest aus und es gab heftige Debatten darum, ob man nun nach Dortmund fahre, um gegen die "Chaoten" zu kämpfen oder ob man gegen die Kapitalisten und ihren Staat demonstrieren wolle.

Nachdem der Bus in Dortmund angekommen war, wurde von den regionalen Organisatoren des DGB mitgeteilt, daß man die Halle schon selber sehr gut schützen könne, dazu habe man genug Ordner und Polizei! Viele Kollegen fühlten sich nun ganz schön verschaukelt und wollten zum Hauptbahnhof gehen, um an der Demonstration teilzunehmen. Doch das war den Funktionären nicht lieb. Mit der Lüge, der Demonstrationszug sei schon losgegangen und der Weg zum Bahnhof so weit, erreichten sie es, daß nur ein kleinerer Teil zur Demonstration ging.

Dort hatte sich auch der Bus der Postgewerkschaft aus Westberlin eingefunden, in dem auch ein Teil der zentralen Jugendgruppe der IG Druck und Papier mitgefahren war. Von ihnen wurden die von der Jugendgruppe beschlossenen Transparente mit folgenden Forderungen getragen:

— Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr

— Zweiter Berufsschultag, an dem insbesondere der praktische Teil der Ausbildung ausgeweitet werden soll

— Recht der jugendlichen Arbeitslosen auf eine Facharbeiterklasse ihrer Wahl

— Möglichkeit, die Facharbeiterprüfung in der Berufsschule abzulegen

— Arbeitslosengeld für jugendliche Arbeitslose

Die Arbeiter gehen auf Kollisionskurs

Während Vetter in Dortmund vor den. durch Plaketten gekennzeichneten Funktionären des DGB eine Rede auf die Sozialdemokraten in der Regierung hält und ein Loblied auf die Mitbestimmung singt, ist die Lage in den Betrieben ganz und gar nicht von der Zusammenarbeit geprägt, sondern gehen die Arbeiter auf Kollisionskurs.

Kurz bevor Vetter behauptet hat, daß die Mitbestimmung in den Montanbetrieben das Schlimmste verhindert hat, demonstrierten die Arbeiter der mitbestimmten Hoesch-Werke gegen die Lohnraubpolitik der Stahlkapitalisten. Die bürgerliche Presse berichtet lang und breit über die DGB-Kundgebung in Dortmund und dabei im wesentlichen über die Rede von Vetter und anderen Funktionären. Das ist die Arbeiterbewegung, wie sie sich äußern soll, treu gegenüber der Regierung, wenn auch nicht ganz zufrieden mit dem kleineren liberalen Regierungspartner, auf Zusammenarbeit abgezielt mit den Kapitalisten, wenn auch manchmal etwas radikal im Worte. Zum Leid für die bürgerliche Klasse und ihre Zeitungen bricht sich die Bewegung unter den Arbeitern andere Wege. Sie ist nicht auf die Zusammenarbeit abgezielt, und es wird auch nicht gefragt, was nun die Regierung davon denkt, wenn der Kampf gegen die Kapitalisten aufgenommen wird.

Diese Kämpfe der Belegschaften vor allem in mittleren Industriebetrieben machen den Kapitalisten einen dicken Strich durch die Rechnung, wenn sie versuchen, den Lohn auf den tariflich abgesicherten Teil zusammenzustreichen. Die Kapitalisten, die durch Austritt aus dem Kapitalistenverband versuchen, den Lohn noch weiter zu drücken, werden durch die Streiks gezwungen, den Tarifvertrag erneut anzuerkennen, wie bei Kern in Tailfingen. Zugeständnisse der Kapitalisten, daß sie die Kürzungen nicht durchführen werden, nehmen die Belegschaften nicht hin, sondern streiken weiter, bis der Kapitalist die effektiven Zahlungen in einem Tarifvertrag unterschreibt, wie bei Bauer in Aachen.

In all den geführten Streiks stand die Festlegung der Kapitalisten in einem Tarifvertrag im Vordergrund, nirgends mehr wurde die bei den Kapitalisten so beliebte "freiwillige Zahlung" akzeptiert, unterschreiben mußten sie, daß gezahlt wird. Diese Streiks atmeten nicht den Hauch von gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit, kein Wort wurde den Kapitalisten geglaubt. Diese Kämpfe sind geprägt von den unversöhnlichen Interessen zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse. Bei den Streikenden setzt sich die Erkenntnis fest, daß Rechte gebraucht werden, um sich gegen die Willkür der Kapitalisten zusammenschließen zu können. Wollen sie sich den Tarifverträgen entziehen, um den Lohn weiter zu drücken, werden sie durch die Streiks wieder in die Verträge gezwungen. Der Unterhöhlung des Tarifwesens wird hier ein Riegel vorgeschoben. Ein entscheidendes Recht der Arbeiter, Lohnerhöhung zu erkämpfen und die Kapitalisten zur Unterschrift zu zwingen, wird in diesen Streiks verteidigt und weiter ausgebaut, indem gefordert wird, frühere "freiwillige Leistungen" in den Tarifvertrag mit aufzunehmen bzw. in Betriebsvereinbarungen festzulegen.

Es zeigt sich, daß die freche Willkür, die sich die Kapitalisten herausnehmen, weil sie die Arbeiter durch Arbeitslosigkeit gespalten glauben, nicht geschluckt wird, sondern bloß dazu führt, daß die Arbeiter zäh daran gehen, den Spielraum für Betrugsmanöver der Kapitalisten einzuschränken durch solidarischen Kampf. – **(db)**

Die Forderung: Das volle Weihnachtsgeld

Streik seit dem letzten Mittwoch bei Südrad/Ebersbach

Ebersbach/Fils. Seit Mittwoch, 5. November, stehen die Kollegen der Felgenfabrik "Südrad" im Streik.

Nach langem Hinauszögern hatte die Geschäftsleitung der Südrad-Kapitalisten am Vortag angekündigt, sie wolle dieses Jahr nur ein Weihnachtsgeld von 40 Prozent des Monatslohns bezahlen, entsprechend der tariflichen Absicherung. Letztes Jahr wurden nach einem Streik 55 Prozent ausbezahlt. Bisher spielen die Südrad-Kapitalisten und ihr Oberaufseher Pohl den starken Mann: Erst nach Wiederaufnahme der Arbeit wäre man bereit zu Verhandlungen, der Spielraum wäre aber nicht groß. Die 400 gewerblichen Kollegen, von denen der größte Teil Türken sind, streikten Dienstag den fünften Tag.



Streiklokal der Belegschaft der Textilfabrik ELES. Seit dem 29. Oktober streiken die Arbeiter für die Anerkennung der Tarifverträge. Siehe dazu das Interview auf der nächsten Seite.

Seit fünf Jahren in jedem Jahr ein Streik

Die Belegschaft von Südrad weiß, wo der Graben verläuft. Die Erfahrungen aus vier vorausgegangenen Streiks haben sie das gelehrt. Sie haben sich auch nicht durch Manöver täuschen lassen, denn fast jedes Jahr wurde der Oberhandlanger im Betriebsleitungsbüro von den Südrad-Kapitalisten ausgewechselt.

1971 haben sie vierzehn Tage gestreikt um 11 Prozent Lohnerhöhung, 1972 ebenfalls wegen dem Weihnachtsgeld. Die drei Stunden Streik wurden bezahlt, die notwendig waren, um das Weihnachtsgeld einzukämpfen. 1973 wurden mit Streik 55 Prozent Weihnachtsgeld erkämpft. Und 1974, als die "schlechten Zeiten" ausbrachen, wurden durch den Streik die 55 Prozent nochmals gehalten.

Dieses Jahr bahnte sich der Streik an, als der Aushang über das Weihnachtsgeld nicht im Oktober erschien wie üblich. Es wurde eine Betriebsversammlung einberaumt, wo Pohl von der Geschäftsleitung Auskunft geben sollte. Der schlug die Verzögerungstaktik ein. Dreimal wurde die Betriebsversammlung schließlich verschoben; als sie dann am vierten Termin stattfand, war keiner der Herren in der Halle. Keiner von ihnen stand Rede und Antwort, und der längst fällige Wirtschaftsbericht blieb ebenfalls aus. Ja, sie leisteten sich die Frechheit, diese Betriebsversammlung als nicht rechtmäßig zu erklären. Auf der Betriebsversammlung war die Stimmung klar, wenn dieses Jahr kein ordentliches Weihnachtsgeld rausschaut, dann sollen die auch dieses Jahr sehen, daß wir nicht zögern, darum zu kämpfen.

Am Dienstag letzter Woche schließlich konnte es jeder lesen am schwarzen Brett: Statt den 55 Prozent wie in den letzten zwei Jahren sollte es nur 40 Prozent Weihnachtsgeld geben, wie sie durch Tarifvertrag abgesichert sind.

Am Mittwochmorgen nach dem 9 Uhr-Vesper liefen die Maschinen nicht mehr. LKWs, die Felgen für die Kunden abholen wollten, wurden nicht mehr beladen. Die Laster mußten leer abfahren.

Am Donnerstag gibt's eine Betriebsversammlung im Speisesaal. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Zimmermann, bekniet die Kollegen, sie sollen die Arbeit wieder aufnehmen, um ein Klima zu schaffen, wo Verhandlungen möglich wären. Die Antwort der Kollegen darauf: Sie verlassen den Speisesaal und gehen in den Hof. Dort wird Fußball gespielt.

Daraufhin beordert Pohl einen Attache vom Türkischen Konsulat her. Dem begründet er: Die Türken hätten die Deutschen am Arbeiten gewaltsam gehindert, und zudem wäre der Streik illegal. Dieser sieht sich die Lage im Betrieb an. Aber die Geschlossenheit von deutschen und den türkischen wie italienischen Kollegen belehrt ihn eines Besseren. Unverrichteter Dinge muß er wieder abziehen.

In dieser Nacht werden Arbeiter einer anderen Firma als Streikbrecher eingesetzt, um zwei große LKWs nach Belgien und England zu beladen.

Daraufhin wird die Wachsamkeit der Belegschaft erhöht, nichts fährt mehr rein noch raus; selbst die Bundesbahn muß einmal unverrichteter Dinge vom Betriebsgleis zurückrangieren.

Am Freitag kommen die Kollegen wieder, um ihre "Arbeitsbereitschaft" zu bekunden – die Maschinen stehen aber weiter still. Es wird noch eine Betriebsversammlung einberaumt. Pohl erklärt, er wäre kompromißbereit. Sein Angebot: 40 Prozent Weihnachtsgeld bleiben. Für den Streikausfall gibt es einen Tag Urlaub weniger, ein Tag soll im Dezember reingeschafft werden, und die sechs Stunden vom Mittwoch würde man im Januar abziehen – das schlug dem Faß den Boden aus! Die Empörung erreichte ihren Höhepunkt.

Übers Wochenende werden die türkischen Kollegen in den Wohnheimen beackert. Wobei sich der Übersetzer besonders hervortut. Das Spaltungsmanöver wird fortgesetzt: Es heißt, die deutschen Kollegen würden wieder arbeiten.

So war die Streikfront am Montag in Gefahr. Etliche türkische Kollegen, die die ersten waren, werden empfangen von einem Haufen Polizisten, der die Zufahrt zum Werk abriegelt und belagert. Der Dolmetscher hat auch schon einen Zettel der Südrad-Kapitalisten bereit: Auf, auf zur Arbeit, heißt es, die anderen sind schon drin.

Doch so einfach geht das nicht. Je mehr beim Werk ankommen, um so größer wird auch die Traube, die vor dem Tor bleibt. Und schließlich geht keiner mehr hinein.

Nur wenig Zeit ist verstrichen, und die ersten Kollegen, die in den Betrieb sind, schauen auf den Hof, wo die anderen bleiben. Aber die meisten stehen vor dem Tor. Also wieder raus aus den Arbeitsklamotten, wir müssen zusammenhalten. Unter Beifall und Jubel kommt einer nach dem anderen von den Kollegen, die im Betrieb waren, heraus vor das Tor – kurz danach ist die Streikfront wieder geschlossen.

Die "väterlichen" Ratschläge der Polizisten haben nichts genützt. Die Genossen, die vom Ablauf Bilder machen, werden nun von den Polizisten massiv angegriffen, der Fotoapparat soll her, keift einer von ihnen, der Film wäre hiermit beschlagnahmt. Schnell ist der Grünrock von den Kollegen umzingelt: Wer verbietet hier das Fotografieren? Unverrichteter Dinge zieht er ab. Einige andere Gelegenheiten zur Provokation werden "bereinigt" – die Kommunisten bleiben hier, und was sucht denn die Polizei überhaupt hier – wollt ihr den Verkehr regeln?

Kurz vor Feierabend kündigte Pohl noch einmal einen Auftritt an. "Was will der noch? ", heißt es. Den ganzen Tag war er nicht bereit zu verhandeln, sondern ist in seiner Warenbude hocken geblieben. Schließlich fünf Minuten vor Feierabend kommt er aus dem Verwaltungsgebäude. Seine Ansprache: "Liebe Mitarbeiter. Sie waren nicht bereit zu verhandeln. Ich möchte Sie nochmals auffordern, morgen die Arbeit wieder aufzunehmen. Eventuell kann dann in weiterer Verhandlung mit dem Betriebsrat noch etwas erreicht werden. Der Spielraum ist gering. Ich hoffe, daß der Betriebsrat als Verhandlungspartner von Ihnen akzeptiert wird." Diesen Auftritt hätte er sich sparen können. Nichts als die alte Leier, die er schon die letzten Tage spielte. Der Betriebsrat konterte: "Ich bin nicht der Verhandlungspartner der Belegschaft. Ich bin ihr Interessenvertreter. Verhandeln müssen Sie schon mit allen hier." Wobei er nicht vergaß, die Kollegen auf den Zwang des Betriebsverfassungsgesetzes hinzuweisen, daß er sie nochmals zur Arbeitsaufnahme auffordern müsse.

Als sich die Kollegen am Dienstagmorgen versammeln, verteilen wir eine "Arbeiterstimme" (Ortsbeilage der Waiblinger KVZ). Darin zeigen wir nochmals auf, wer den Streik vom Zaun gebrochen hat. Daß die Kapitalisten jetzt durch die scharfe Konkurrenz an einem kurzen Hebel sitzen. Die Forderungen: Volles Weihnachtsgeld – 55 Prozent, volle Bezahlung der Streikzeit, keine Benachteiligungen für Streikhandlungen, werden nochmals erhärtet. Das gibt großes Hallo in der Menge.

Vor allem die türkischen Kollegen, für die wir eine türkische Ausgabe machten, waren begeistert und stimmten dem Inhalt zu. Entsprechend lange Gesichter auf der anderen Seite der Geschäftsleitung. Mit der "Arbeiterstimme" kam jetzt die Forderung nach der Unterstützung durch die IGM zur Sprache.

August Zimmermann, der erste Bevollmächtigte der IG Metall, erschien dann auch im Laufe des Vormittags. Seine Worte: "Kollegen, geht an die Arbeit, ich kann nichts machen, schon aus tarifrechtlichen Gründen nicht." Unter Pfiffen und Buhrufen zog er ab.

Sichtlich erfreut über das Verhalten Zimmermanns schickte der Geschäftsleiter Pohl seine Meister an die Front. Sie begannen nun im Gespräch von Mann zu Mann die deutschen Facharbeiter aus der Front vor dem Tor herauszuzwacken und es gelang ihnen auch in gewissem Umfang. Doch die überwiegende Mehrheit – rund 85 bis 90 Prozent – aller Kollegen streikte weiter. Die Produktion steht still und der Kapitalist wird sich gut überlegen, ob er noch einen oder noch zwei Tage aufs Spiel setzt. – (e, Ortsgruppe Stuttgart)

3 Tage Streik gegen Kürzung des Weihnachtsgeldes

Ebersbach. Von Mittwoch bis Freitag Mittag streikten 1 200 der 1 500 Beschäftigten bei der Textilmaschinenfabrik Zinser dagegen, daß die übertarifliche Zahlung zum Weihnachtsgeld gestrichen wird. Am Freitag Mittag nahmen die Beschäftigten die Arbeit wieder auf, "um den Anspruch auf Unterstützung während der am Montag beginnenden Kurzarbeitsperiode nicht zu verlieren". (Südwestpresse, 8.11.1975)

Dr. C. Otto/Bochum "Harich, wir kommen wieder."

Bochum. Nachdem die Kollegen von Dr. C. Otto zweimal gegen die beabsichtigte Kürzung des Weihnachtsgeldes in den Streik getreten waren, wurde der Streik zunächst abgebrochen durch das Anrufen der Schlichtungsstelle, die bei der Berufsgenossenschaft für die Produktion feuerfester Stoffe in Neuwied sitzt. Schon Anfang dieser Woche sollte eine Entscheidung dieser Stelle vorliegen.

Der Betriebsrat der Steinefabrik Dr. C. Otto bzw. die Vertreter der Arbeiter in der Schlichtungsstelle wollen versuchen, die nachträgliche Anrechnung der bereits ausgezahlten Dividende für unrechtmäßig erklären zu lassen. Die Schlichtungsstelle berät jetzt am letzten Tag, der möglich ist, am Montag, 17. November. Ohne Kampfmittel in der Hand können die Kollegen nur zuschauen und hoffen.

Aber auf der Belegschaftsversammlung am letzten Samstag haben die Kollegen der Schamotteabteilung der Direktion gezeigt, daß sie die Weihnachtsgeldkürzung nicht kampflos hinnehmen werden. Während seines Vortrags wurde Direktor Harich durch Sprechchöre und Zurufe immer wieder unterbrochen.

Dem Gerede von Harich, daß die Weihnachtsgeldkürzung sein müsse, haben die Kollegen entgegengesetzt: "Harich, wir kommen wieder!" – **(h., Bochum)**

Zum zweiten Mal Streik

Nürnberg. Am Freitag streikten die 350 Beschäftigten der Nürnberger Trafo-Union gegen eine bereits beschlossene Produktionsverlagerung.

"Wir wollen keine Almosen, sondern Arbeitsplätze"

Karlsruhe. Die Festhalle in Blankenloch war am Montag gerammelt voll, als die IG Metall und der Betriebsrat von Singer die Protestversammlung gegen die Schließung des Singer-Werkes Blankenloch eröffneten. Die meisten der 600 betroffenen Arbeiter, die nächstes Jahr ihren Arbeitsplatz verlassen sollen, waren anwesend. Die Betriebsräte erklärten, daß sie einer Stillegung nicht zustimmen werden. Einig waren sich die Anwesenden darin: Dieser Stillegung werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen. Ein erster Schritt dazu war der mehrstündige Streik am vorletzten Montag.

Erfolgreicher Warnstreik

Waiblingen. 80 Beschäftigte der Rems-Werke haben am Montag einen einstündigen Warnstreik durchgeführt. Die Geschäftsleitung hatte sich geweigert, mit der monatlichen Lohnabrechnung das Kurzarbeitergeld auszuzahlen. Der Warnstreik war erfolgreich. Am Mittwoch, 12.11., sollen die Kollegen nun das Kurzarbeitergeld ausgezahlt bekommen.

Außerordentliche Betriebsversammlung: Keine Kürzung des Weihnachtsgeldes

Göttingen. Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung bei Zeiss vom 10.11. forderte der Betriebsrat ein Weihnachtsgeld für alle Beschäftigten von 150 DM zusätzlich zu der tariflichen Sonderzahlung. Diese Forderung stieß auf breite Zustimmung. Am Freitag zuvor hatte der Betriebsrat in einem Rundschreiben den rund 1 200 Beschäftigten des feinmechanischen-optischen Werkes, in dem vorwiegend Mikroskope hergestellt werden, mitgeteilt, daß die Geschäftsleitung die über die tarifliche Sonderzahlung hinausgehende freiwillige Lohn- und Gehaltsnachzahlung zu streichen beabsichtigt. Auf Grund einer Unterschriftensammlung im Betrieb, in die sich in anderthalb Stunden mehr als 25 Prozent der Belegschaft eintrugen, beschloß der Betriebsrat die außerordentliche Betriebsversammlung am Montag. Auf der Vertrauensleutesitzung am Donnerstag soll über weitere Schritte beraten werden.

Interview mit einem Mitglied der Streikleitung der Belegschaft von der Firma ELES in Bleidenstadt (7. November)

Der Chef will die Tarifverträge nicht anerkennen

Bleidenstadt. Seit dem 29. Oktober streiken die Arbeiter der Textilfirma ELES für die Anerkennung der tarifvertraglichen Regelungen. Während des Streiks finden jeden zweiten Tag Streikversammlungen statt, an denen ein Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Textil und Bekleidung teilnimmt.

Warum streikt ihr, was sind eure Forderungen?

Wir streiken, weil der Chef die Tarifverträge nicht anerkennen will. Seit 12 oder 13 Jahren erkennt er sie nicht an. Er hat kein Weihnachtsgeld bezahlt, kein Urlaubsgeld, die Löhne liegen unter dem Tarif, außerdem lag der Urlaub mit 15 Tagen um 10 Tage unter dem tariflich abgesicherten.

Wie sieht es mit Überstunden aus?

Es gibt hier in der Firma Kollegen, die bis zu 14 Stunden täglich gearbeitet haben, wofür es nicht einmal Überstundenzuschlag gibt. Die Kollegen haben so lange arbeiten müssen, damit sie überhaupt auf ausreichende Lohnhöhe kamen.

Die vermögenswirksamen Leistungen hat er auch nicht voll gezahlt, nämlich statt gesetzlich vorgeschriebenen 26 DM nur 14 DM. Ich habe seit sieben Jahren einen Bausparvertrag laufen, da können Sie sich sicher vorstellen, was der zusätzlich sich noch eingesackt hat.

Seit wann streikt ihr?

Wir streiken seit vergangener Woche Mittwoch (29. Oktober). Bei der Urabstimmung haben 97 Prozent für Streik und der Rest dagegen gestimmt.

Wir hat sich der Betriebsrat verhalten?

Bis auf ein Mitglied, das nicht mitstreikt, haben sich alle übrigen sechs für Streik ausgesprochen. Dieser Kollege ist einer der etwas über 20 Streikbrecher.

Wieviel Kollegen beteiligen sich aktiv am Streik?

Achzig bis neunzig.

Wieviel Kollegen arbeiten im Betrieb?

140 bis 160 mit Heimarbeitern.

140 bis 160 mit Heimarbeitern,

Welche Organe habt ihr, die den Streik leiten? Macht das der Betriebsrat oder eine anders zusammengesetzte Streikleitung?

Der Betriebsrat arbeitet zusammen mit der Bezirksleitung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung. Die Streikleitung ist gewählt worden und besteht aus 8 Mitgliedern.

Was wird in den Streikversammlungen diskutiert?

Über Löhne, den Tarifvertrag, also über unsere Forderungen, über den Streik und seine Durchführung, so zum Beispiel das Aufstellen von Streikposten usw., und natürlich auch, wie wir uns gegenüber Streikbrechern verhalten. Weiter diskutieren wir über den Verlauf der Verhandlungen, die unsere Vertreter mit der Geschäftsleitung führten.

Was für Ergebnisse sind bei den Verhandlungen bisher erzielt worden?

Bis zum jetzigen Zeitpunkt lehnt die Geschäftsleitung jede Verhandlung ab, die Forderungen seien unannehmbar für sie.

Wieviele Kollegen sind bei euch gewerkschaftlich organisiert?

Ich glaube, es sind ungefähr 110, und während des Streiks sind weitere vier oder fünf eingetreten. Von der Gewerkschaft werden wir voll unterstützt, wir erhalten auch Streikgelder, ungefähr so hoch wie unser Nettolohn.

Der Betriebsrat hat Verhandlungsangebote an die Geschäftsleitung gemacht. Wie war die Reaktion darauf?

Wir warten immer noch auf ein Angebot des Chefs. Er hat schon Leute zu uns ins Streiklokal geschickt und ausrichten lassen, daß Mitglieder des Betriebsrates zu ihm kommen sollen. Darauf habe ich mit ihm telefoniert und gesagt, er soll auf die Streikversammlung kommen. Der Chef sagte, er will mit dem Gewerkschaftssekretär, der auch in der Streikleitung ist, überhaupt nicht sprechen. Wenn der mit mir sprechen will, soll er in die Fabrik kommen. Ich hab darauf bestanden, daß er in die Streikversammlung kommt, wir wollen alle zuhören und wir tun niemandem etwas. Wenn Sie nicht hierher kommen wollen, können Sie uns ja telefonisch erreichen und Vereinbarungen treffen. Oder melden Sie, was Sie wollen, bei der Gewerkschaft.

Was unternimmt der Kapitalist Szor, um euren Streik zu zerschlagen? Er soll Arbeitswilligen bis zu 1 000 DM Weihnachtsgeld versprochen haben.

Ich habe das auch gehört von einigen Kollegen, besonders bei mir aus der Strickerei, daß sie 1 000 DM angeboten bekamen, wenn sie dafür weiter arbeiten würden. Aber die Kollegen haben darauf geschissen und sind mit in den Streik getreten, und zwar geschlossen.

Hat der Kapitalist auch mit Entlassungen oder anderen Maßnahmen gedroht?

So direkt nicht, aber wenn der Streik zu Ende ist, so hat er zu einigen Kollegen gesagt, wird er einige entlassen. Er wird wahrscheinlich auch versuchen, einige Kollegen aus den werkseigenen Wohnungen zu schmeißen, aber dann werden wir mit der Gewerkschaft gerichtlich gegen ihn vorgehen. Von einem Kollegen zum Beispiel hat er vor dem Streik anstatt 440 DM für eine Wohnung 360 DM Miete kassiert, jetzt im Streik verlangt er wieder den vollen Preis.

Hat er die Polizei bereits gegen euch eingesetzt?

Er hat die Polizei öfters angerufen, die dann die Streikposten, die mit den aus dem Betrieb kommenden Streikbrechern diskutierten und versuchten, sie ebenfalls für den Streik zu gewinnen, beredeten, sie sollten keine Leute belästigen. Man wollte also verhindern, daß wir die Kollegen für die Teilnahme am Streik gewinnen.

Es wird berichtet, daß auch Zivilpolizei im Betrieb gewesen sein soll, die Ersatzteile von Maschinen demoliert hat. Dies soll nun den Kollegen in die Schuhe geschoben werden, die an diesen Maschinen arbeiten, um mit dieser Handhabe gegen die Streikenden vorgehen zu können.

Ja, dafür gibt es sichere Zeugen, die dies auch zu Protokoll gegeben haben bei uns. Daß die Kollegen das waren, ist unmöglich, weil die Ersatzteile alle verschlossen sind und keiner der Kol-

verschlossen sind und keiner der Kol-

legen einen Schlüssel dafür hat.

Von einigen Kollegen haben wir gehört, daß der Kapitalist jetzt ehemalige Kollegen eingestellt hat, die er extra mit dem Auto abholen und in den Betrieb fahren läßt. Auch die anderen Kollegen, die nicht mitstreiken, dürfen jetzt plötzlich mit dem Auto aufs Werksgelände fahren.

Ja, die haben früher mal hier gearbeitet. Aber, was wir noch festgestellt haben, ist, daß einige von den Neuen Touristen sind, also ausländische Kollegen, die illegal arbeiten. Sie haben keine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Wir haben die Leute gestern am Tor aufgehalten und sie gefragt, was sie im Betrieb machen, wo sie doch Touristen sind. Sie gehörten doch gar nicht zur Firma, haben wir gemeint. Darauf haben sie gemeint, sie seien Touristen. Wir haben denen auch gesagt, daß sie unserem Streik schaden, das wissen sie. Aber die Streikbrecher haben zahlenmäßig nicht zugenommen, es sind 25 bis 30.

Habt ihr Solidaritätsresolutionen bekommen?

Ja, von einer Konferenz von Betriebsräten von dreizehn hessischen Textilbetrieben, von einer Arbeitstagung von Tarifkommissionsmitgliedern der Werner-Bock-Schule Beverungen, vom Verwaltungsstellenjugendausschuß der IG Chemie Wiesbaden, von der europäisch-türkischen Gemeinde in Berlin und vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung in Düsseldorf. Sie sind alle solidarisch mit unserem Streik und wollen uns in jeder Hinsicht unterstützen. Diese Telegramme wurden auf den Streikversammlungen vorgelesen und aufgehängt, sind also den Kollegen bekannt.

Was meinst du und die Kollegen dazu, werdet ihr eure Forderungen durchsetzen? Wie ist die Stimmung?

Auf alle Fälle müssen wir weiterstreiken, um unsere Forderungen durchzusetzen. Wir versuchen natürlich die Streikbrecher für den Streik zu gewinnen. Dazu besuchen wir sie auch zu Hause, aber bis jetzt machen sie noch nicht mit.

Kollege, wir danken dir für das Interview und wünschen eurem Streik viel Erfolg. – (Ortsgruppe Wiesbaden)

Belegschaftsversammlung Hoesch-Westfalenhütte / Zuschrift eines Kollegen

Reallohnkürzung wird nicht hingenommen

Dortmund. Am 6. November fand die Belegschaftsversammlung der Kollegen der Hoesch-Westfalenhütte in der Westfalenhalle statt. Vor allem ging es um die Stahltarifrunde und um die Kurzarbeit vom 19. bis 31. Dezember. Bevor der Betriebsratsvorsitzende seinen Bericht abgeben konnte, kam es zu einer Demonstration der Kampfentschlossenheit der Kollegen in der Tarifrunde. Rund zweihundert Arbeiter marschierten in die Halle unter Transparenten wie "Fünf Prozent sind für'n Arsch" oder "69 gab's nen Knall – auch 75 sind wir am Ball". Die Kollegen stellten unter dem Sprechchor: "Schmitthals, wir kommen" (Schmitthals ist Kapitalistenvertreter und sitzt auf der Seite der Kapitalisten in den Tarifverhandlungen) die Transparente vor die Rednertribüne.

Sofort anschließend sprach ein Kollege aus dem Vertrauensleutekörper. Er ging ein auf die Forderung der Vertrauensleute auf der Westfalenhütte nach 12 Prozent und machte deutlich, daß diese Forderung richtig war und daß die Kollegen auch hinter dieser Forderung stehen. Deswegen seien die 8 Prozent der Gewerkschaftsführung nicht ausreichend; unter acht gebe es schon mal gar nichts mehr.

Das Fünf-Prozent-Angebot ist eine Frechheit.

Eine Resolution wurde dazu eingebracht. Die Resolution wurde von den rund 6 000 Anwesenden ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung einstimmig beschlossen.

Später klagte der Kapitalistenvertreter Schmitthals sein Leid, das Leid der Kapitalisten. Genützt hat ihm das nicht. Die Kollegen sind sauer. Erst sind ihnen alle Überstunden gestrichen worden, Zulagen sind weggefallen. Im Dezember soll kurzgearbeitet werden, und obendrein soll der Reallohn gekürzt werden.

Durch die anschließenden Redebeiträge ging einheitlich hindurch die Ablehnung der Kurzarbeit und die Einheit, keine Reallohnkürzung hinzunehmen. Einige Kollegen machten in zum Teil kämpferischen Redebeiträgen klar, daß es nicht die Arbeiter sind, die diese Krise eingebrockt haben, daß die Kollegen sie auch nicht auslöffeln. 1974 war ein Jahr der großen Gewinne der Stahlkapitalisten. Wo sind diese Gewinne? fragte ein Kollege. Investiert in den Ländern der Dritten Welt. Dies erntete entsprechende Empörung der Arbeiter. Mit dem, was wir erarbeiteten, lassen die Herren Kapitalisten in Billiglohnländern produzieren. Auf der Belegschaftsversammlung machten die Arbeiter klar: Wir löffeln die Krise, die Suppe nicht aus. Die Kollegen stehen zusammen

Wenn auch das Wort Streik noch nicht ausgesprochen ist, die Kampfbedingungen sind nicht schlecht. Die Stahlkapitalisten werden einen Streik nicht einfach verkraften, noch nie war die Konkurrenz so groß wie jetzt in der Krise. Die Kapitalisten haben noch viel zu verlieren. Ihre Marktanteile. Die Stahlarbeiter nicht. – (r., Hoesch-Westfalenhütte/Red.)



Hoesch-Arbeiter demonstrieren zur Belegschaftsversammlung

Für die Festigung der gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb

Kein „Zeitproblem"

Der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD) hat in seinem Zentralorgan **"Rote Fahne" Nr. 19** einen Artikel zur Arbeit der Vertrauensleute veröffentlicht. In dem Artikel wird Stellung genommen zum Entwurf für einen "Tarifvertrag zum Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute" und dem Artikel dazu in der KVZ Nr. 31. In diesem Artikel wurde untersucht, welche Rechte der Entwurf der gewerkschaftlichen Organisation im Betrieb sichert. Kern des Entwurfs ist die Forderung nach vertraglicher Absicherung von monatlich zehn Freistunden für die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Die Unterstützung dieser Forderung kritisiert ein Vertrauensmann der IGM in der "Roten Fahne".

Der Kern seiner Aussage ist, wenn die Vertrauensleute für ihre gewerkschaftliche Arbeit die notwendige Zeit tarifvertraglich gesichert bekommen, verbürokratisiert der Vertrauensleutekörper, er löse sich von seinen Kollegen, wie das bei vielen Betriebsräten zu beobachten wäre. Der Schreiber ist deshalb gegen den Entwurf.

Das ist ein falscher und gefährlicher Standpunkt. Ohne es wahrscheinlich zu wollen, geht er daran, Grundlagen der gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb zu zersetzen. Wie sollen die Vertrauensleute ihren Aufgaben nachkommen, wenn sie nicht die nötige Zeit dafür haben? Der Genosse sagt in der "Roten Fahne", er sei Akkordarbeiter und hätte immer genug Zeit gehabt. Das mag richtig sein, trifft das aber für alle Vertrauensleute zu? Woher hat der Genosse die Möglichkeit, während der Akkordarbeit seinen gewerkschaftlichen Aufgaben nachzukommen? In der Tat ist es in vielen Betrieben so, daß es die Kapitalisten nicht wagen, den Vertrauensleuten die notwendige Zeit streitig zu machen, das ist ein Erfolg und wichtig für die Belegschaft und ihre Gewerkschaftsorganisation. Der Genosse des KABD hätte sich aber wirklich überlegen sollen, ob das in allen Betrieben so ist oder ob nicht die tarifvertragliche Festlegung willkürlichen Maßnahmen der Kapitalisten Schranken setzt. Es geht nicht darum, daß sich die Vertrauensleute in den zehn Stunden monatlich ein schönes Leben machen, sondern darum, daß die Zeit, die sie sich jetzt nehmen oder aber gar nicht haben (was nicht selten ist), tarifvertraglich als Recht der Gewerkschaft im Betrieb festgeschrieben ist.

Der Genosse des KABD sollte die Zeit, die er als Akkordarbeiter und Vertrauensmann für seine Aufgaben aufgewendet hat, einmal zusammenzählen, er wird feststellen, es sind mehr als zehn Stunden im Monat, und nur darum geht es, sie vertraglich festzulegen, nicht darum, daß sich einige Arbeiteraristokraten ein Luderleben im Betriebsratsbüro leisten.

Gesagt wird: *"Was wirklich not tut, ist freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb."* Wie äußert sich die gewerkschaftliche Betätigung aber, wenn der Kapitalist jegliche Zeit sperrt? Wenn die Akkordbedingungen des Genossen vom KABD so sind, daß er nicht mehr von der Maschine kann? Die Kapitalisten sagen Zeit ist Geld, und danach handeln sie, gegenüber den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten mit besonderer Inbrunst. Herr Dr. Kirchner von Gesamtmetall sagt zum Beispiel: *"Es sei den Arbeitgebern nicht zuzumuten, einen innerbetrieblichen Gewerkschaftsapparat zu finanzieren, der allzu oft mißbraucht werde, Konflikte in die Betriebe zu tragen und zu dessen Aufgaben es gehöre, Arbeitskämpfe aktiv zu organisieren."* (Handelsblatt, 3.10.1975) Man sieht leicht, daß Kirchner die gewerkschaftlichen Vertrauensleute lieber ganz aus dem Betrieb hätte, sie sind vielfach ungemütlicher als die "Gewerkschafter", mit denen er an einem Tisch sitzt.

Der Fehler, den der Genosse vom KABD macht, liegt daran, daß er nicht unterscheidet zwischen den Rechten, die die Arbeiter brauchen gegenüber den Kapitalisten, und wie einige "Vertreter" der Arbeiter diese Rechte verwalten. Wenn die Reformisten die Vertretungsorgane der Belegschaften verrotten lassen, kann das doch nicht dahin führen, daß diese Rechte aufgegeben werden, sondern daß der Kampf innerhalb der Belegschaft geführt wird, diese Organe tatsächlich als Mittel des Zusammenschlusses zu nutzen. Diesen notwendigen Kampf in den Belegschaften und in den Gewerkschaften bringt der Genosse des KABD aber auf ein "Zeitproblem" herunter und läuft aus Versehen in die Arme des Dr. Kirchner von Gesamtmetall. – (db)

Forderungen Metalltarifrunde

Hamburg. Eine Tariflohnerhöhung von 150 DM monatlich fordert der Vertrauensleutekörper der Siemens AG in Hamburg. Das sind 12 Prozent vom Ecklohn. Weiter werden zwei Tage mehr Urlaub und 150 DM monatlich für alle Lehrlinge gefordert.

Bremen. 19 Kollegen der Abteilung Maschinenbau der AG Weser Werft haben einen Brief an die Vertrauensleute geschrieben und vorgeschlagen, daß die Forderung: 80 Pfennig pro Stunde aufgestellt wird.

100 bis 140 DM in der Diskussion

Göttingen. Die Vertrauensleute der Firma Feinprüf (470 Beschäftigte) haben beschlossen, daß die Forderung zur diesjährigen Tarifrunde in Mark und Pfennig aufgestellt werden soll. Ein Beschluß über die Höhe der Forderung wurde noch nicht gefaßt. Die Diskussion in den Abteilungen zeigt, daß die meisten Arbeiter für eine Forderung in der Höhe von 100 bis 140 DM sind.

ÖTV:

Verzögerung beim Aufstellen der Tarifforderung nützt nur dem Dienstherren

Alle Kräfte der Bourgeoisie sind gegenwärtig damit beschäftigt, die Bewegung im öffentlichen Dienst zu ersticken und ideologisch niederzuwerfen.

Der einheitliche Schrei der Bourgeoispresse lautet: Kostensenkung, Rationalisierung, politische Säuberung.

Die Bourgeoisie hat dem derzeitigen Innenminister eine klare Marschroute diktiert, und der bewegt sich darauf.

Allmählich dringen die konkreten Pläne des Innenministeriums in die Öffentlichkeit. Der Beifall der Presse ist jeder reaktionären Maßnahme sicher. Noch mehr, noch schärfer, das ist ihr Kommentar.

Die Bourgeois haben vor zwei Jahren, beim großen Streik im öffentlichen Dienst, das Fürchten gelernt und sehen müssen, wie die große Zwangsanstalt, die sie aufgebaut haben, schnell erschüttert wurde.

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung tun seitdem in der bürgerlichen Öffentlichkeit Abbitte. Es wäre nicht so schlimm gemeint gewesen.

Das sieht die Bourgeoisie. Die Gewerkschaft wird weich, und sie will nachstoßen. Und sie stößt nach.

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft sagen, jetzt müsse man sich ein dickes Fell anschaffen. Und abwarten, bis sich die wirtschaftliche Lage entspannt. Dann könne man eventuell wieder etwas herausholen. Jetzt müsse man stillhalten. Die Narren.

Nicht bloß, daß sie die Interessen der Lohnabhängigen abhängig machen von den Wetterwinden der kapitalistischen Konjunktur. Sie machen sie abhängig von dem Wohlwollen der bürgerlichen Öffentlichkeit.

Das ganze Gejammere über die Angriffe auf den öffentlichen Dienst läuft bloß darauf hinaus, daß man warten müsse, bis diese Angriffe abflauen würden, bis man wieder etwas machen könne.

Hier wird etwas verwechselt. Hier wird etwas verdreht. Die Solidarität, die Bevölkerung für den Kampf von Arbeitern aufbringt, wird verwechselt mit der Duldung, die das höchste Gefühl ist, das eine erschreckte Bourgeoisie gegenüber Kämpfen der Arbeiter aufbringt.

Die Tatsache, daß die Solidarität der Massen Voraussetzung für das Gelingen einer jeden großen Streikaktion ist, wird verdreht, indem die Duldung durch die bürgerliche Presse zur Voraussetzung für Kampfaktionen gemacht wird.

Man soll doch nicht so dumm tun. Vor zwei Jahren die Erfahrungen waren doch ganz anders. Die Massen haben sofort erkannt, daß es einen gewaltigen Unterschied gibt zwischen den Ministern und den Hausmeistern im Ministerium.

Das haben sie insbesondere dann erkannt, wenn die Hausmeister die Aufzüge im Ministerium abgestellt haben und die Minister teilweise im Liftschacht saßen, wie es in Mainz gewesen ist. Darüber hat die bürgerliche Presse auch damals schon getobt. Die Massen haben sich herzlich gefreut.

Oder wenn jetzt in der Nähe von Stuttgart ein Metallbetrieb streikt und Unmassen von Polizei aufgefahren werden. Das kommt doch nicht, weil es der Bourgeoispresse gelungen wäre, ernsthaft Fuß zu fassen mit ihrer Hetze gegen den Kampf der Arbeiter. Wäre es ihr gelungen, dann müßte man die Streikenden nicht mit Polizei erschrecken wollen. Da würde es ganz genügen, einen Brief an alle Haushaltungen zu verschicken und den Pfarrer einige passende Worte sagen zu lassen und den Bürgermeister.

So ist es nicht. Der Kampf der Arbeiter hat die Sympathie der Massen. Alle Erfahrungen mit den Streiks des letzten Jahres beweisen das (und diese Kämpfe mußten oft überaus lang und hartnäckig geführt werden).

Das "Klima für Arbeitskämpfe" ist keineswegs schlechter geworden, wie die Sozialdemokraten behaupten.

Schlecht geworden ist bloß das Presseklima für Sozialdemokraten, die als Dompteure der Arbeiterbewegung Karriere machen wollen.

Von ihnen verlangt heute die Bourgeoispresse mehr. Die Arbeiterbewegung erscheint den Bourgeois immer als ein Raubtier, das man bändigen muß.

Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und in der Regierung behaupten dauernd, sie hätten dieses Raubtier gezähmt. Da schreien die Bourgeois und sagen, na, dann dressiert es eben auch noch.

In den meisten Dienststellen hat es gegenwärtig Krach zwischen den Beschäftigten und den Dienstherren. Das Programm der Dienstherren, Rationalisierung, Verlängerung der Arbeitszeit, Intensivierung des Arbeitsvorgangs, stößt auf Gegenwehr.

Das geht von den Krankenhäusern über die hoheitlichen Betriebe wie Straßenbahn, Wasserwerk usw. bis hinein in die Finanz- und Versicherungsämter.

Es gibt ziemlich viele Gewerkschaftsversammlungen. Oft bestellen sich ganze Abteilungen den Betriebs- oder Personalrat und beratschlagen ein Stündchen oder zwei mit ihm. Personalversammlungen werden ausgedehnt.

Zu offenen Streiks kommt es kaum. Trotzdem herrscht Auseinandersetzung. Und die Säuberung, die von den Dienstherren angestrebt und auch schon eingeleitet wird, geht nicht so über die Bühne.

Die Lage ist gut. Eine geduckte Stimmung ist es nicht. Jedem ist klar: Es wird Schwierigkeiten geben.

Schwierigkeiten für die Dienstherren sind gut. Aber Schwierigkeiten für die Belegschaften wird es geben, wenn und solange es den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften gelingt, jeden Ansatzpunkt zu unterbinden, der die gegenwärtigen, sehr zersplitterten Kämpfe in einer Bewegung zusammenfassen könnte. Nichts anderes hat das dumme Geschwätz, man solle mit dem Aufstellen von Forderungen warten, bis die wirtschaftliche Lage und Entwicklung absehbar sei, aber zur Folge.

An der wirtschaftlichen Lage ist gegenwärtig bloß absehbar, daß sie immer von den Kapitalisten und der Bourgeoispresse zum Anlaß genommen wird, den Kampf der Arbeiter für schädlich für ihre Entwicklung zu erklären.

Man muß schleunigst mit dem Aufstellen von Forderungen beginnen. Beginnt man jetzt nicht damit, wird der Hauptvorstand der ÖTV die Große Tarifkommission bei der nächsten Gelegenheit über irgendeinen Dreck festlegen. Verschiedene Verwaltungsstellen der ÖTV behaupten, es sei durch die Bemerkung des Hauptvorstandes, man würde eine Forderung erst aufstellen, wenn man die wirtschaftliche Lage überblicken können, **beschlußmäßig verboten**, jetzt auf unterer Ebene Forderungen zu beraten. Das ist Unsinn. Wo Forderungen aufgestellt wurden, wie beispielsweise von der Kreisdelegiertenkonferenz Osnabrück die 150 DM für alle, wurden sie dementsprechend auch nicht aufgehoben. Wer jetzt Forderungen vorschlägt, kann sich auf gültige Beschlüsse des Gewerkschaftstages berufen.

Auf Kluncker braucht man gegenwärtig keinen Funken Hoffnung setzen. Der schleppt sich in der bürgerlichen Presse rum, und jedesmal, wenn er die Zähne auseinandernimmt, bringt es niedrigere Lohnforderungen ins Gerede.

Zuerst war noch die Rede von mindestens einem Inflationsausgleich. Schon das war direkt schädlich. Man hat sich mit dem Gerede vom Inflationsausgleich schon **entwaffnet** im Kampf gegen die Folgen der Rationalisierung. Allein bei Bahn und Post wurde im letzten Jahr das Personal um 2 Prozent vermindert. Irgendwer muß die Arbeit dieser rund 17 000 Kollegen doch übernommen haben? Mit dem seichten Gerede von "Inflationsausgleich" wird der Anspruch auf **Bezahlung dieser Mehrarbeit** klammheimlich aufgegeben.

Das ist schon schlimm genug. Es kommt aber noch dicker. Im "Spiegel" wird Kluncker konfrontiert damit, daß die Dienstherren dächten, mit vier Prozent abzuschließen. In der Folge redet er bloß noch von höchstens einem Inflationsausgleich.

Höchstens ein Inflationsausgleich, das bedeutet schon **Minderbezahlung** bei **Mehrarbeit**.

Jetzt, letzten Freitag, hat die ÖTV eine Kundgebung in der kleinen Westfalenhalle veranstaltet. Dort hat Heinz Kluncker hitzig verkündet, daß eiñ Angebot von zwei oder vier Prozent unannehmbar sei. Damit hat ausgerechnet der Vorsitzende der ÖTV die Möglichkeit eines Zwei-Prozent-Angebotes als erster erwähnt.

Der Innenminister wird sich die Hände reiben. Sicher ist, daß der Hauptvorstand eine völlig schreckliche Forderung ausbraten wird, wenn er nicht mit einer klarenFront von den Dienststellen und Betrieben her zu rechnen hat.

Man darf jetzt keinen Augenblick mehr zögern, sondern muß unbedingt mit der Festlegung von Forderungen beginnen. – **(m.f.)**

ÖTV-Beschlüsse

Mehrheit gegen Unvereinbarkeitsbeschluß

Frankfurt. Am 3. November fand die Fortsetzung der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz vom 13. Oktober und 27. Oktober statt.

Zu Beginn der Behandlung der Anträge wurde bekanntgegeben, daß der Antrag auf Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, der auf der letzten Sitzung erst als angenommen und später als abgelehnt gewertet wurde, nun doch (auf Grund der Auswertung des Tonbandprotokolls) als angenommen gilt

Zur Vorbereitung und Durchführung der Tarifrunde wurde eine breite und umfassende Information der Mitglieder über vorliegende Anträge, die Durchführung von zentralen Vertrauensleutekonferenzen und die Bindung der Vertreter an den Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz, die den endgültigen Beschluß faßt, nach der Diskussion in Betrieben und im Kreisvorstand gefordert.

Gegen die politische Entrechtung und Bespitzelung im öffentlichen Dienst lagen mehrere Anträge vor, wovon der weitestgehende Antrag nicht nur die Streichung des Ministerpräsidentenerlasses vom 28. Januar 1972 forderte, sondern darüberhinaus die "Aufhebung des besonderen Dienstrechtes für Arbeiter, Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes" verlangt. Angenommen wurde ein Kompromiß, der sowohl die obengenannte Forderung enthielt wie die Verpflichtung auf die Verfassung, in dem die Berufsverbote als "verfassungswidrig" bezeichnet wurde. – **(b., Frankfurt)**

140 DM mindestens

Wesel. Die ÖTV-Betriebsgruppe Evangelisches Krankenhaus Wesel hat eine Resolution zur Tarifrunde verfaßt. Sie beinhaltet eine einheitliche Forderung von 12 % oder mindestens 140 DM. Diese Resolution wurde ebenfalls von der Kreisjugendkonferenz am 25.10.1975 einstimmig angenommen.

150 DM mehr für alle

Heidelberg. Für die anstehende Tarifrunde wurde von der ÖTV-Mitgliederversammlung im Bereich Hochschulfreie Forschung ein Antrag an die Delegiertenkonferenz gestellt, der unter anderem fordert: 150 DM mehr für alle und 30 DM je Kind, Urabstimmung vor dem Tarifabschluß, Abschaffung der beiden untersten Lohn- und Gehaltsgruppen sowie der Sonderregelung im Bundesangestelltentarif, die Zeitverträge zuläßt.

Weiterhin wurde gefordert: Arbeitslose können in die Gewerkschaft eintreten, die für ihren früheren Arbeitsplatz zuständig ist, sie haben die gleichen Rechte wie die Kollegen, die Arbeit haben. 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Gegen Auflösung des ÖTV-Kreisjugendausschusses

Hannover. Die gesamte ÖTV-Jugendarbeit in Hannover ist vom ÖTV-Kreisvorstand lahmgelegt worden, weil sich die Kreisjugendkonferenz am 1.10. gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen und sich dafür eingesetzt hatte, daß ein kurz vorher ausgeschlossenes ÖTV-Mitglied als Gast teilnehmen durfte mit Rederecht nur zu dem Tagesordnungspunkt "Unvereinbarkeitsbeschlüsse". Daraufhin löste der Kreisvorstand den Ortsjugendausschuß auf. Weiter wurde den Jugendlichen die Benutzung des Jugendraums im Haus der Jugend verboten und die stattgefundene Jugendkonferenz für ungültig erklärt. Der ÖTV-Bezirksjugendausschuß hat jetzt Stellung genommen und die Rücknahme der Beschlüsse gefordert. Weiter hat der ÖTV-Vertrauensleutekörper des Jugendamtes der Stadt Hannover einen Beschluß gegen die Auflösung gefaßt und an alle Vertrauensleute, Betriebs- und Personalräte im Kreis Hannover versandt.

GEW

GEW-Bundesvorsitzender soll Festgeldforderungen der ÖTV unterstützen

Westberlin. Die GEW-Mitgliederver-

Westberlin. Die GEW-Mitgliederversammlung Neukölln beschloß am 10.11. mit großer Mehrheit bei 160 Anwesenden:

Die GEW-Vertreterversammlung möge beschließen

– Bestrebungen in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu unterstützen, die darauf ausgerichtet sind, in der kommenden Tarifrunde eine solche Lohn- bzw. Gehaltserhöhung in Mark und Pfennig für alle gleich durchzusetzen, daß für die Masse der im öffentlichen Dienst Beschäftigten das Realeinkommen nicht abgebaut wird;

– der Bundesvorsitzende soll an der Tarifrunde teilnehmen mit dem Auftrag, die Festgeldforderungen der ÖTV zu unterstützen, unter denen breitestmögliche Einheit herzustellen ist;

– Kampfmaßnahmen, die die ÖTV ergreift, werden die Lehrer unterstützen, dazu müssen die Lehrer festhalten an Forderungen nach Streik- und Tarifrecht;

– die Bezirksleitung der GEW soll Anfang Februar zu einer DGB-mitgliederöffentlichen Versammlung aufrufen, die die aktuellen Maßnahmen im öffentlichen Dienst und die Tarifrunde zum Thema hat.

Senatsbildung in Bremen:

Noch einer mehr an der Futterkrippe

Bremen. "Solide Finanzpolitik" und ausgewogene Sparmaßnahmen hat die Bremer SPD vor der Wahl versprochen. Ihr erster Akt nach der Wahl war, Steuer- und Gebührenerhöhungen fürs Volk anzukündigen und den Senat um einen Senatorenposten zu vergrößern – dem zwölften Senator im kleinsten Bundesland Bremen.

Was den Volksmassen ausgepreßt wird, steckt sich der neue SPD-Senat erstmal dick in die eigene Tasche. So kriegt der Neue an der Futterkrippe – Senator für Wissenschaft und Kunst H.W. Franke – zirka 9 000 DM Gehalt monatlich, dazu feudale Büroausstattung, Vorzimmer mit Sekretärin, Dienstwagen mit Chauffeur, Persönlichen Referenten, Senatsdirektor und Pressereferenten. Vom Senat verschwiegen wurden die Folgekosten für neue Büroräume und Sachkosten für Änderung aller Schilder, Stempel, Siegel, Briefbogen usw. in Höhe von einer Million DM.

Aber "eine weitere Aufblähung der Verwaltung" soll laut Bürgermeister Koschnick nicht folgen, was für die betroffenen Verwaltungskollegen heißt, daß höhere Beamte eingestellt und untere eingespart werden sollen. Keine Hausmeister, Drucker, Post-, Personal-, Rechnungswesenbearbeiter, Stenotypistinnen, aber ein neuer Senator zu ihren Lasten – das wollten die Kollegen nicht hinnehmen. Es wurde deshalb eine Teilpersonalversammlung der betroffenen Kollegen durchgeführt, zu der sich der jetzige Bildungssenator Thape persönlich bemühen mußte. Die Einstellung von 15 bis 20 neuen Kollegen mußte er zusichern, was aber wegen der Sparbeschlüsse noch unklar ist.

Im gleichen Atemzug versuchte Thape von der Wahl eines Personalrates als nötigem Mittel zur Durchsetzung der Interessen der Kollegen abzuraten: *"Das hat noch Zeit bis zum nächsten Jahr."* Damit stand er allein da, denn die Kollegen beschlossen einstimmig die sofortige Personalratswahl.

Daß die Kollegen vor Mehrarbeit und Winkelzügen des Senats nicht sicher sein können, zeigt die ersatzlose Versetzung von drei Kollegen, wo die anderen Kollegen deren Arbeit übernehmen müssen und zudem machtlos sind, wie bei solchen "politischen Entscheidungen" der Personalrat nichts zu sagen hat. Man sieht, daß es mit der "Fürsorgepflicht des Staates" (laut Beamtengesetz) nicht weit her ist, sondern im Gegenteil alle Einsparungen zu Lasten der Werktätigen gehen, die Reichtümer aber verschwendet werden für die Kapitalisten und ihr Lumpenpack von Politikern.

Der neue Hochschulsenator wird aber nicht nur dem Volk auf den Taschen liegen, sondern auch dessen Unterdrückung vorantreiben. So sagte Bürgermeister Koschnick zur Notwendigkeit eines Hochschulsenat, daß dieser Bereich künftig *"die Kraft eines ganzen Mannes"* erfordere. Und er weiß, was den Studenten bevorsteht: Keine Erhöhung des BAFöG, keine Erhöhung der Elternfreibeträge, Verschuldung der Studenten, verschärfte Prüfungsordnungen, größere politische Entrechtung (zum Beispiel Entlassung von Professor Scheer), Angriffe auf die politische Selbständigkeit der Allgemeinen Studentenausschüsse (ASten) usw.

Um den Widerstand der Studenten und Hochschulangehörigen dagegen abzuwiegeln und zu unterdrücken, braucht die bürgerliche Klasse die ganze Kraft eines Senators mit noch so linkem Anstrich. In den Auseinandersetzungen dieser Kämpfe wird – so ein SPD-Funktionär – "Franke noch so rechts werden, das glaubt keiner".

– (KBW-Betriebszelle Senator für Bildung, Bremen)

Kampferfahrung aufgreifen

ÖTV: Die kommende Tarifauseinandersetzung vorbereiten

Worms. Ein Kollege, der beim Reinigungsamt der Stadt Worms bei der Müllabfuhr arbeitet, gab uns den folgenden Bericht über den Lohnkampf 1974 und legte seinen Standpunkt zu den bevorstehenden Tarifauseinandersetzungen dar:

Als die Regierung unsere Lohnforderungen nicht erfüllen wollte, da war die Kampfbereitschaft bei uns groß. Dennoch kam der Streik überraschend. Wir waren gerade dabei, die Mülltonnen auf die Straße zu stellen, da kam der Vorarbeiter und rief: *"Aufhören! Es wird gestreikt!"*

Am nächsten Tag trafen wir uns im Gewerkschaftshaus, von wo aus wir mit Bussen zur Kundgebung in einer Nachbarstadt fahren wollten. Es wurde der Vorschlag gemacht: *"Bevor wir abfahren, gehen wir noch zum Rathaus und tragen dem Oberbürgermeister unsere Forderungen vor."* Sofort machten wir uns daran, Schilder zu malen mit unseren Forderungen.

Im Rathaus erfuhren wir, daß der Herr Oberbürgermeister gerade eine Konferenz im Großen Saal abhielt. Da saßen einige Herren von der Stadt zusammen mit Vertretern der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz und berieten Fragen des Straßenbaus. Oberbürgermeister Kuhfuß stand vorne an einer Tafel. Die Tische waren fein gedeckt, die besten Weine waren aufgetragen.

,Die Herren staunten nicht schlecht, als plötzlich die große Flügeltür aufging und etwa 20 Arbeiter ihnen ihre Forderungen entgegenhielten. Die meisten von uns waren vom Reinigungsamt, es waren aber auch Kollegen vom Kanalamt und vom Straßenbau dabei. Der Oberbürgermeister wollte nichts versprechen. Er redete sich damit raus, daß die Entscheidungen doch auf einer höheren Ebene fallen würden. Aber er mußte uns zusagen, sich für unsere Forderungen einzusetzen. Und er konnte es nicht wagen, unsere Forderungen in unserer Gegenwart für "zu hoch" oder für "ungerechtfertigt" zu erklären.

Die feinen Herrschaften waren so gnädig, uns von ihrem Wein anzubieten. Wir aber lehnten dankend ab und gingen zum Bus, um zur Kundgebung zu fahren. – Der Streik dauerte dann gar nicht mehr lang und wurde dank unserer Kampfbereitschaft erfolgreich abgeschlossen, wie ich meine.

Für die kommende Lohnrunde gilt für mich zweierlei: Erstens, auf Lohnverzicht lege ich keinen Wert. Es genügt aucht nicht, wenn die Forderung gerade so hoch ist wie die Preissteigerung. Die Forderung muß mindestens so hoch sein, daß sowohl die Teuerung als auch die erhöhten Abzüge aufgefangen werden. Und zweitens müssen wir uns bei der Vorbereitung und Durchführung der Lohnrunde auf unsere Erfahrungen aus den vergangenen Streiks und Aktionen stützen. Wenn wir das tun, dann werden wir unsere Forderungen auch erfolgreich vertreten können. – (r.)

Profit mit der Bildung ... und wie sich die Schüler dagegen wehren

Mit Gejammer leitete er Jahr für Jahr die Gebührenerhöhung ein

Hamburg. Der bürgerliche Staat läßt das Volksbildungswesen immer mehr verkommen. Nicht einmal alle schaffen den Hauptschulabschluß, und viele gehen ohne Abschluß von der Schule ab. Dieser Zustand bedeutet aber auch gleichzeitig eine Marktlücke, die schon von einigen Kapitalisten aufgegriffen wurde, wie z.B. von dem Besitzer der privaten Lehranstalt Jessel.

Für einen ganzen Batzen Geld stellt er all denen, die ihrem Wunsch nach Bildung an keiner staatlichen Schule nachkommen können, zwei schäbige Gebäude zur Verfügung, einmal in Winterhude und einmal in Altona.

Jetzt in der Krise ist die Schülerzahl an der Tagesschule von etwa 80 auf 100 angestiegen, wobei die Eltern dieser Schüler oft Schulden machen, um ihren Kindern Gelegenheit zu geben, wenigstens so zum Hauptschulabschluß zu kommen.

In allen U-Bahnen kann man's lesen: *"JESSEL! Zweimal in Hamburg! 72-jährige Unterrichtspraxis! Bietet nicht nur Abitur und mittlere Reife, sondern auch Schularbeitszirkel, Volksschulabschluß und Studienklassen. Für Erwachsene in Tages- und Abendform!"*

Klingt gut, dachte ich mir und unterschrieb einen Vertrag, wonach ich 95 DM Schulgeld pro Monat und einschließlich der Ferien zahlen muß. (Die Tagesschüler zahlten damals 230 DM, heute 280 DM.)

Dafür versprach mir die Schule, mich innerhalb von zwei Jahren auf das Abitur vorzubereiten an vier Abenden in der Woche. Die Prüfung wird dann von einer staatlichen Prüfungskommission abgenommen werden.

Inzwischen bin ich zweieinhalb Jahre hier und keinesfalls in der Lage, die Prüfung zu bestehen. Dies liegt daran, daß die Verhältnisse an der Schule untragbar sind:

Schlechte Lehrer, ständig wechselnde Lehrer, der Zwang, bei Lehrerwechsel meist nach völlig neuen Systemen zu lernen, völlig veraltetes Unterrichtsmaterial und die willkürliche Zusammenlegung mehrerer Semester machen deutlich, daß der Besitzer dieser Schule nach seinem Geldsäckel schielt und weiter nichts.

Behaupten tut er natürlich das Gegenteil: Er hätte bisher immer viel zuviel Nachsicht gehabt, die Abendschule erhält er nur aufrecht, weil er die Schüler so gerne hätte, aber eigentlich wäre sie ja ein Verlustgeschäft, aber sein gutes Herz ... Das war vor eineinhalb Jahren, als er von den Abendschülern 25 DM mehr forderte, die wir auch zahlten, weil wir nicht wußten, wie wir uns wehren sollten.

In diesem Semester hat er die gleiche Platte laufen lassen: Er wollte 30 DM mehr von den Abendschülern und hat deswegen einen langen Brief geschrieben.

Wie schlecht es ihm gehen würde, weil er so viele Ausgaben hätte: daß er ein neues Büro eingerichtet hat, daß die Lehrer ein höheres Honorar bekämen, daß das Kurssystem in der Oberschule errichtet worden sei und daß die Tagesschüler soviele Tische kaputtgemacht hätten.

Diesmal haben wir uns gewehrt! Wir haben uns klargemacht, daß seine Argumente alle nur dazu dienen sollen, uns Sand in die Augen zu streuen.

Erstens ist die Erhöhung nicht einmal nach bürgerlichem Recht in Ordnung, weil sie sich nicht an die von dem Besitzer selbst diktierten Kündigungsfristen hält.

Zweitens: So schlecht, wie er immer jammert, kann es ihm gar nicht gehen, hat er doch zwei gut und in der Krise immer besser florierende Tagesschulen und ist Besitzer eines ebenfalls gut gehenden Cafes in Altona!

Drittens ist es seine Sache, wenn er sich ein neues Büro einrichten zu müssen meint, da es ja seine Geschäfte sind, die er dort abwickelt, und nicht unsere. Wir haben letztendlich gar nichts davon, oder, wie er meint, die Kosten.

Viertens bekommen die Lehrer kein wesentlich höheres Honorar, sondern seit Februar 1975 15 statt 14 DM und seit Oktober 16 DM die Stunde, werden aber in den Ferien nicht bezahlt, während wir weiter zahlen müssen.

Hinzu kommt fünftens, nämlich die Errichtung des Kurssystems an der Oberschule, das zu einer Art Oberstufenreform angeblich führen sollte, sich aber als schlichte Zusammenlegung zweier Klassen und die Einsparung von Lehrern erwiesen hat.

Dies haben alle Abendschüler diskutiert, einschließlich der Haupt- und Realschüler, und zudem noch festgestellt, daß die Ausbildungssituation an der Haupt- und Realschule die Erhöhung für die Schüler erst recht unzumutbar macht: In der Realschule werden in den Fächern, wo Lehrer fehlen, einfach drei Semester zusammengelegt. In der Hauptschule fiel ein Dreivierteljahr lang der Chemie- und Physikunterricht aus. Viele müssen so ein oder zwei Semester zahlenderweise wiederholen, zur Freude des Besitzers.

Wir haben dann ein Initiativkollektiv gegründet, dessen fünf Mitglieder eine Resolution herausbrachten, in der wir dem Besitzer mitteilten, daß wir aus den oben genannten Gründen die Erhöhung nicht zahlen würden und daß man uns juristisch dazu auch nicht zwingen könnte. Von etwa 60 Schülern haben 40 unterschrieben und vier weitere ebenfalls die Erhöhung nicht gezahlt. Der Rest waren neue Schüler zum größten Teil, die die Forderung von 150 DM schon in ihrem Vertrag drin hatten.

Dieses war ein großer Erfolg und hat gezeigt, daß wir gemeinsam in der Lage sind, uns unsere Rechte gegenüber dem Bildungskapitalisten zu erkämpfen.

(l., Kommunistische Schülergruppe Hamburg)

Hessen:

Streiks an Abendgymnasien und Kollegs

Am 11./12. November traten Abendgymnasiasten und Kollegiaten in mehreren Bundesländern in den Streik.

Was ist der Anlaß? Die rund 20 000 Abendgymnasiasten und Kollegiaten in der Bundesrepublik, die zum größten Teil berufstätig sind, sollen den gymnasialen Oberstufen der normalen Oberschulen zugeordnet werden.

Die dort geplante Reform soll dann auch für die Abendgymnasiasten und Kollegiaten gelten. Im wesentlichen besteht diese Reform darin, daß durch die Einführung eines Kurs- und Punktesystems der Leistungsdruck für die Schüler verschärft werden soll.

Ganz besonders übel wirkt sich dies aus für die Abendgymnasiasten, die nebenher einen Beruf haben. Für sie bedeutet diese Maßnahme, welche die Kultusministerkonferenz beschlossen hat, daß die Leistungsanforderungen scharf steigen, so daß die Zahl derer, die einen Abschluß erreichen, sinkt. Ganz offensichtlich soll diese Maßnahme dazu dienen, die Möglichkeiten, über den zweiten Bildungsweg das Abitur zu erreichen, einzuengen.

Besonders verheerend wirken sich für die Abendgymnasiasten auch die Einschränkungen im Bereich der Ausbildungsförderung und die Teilumstellung des BAFöG auf Kredit aus. Ein Abendgymnasiast, der keinen Studienplatz erhält oder den Abschluß nicht schafft, steht anschließend arbeitslos und mit einem Berg von Schulden da.

Der Streik hat begonnen

Neu-Isenburg. Gegen die geplante Oberstufenreform, die Einschränkungen im BAFöG-Bereich und dagegen, daß der zweite Bildungsweg immer mehr erschwert wird, haben die Schüler in Neu-Isenburg ihren Protest angemeldet. Das ist notwendig, denn wenn wir dem Treiben der bürgerlichen Politiker tatenlos zusehen, werden sie uns sonst immer wieder in die Pfanne hauen. So sind die Schüler des Abendgymnasiums Neu-Isenburg am Samstag, dem 8. November, in der Pause in das Tagesgymnasium gegangen und haben dort mit den Schülern über die geplanten Maßnahmen der Regierung diskutiert. Anschließend kam es zu einer spontanen Demonstration von rund 300 Schülern, die ihren Protest gegen die Oberstufenreform, die Einschränkung der Ausbildungsförderung und die Einschränkungen im zweiten Bildungsweg auf die Straße trugen. Das war ein guter Auftakt für den Streik der Abendgymnasien am 11. und 12. November. – (Schülerzelle der Kommunistischen Gruppe Neu-Isenburg)

Wiesbaden. Auch die etwa 150 Schüler des Hessenkollegs Wiesbaden traten am 11. und 12. November in den Streik. Das Hessenkolleg, an dem das Abitur nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung gemacht werden kann, hat sich dem Streikaufruf der Kollegs und Abendgymnasien in Nordrhein-Westfalen angeschlossen. Gestreikt wird für eine Erhöhung des BAFöG, das gegenwärtig für die Kollegiaten bei 480 Mark liegt, und gegen die Verschärfung des Leistungsdrucks durch die Eingliederung in die Sekundarstufe II der Oberschule.

Unter den Schülern des zweiten Bildungsweges besteht aber noch keine Einigkeit über die Stoßrichtung und die Forderungen, unter denen man die Kollegiaten und Abendgymnasiasten zusammenschließen kann. Nicht festgelegt wurde z.B. in zwei Vollversammlungen am Kolleg die Höhe des geforderten BAFöG.

Der Landesring der Studierenden des zweiten Bildungsweges hat dazu auch keinen Vorschlag unterbreitet. Vielmehr hat er kurz vor Streikbeginn den Vorschlag gemacht, die Kollegräte aufzulösen. Begründet hat er dies damit, daß die Kollegräte als "integrierter Bestandteil des Bildungssystems" vor allem der Kultusbürokratie dienen würden "als Instrument zur Konfliktvermeidung". Das ist aber ein durch und durch schädlicher Vorschlag, weil er darauf hinausläuft, den Schülern ihre Interessenvertretung wegzunehmen.

Die Zelle der Kommunistischen Schülergruppe Wiesbaden am Kolleg hat daraufhin ein Flugblatt herausgegeben, in dem unter anderem 600 Mark BAFöG und 60 Prozent Arbeitslosengeld für alle Schulabgänger ohne Arbeit und Studienplatz gefordert wird. Weiter haben wir vorgeschlagen die Wahl eines neuen Kollegrates auf der Grundlage eines klaren Aktionsprogrammes, denn der alte Kollegrat ist kurz vor dem Streik zurückgetreten.

Die Streiktage kann man jetzt gut nutzen, um die Debatte über die richtigen Forderungen der Abendgymnasien und Kollegiaten zu diskutieren. – (g., Wiesbaden)

Wetzlar/Gießen/Laubach. Die Schüler des Hessenkollegs in Wetzlar, des Abendgymnasiums Gießen und des Laubachkollegs (einer kirchlichen Schule) traten am Montag bzw. Dienstag ebenfalls in den Streik gegen den Entwurf der Kultusministerkonferenz.

Die staatliche Ausplünderung nehmen wir nicht hin

Demonstrationen und Kundgebungen gegen Fahrpreiserhöhung

Braunschweig. Am Donnerstag, dem 6. November, hat der Stadtrat die Polizei geschickt, um den Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen niederzuknüppeln. Gelungen ist ihm dies nicht. Die Demonstration, die mit gut 200 Menschen begann, endete mit einer Versammlung von über 400 vor dem Polizeipräsidium.

Seit dem 1. November kosten Bus und Straßenbahn in Braunschweig durchschnittlich 20 Prozent mehr. Schüler, Lehrlinge, Studenten und Rentner zahlen jetzt 18 statt 15 DM.

Die Liste der Erhöhungen der kommunalen Tarife ist in Braunschweig lang: Fahrpreiserhöhungen 1973, 1974, 1975; Strompreiserhöhungen 1974 und 1975; Gas-, Wasser- und Fernwärmeverteuerungen 1974; ein ganzer Katalog von Gebührenerhöhungen für Müllabfuhr, Straßenreinigung, Kanalbenutzung usw. im Dezember 1974 und dergleichen mehr.

Die bürgerlichen Politiker fürchten denn auch nichts mehr, als daß das Volk sich dagegen wehrt, immer unverschämter ausgeplündert zu werden und zusehen zu müssen, wie davon die Kapitalisten gemästet werden, damit ihre Profite wachsen und gedeihen.

Gleich bei Ankündigung der Fahrpreiserhöhung gab es Protestaktionen. Ihren ersten Höhepunkt erreichten sie mit einer Demonstration und einer kurzen Schienenblockade am 1. November, dem Tag, an dem die Erhöhungen in Kraft traten. "Und senkt ihr nicht die Preise, dann gehn wir auf die Gleise", wurde immer wieder von den zuletzt 350 Demonstranten gerufen. Es bestand Einigkeit, der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen muß weitergeführt werden.

An der Demonstration am Donnerstag beteiligten sich dann zunächst nur 200 Menschen. Viele meinten erst, doch nichts mehr ausrichten zu können, weil die Erhöhungen schon in Kraft sind. Die Demonstration bewies das Gegenteil.

Nach der Abschlußkundgebung gingen die Demonstranten in mehreren Gruppen daran, an die Straßenbahnhaltestellte Waisenhausdamm (vor Horten) Plakate mit dem Text "Weg mit den Fahrpreiserhöhungen! Für die Rücknahme der Erhöhungen durch den Stadtrat" zu kleben. Sofort griff die Polizei ein: Mit gezückten Schlagstöcken gingen die Polizisten daran, die Demonstrationsgruppen auseinanderzuprügeln und Plakate abzureißen. Die Demonstrationsgruppen zogen geschlossen in Richtung Steinweg: Auch hier wurden Plakate geklebt und kurze Ansprachen gegen den Stadtratsbeschluß gehalten. Kurze Zeit wurden die Schienen blockiert. Der Stadtrat antwortete auf seine Weise: Er ließ die Polizei knüppeln. Auseinanderknüppeln aber und damit den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen zerschlagen, das gelang der Polizei nicht. Die einzelnen Gruppen der Demonstranten sammelten sich zu einer Abschlußkundgebung. Diese wurde schließlich brutal angegriffen; zwei Teilnehmer wurden festgenommen, darunter der Sekretär der Ortsgruppe des KBW. Aber auch das brachte nicht den gewünschten Erfolg: Die Demonstration zog vor das Polizeigebäude, wo schließlich 400 Menschen sich sammelten und die Freilassung der Festgenommenen forderten. **Berittene Polizei** wurde eingesetzt, die in die Menge ritt: Sie bekamen es mit dem Zorn der Versammelten zu tun. Schließlich mußten die Reiter abziehen. Alle waren sich einig: Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen ist noch nicht zu Ende, der Stadtrat noch nicht durch.

Um das Geschehene bekannt zu machen und weitere Schritte festzulegen, schlug die Ortsgruppe des KBW eine Kundgebung am nächsten Tag vor. Über 400 kamen. Auch der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Universität (zwei Jusos, ein MSB-Mitglied), der sich mit



Braunschweig: Demonstration am 6.11.

Händen und Füßen gegen den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen sträubte, rief ebenfalls dazu auf. Daß der Sprecher des Allgemeinen Studentenausschusses, ein Juso, aber jedes Wort über den weiteren Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen vermied und nur eine weinerliche Klage über den böswilligen Polizeieinsatz gegen friedliche Demonstranten anstimmte, mißfiel den Versammelten ausgesprochen. (s.S. 10)

Als die Versammelten auf der Stelle beschlossen, einen Demonstrationszug gegen die Fahrpreiserhöhungen und den Polizeieinsatz durchzuführen, machten sich die Juso-Funktionäre dann aus dem Staube unter dem Gelächter der Versammelten.

Die Demonstranten zogen durch die Innenstadt und verklebten weitere Plakate gegen die beschlossene Tariferhöhung. Für Samstag, den 15. November, ist eine erneute Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen geplant. – (c., Ortsgruppe Braunschweig)

Fahrpreiserhöhung zurückgenommen

Osnabrück. In Belm in der Nähe von Osnabrück hat der Kampf der Bevölkerung gegen die Erhöhung der Bustarife Erfolg gehabt. Nachdem auf einer ersten Bürgerversammlung, die von Mitgliedern des KBW organisiert worden war, rund hundert Menschen gekommen waren, um gegen die Erhöhung den Kampf aufzunehmen, wurde in den darauffolgenden Ratssitzungen dem Gemeinderat keine Ruhe mehr gelassen. Teilweise waren bis zu 300 Belmer Bürger anwesend und gaben dem Gemeinderat deutlich zu verstehen, sie würden die Buspreiserhöhung nicht hinnehmen. Jetzt hat der Verwaltungsrat beschlossen, wieder den alten Tarif einzuführen.

Repressalien gegen die Gefangenenzeitung "Das Fenster"

Rottenburg. Nach den Repressalien gegen die Heilbronner Gefangenenzeitung "ZU" sind die Vollzugsbehörden jetzt auch in Rottenburg gegen die Gefangenenzeitung "Das Fenster" vorgegangen.

Durch eine Verfügung des Oberregierungsdirektors von Krause ist die fünfköpfige Redaktion wegen ihrer Kritik an den menschenunwürdigen Verhältnissen in der Anstalt abgesetzt worden. In der Verfügung heißt es, die letzte Nummer des "Fenster" sei "geeignet, die Ordnung der Anstalt zu gefährden". Die Redaktion würde "Klassenkampf in der Anstalt" betreiben und zu "Widersetzlichkeiten" aufrufen, indem sie z.B. von einem "unterdrückerischen und idiotischen Knastsystem" schreibe. Außerdem wurde den Redakteuren verboten, untereinander noch einmal Kontakt aufzunehmen.

Der Rottenburger Gefangenenrat hat sofort gegen die Absetzung der "Fenster"-Redaktion protestiert und die sofortige Wiedereinsetzung gefordert.

Die Redaktion hat in einer Erklärung zu ihrer Absetzung Stellung genommen. "Die Redaktion ist der Auffassung", heißt es darin unter anderem, "daß die Menschenwürde, von der im Knast soviel die Rede ist, nur gewahrt wird, wenn sich die Menschen innerhalb und außerhalb der Gefängnisse über ihre Lage klar werden und beginnen, sich dagegen zu wehren. Dazu will die Redaktion beitragen. Kann man sagen, daß die Redaktion dabei zu weit gegangen sei? Wohl kaum! Vielfach ist sie von Gefangenen kritisiert worden, weil sie noch zu zurückhaltend war ... Die Gefangenen brauchen keine Kriecherzeitung und keine Hofpresse für die Anstaltsleitung ... Deshalb fordert die Redaktion ihre sofortige Wiederzulassung ... Sie fordert die Öffentlichkeit auf, sie in dieser Forderung und im Kampf gegen die menschenunwürdigen Knastverhältnisse zu unterstützen."

Aktionstag der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Das Zögern der Parlamentarier kann genutzt werden

Die Parlamentsparteien können sich nicht einigen über den erfolgreich gangbaren Weg, den Unterdrückungsparagrafen 218 aufrechtzuerhalten unter der Flagge der Reform.

Das ist das Ergebnis der ersten Lesung der Entwürfe von CDU/CSU und SPD/FDP am letzten Freitag im Bundestag.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" bedauert: "Auch bei der ersten Lesung im Bundestag sind keine Ansätze zu einem Kompromiß sichtbar geworden, der eine breite Mehrheit im Bundestag finden könnte."

Die Bourgeois haben es eilig. Es schwant ihnen, daß leicht die heilige Autorität des Bundesverfassungsgerichtes in den Bundestagswahlkampf hineingezogen werden könnte.

Da haben sie Sorgen, daß sich die einzelnen Parlamentsanwärter vor den Massen auf Kosten des Bundesverfassungsgerichtes aus der Affäre ziehen. Der wählbare Teil der Bourgeoispolitiker im Parlamente hingegen kann bei diesem Streben nach rascher Einheit nicht recht warm werden. Sie müssen es so hindrehen, daß es wenigstens nach Reform riecht.

Bis nach Weihnachten ist es schon vertagt. Der Zeitplan, den die "Bild"-Zeitung bei Neuvorlage des Entwurfes angesetzt hatte (Ab 1. Januar ist die Abtreibung frei), ist verstrichen.

Was danach sein wird, weiß man nicht. Das Rezeptbuch für bürgerliche Lumpereien ist noch lange nicht durchgekocht.

Alle Organisationen, die in Anspruch nehmen, Gegner des Paragrafen 218 zu sein, haben die Parlamentsdebatte ungenutzt verstreichen lassen.

Sie handeln so, als ob man angesichts des parlamentarischen Intrigenspiels sowieso nichts machen könne.

Diese Haltung ist unbegründet und nützt bloß den Bourgeoispolitikern, die Luft schöpfen und vermuten, sie könnten durchkommen.

Die Komitees und Initiativen gegen den § 218 haben die Initiative ergriffen. In weit mehr als hundert Städten wurden Veranstaltungen, Kundgebungen, Straßenagitation gegen den § 218 durchgeführt.

Der Kampf gegen den § 218 hat eine gute Grundlage. Die bürgerlichen Betrugsmanöver verschiedenster Schattierung haben den Willen zum Kampf nicht lähmen können und das Bewußtsein von der Unerträglichkeit dieses Paragrafen ist keineswegs abgestumpft. Wie sollte es auch, da doch mehr und mehr Polizei eingesetzt werden muß, um den Kampf gegen diesen § 218 zu unterbinden.

Die nächsten Wochen steht vor der Bewegung gegen den § 218 die Aufgabe, die Forderungen, unter denen das Ding beseitigt werden kann, neuerlich und verstärkt in den Betrieben, Schulen, Hochschulen, insbesondere aber in den Gewerkschaften zu erheben.

Die erste Lesung jedenfalls hat das Parlament neuerlich unschlüssig und von der Methode her gemein gezeigt. Sie reiben sich ab an dem "Reformwerk". Diesen Verlust kann man ausgezeichnet nutzen.

Veranstaltung in Westberlin

1200 gegen § 218

Westberlin. Am Tag der ersten Lesung des SPD/FDP-Gesetzentwurfes zum § 218 hat das Westberliner Komitee gegen den § 218 an fünf zentralen Plätzen in der Stadt zu Protestkundgebungen aufgerufen mit der

Die falschen Auffassungen des Kommunistischen Bundes und der Gruppe Rote Fahne im Kampf gegen den § 218 wurden völlig geschlagen.

Es hat sich gezeigt, daß der Kampf gegen den § 218 tatsächlich in eine

Die Inhaftierten mussten freigelassen werden

Einschüchterungsversuch der Polizei gegen Kundgebung der Komitees gegen den § 218

Frankfurt/M. Wie in der letzten KVZ berichtet, wurden in Frankfurt im Verlauf eines Prozesses wegen angeblicher Sachbeschädigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen den § 218 im Frühjahr 3 Frauen und ein Mann zur höchsten möglichen Ordnungsstrafe von sieben Tagen Haft verurteilt. Der Präsident des Amtsgerichts, Dr. Balser, hat durch einen Leserbrief in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 10.11. sich selbst in das Verfahren eingemischt und die Anwendung von "körperlicher Gewalt" gegen die vier Zuhörer ausdrücklich gerechtfertigt. Der Richterrat beim Amtsgericht hat in einer Presseerklärung die "Langmut der Richter" hervorgehoben und plädiert damit offensichtlich für ein härteres Durchgreifen bei der Anwendung des § 218. Beherzigt wird dies schon längst von den polizeilichen "Ordnungskräften" in Frankfurt.

Am letzten Freitag wurde eine angemeldete Kundgebung und Demonstration des Komitees für eine ersatzlose Streichung des § 218 durch starke Polizeikräfte und drei Wasserwerfer anfänglich aufgelöst. In einer Presseerklärung des Komitees heißt es: "Das Verbot des Protestmarsches zum Amtsgericht am 7.11. durch die Polizei sollte verhindern, daß in Frankfurt die Aufmerksamkeit gelenkt wird auf jenes Gebäude, in dem bereits jetzt auf Grund des § 218 verhört, abgeurteilt und strafverfolgt wird. Wir betrachten die versuchte Verhinderung der Kundgebung auf der Zeil durch Beschlagnahmung der Megaphone, Lautsprecher und Abräumung der Informationsstände, obwohl die Kundgebung und Demonstration ordnungsgemäß angemeldet und nicht verboten waren, als eine ungeheure Schikane und Provokation. Das Hinauszögern der Kundgebung um über eine Stunde bei Androhung von Knüppel- und Wasserwerfereinsatz sollte die Versammelten einschüchtern und bewirken, daß sie sich verlaufen."

Doch die herrschende Klasse bekommt keine Ruhe, sie kriegt die Bewegung nicht in den Griff, die unnachgiebig auf der Beseitigung des Abtreibungsverbotes besteht. In der ganzen letzten Woche liefen Protestaktionen vor dem Gefängnis gegen die Verhaftung im Schwalbe-Prozess. Am Mittwoch mußten die vier nach zweitägiger Haft vorläufig freigelassen werden. Die Polizeimanöver auf der Zeil am Freitag konnten eine Kundgebung und eine Demonstration nicht verhindern, an denen sich bis zu 250 Menschen beteiligten.

Am Montag, dem 10.11., wurde dann der Prozeß fortgesetzt. Richter Schwalbe hatte wieder umfangreiche Vorbereitungen getroffen.

Gleich am Anfang wurde der Gerichtssaal gewechselt. Die Zuschauer wurden durch einen schmalen Seitengang geleitet. Überhaupt wurden nur zirka 30 Zuschauer zugelassen. Dabei wurden Leibesvisitationen und Platzkartenausgabe durchgeführt.

Ein großes Polizeiaufgebot schützte das Justizgebäude.

Gekommen waren über 100 Menschen, die empört einen größeren Raum forderten. Im Gerichtssaal stellten der Angeklagte und seine Verteidiger den dritten Befangenheitsantrag gegen Richter Schwalbe und begründeten ihn ausführlich mit dem Verhalten von Schwalbe in den bisherigen Verhandlungstagen. Im Zuschauerraum wurde ein Plakat entrollt: "§ 218 ist kriminell".

Daraufhin vertagte Richter Schwalbe den Prozeß erneut auf Dienstag, den 18.11. – (w. Frankfurt)



Frankfurt: Die Einschüchterungsversuche der Polizei fruchteten nichts, die Kundgebung gegen den § 218 wurde durchgeführt

Veranstaltung in Westberlin

1200 gegen § 218

Westberlin. Am Tag der ersten Lesung des SPD/FDP-Gesetzentwurfes zum § 218 hat das Westberliner Komitee gegen den § 218 an fünf zentralen Plätzen in der Stadt zu Protestkundgebungen aufgerufen mit der Stoßrichtung: Das Volk wird den § 218 in alter und neuer Form nicht akzeptieren, unsere Forderung ist: Volksentscheid gegen den § 218!

Von den Kundgebungsplätzen aus, die unterstützt durch die Singegruppe des Komitees und die Agit-Prop-Gruppe des KBW auf große Aufmerksamkeit gestoßen sind in der Bevölkerung, sind die Teilnehmer geschlossen, mit Transparenten und Umhängeschildern, auf die Veranstaltung des Komitees gefahren, die der Festlegung des weiteren Vorgehens gegen den Gesetzesentwurf, für einen Volksentscheid gegen den § 218 dienen sollte.

Unter Ausnutzung des öffentlichen Verkehrsmittels U-Bahn wurde die Agitation gegen den § 218 durch Sprechchöre und Transparente in den U-Bahnen und auf den Umsteigebahnhöfen gut genutzt.

Die Veranstaltung selbst, die von mehr als 1 200 Menschen getragen wurde, war ein guter Schritt voran! Die falschen Auffassungen des Kommunistischen Bundes und der Gruppe Rote Fahne im Kampf gegen den § 218 wurden völlig geschlagen.

Es hat sich gezeigt, daß der Kampf gegen den § 218 tatsächlich in eine neue Phase getreten ist, daß die Anfangsphase des Aufbaus und der Diskussion um die Taktik der Komitees vorbei ist. Die Forderungen der Komitees und Initiativen haben sich als richtig erwiesen. Auf ihrer Grundlage ist der Zusammenschluß des Volkes im Kampf gegen den § 218 nur möglich!

Das zeigte sich auch deutlich bei der Abstimmung der Resolution zum weiteren Vorgehen im Kampf, die von den über 1 200 Teilnehmern bei 13 Gegenstimmen und nur 3 Enthaltungen angenommen worden ist.

Auf Grundlage der verabschiedeten Resolution werden wir mit der Rückenstärkung von mehr als 1 200 Kämpfern in Westberlin den Kampf um die Forderungen zum festen Bestandteil des Kampfes in den Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen machen und auf eine machtvolle Demonstration zum Zeitpunkt der dritten Lesung des Gesetzesentwurfen hinarbeiten. – (d.–Westberlin)



Frankfurt: Die Einschüchterungsversuche der Polizei fruchteten nichts, die Kundgebung gegen den § 218 wurde durchgeführt

Parlamentarierpuppe wurde beschlagnahmt

Kundgebungsteilnehmer beschlossen offenen Brief an Bundestagsabgeordneten

Heidelberg. Einen offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten Möller (SPD) und Weber (CDU) haben 150 Teilnehmer an der Kundgebung für den Volksentscheid gegen den § 218 am Tag der ersten Lesung über die Neufassung des § 218 beschlossen. Der Brief wurde in Wandzeitungsformat an die Haustür des Herrn Möller und an den Eingang der CDU-Geschäftsstelle geheftet. In dem Brief heißt es unter anderem:

"Das Volk will wissen, ob einer die Interessen des Volkes vertritt oder nicht. Genauso hält es das Volk mit der Verfassung. Wenn die Verfassung gegen das Volk ist, ist das Volk gegen die Verfassung.

Sie werden im Bundestag für den § 218 stimmen, weil Sie glauben, daß es Ihnen gleich sein kann, was das Volk will, weil Sie die Hebel der Macht in der Hand halten. Sie täuschen sich. Gegen den Willen des Volkes zu handeln, hat sich noch nie ausgezahlt. Immer stärker wird die Front derer, die fordern:

Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Früher oder später werden Sie diesen Forderungen nachgeben müssen. Wir werden Sie in Ihrer Sprechstunde aufsuchen, um Ihre Erwiderung entgegenzunehmen."

Wenige Tage zuvor hatte CDU-Weber auf einer Veranstaltung seiner Partei im Stadtteil Handschuhsheim zu "aktuellen Vorgängen in Bonn" seine volksfeindliche Haltung unverhohlen dargestellt. Von den anwesenden Mitgliedern des Stadtteilkomitees befragt, hatte er erklärt: "Ich stehe auf seiten der Befürworter des § 218 ... Ich bin der Meinung, daß der Arzt am besten entscheiden kann ..." Als ihm entgegengehalten wurde, daß das Volk die Abschaffung des Knebelparagrafen will, philosophierte er, "wer sich anmaßen könne, sich als Sprecher des Volkswillens aufzuspielen". Im übrigen sei der Volkswille berücksichtigt, denn "ab und an" fänden Wahlen statt, wo "das Volk seinen Willen kundtun kann". Da er aber zur Kenntnis nehmen mußte, daß bereits über 20 000 Heidelberger ihren Willen für den Volksentscheid gegen den § 218 kundgetan haben, erklärte er schließlich unumwunden: "Ich bin kein Volksvertreter, sondern Abgeordneter. Ich bin als Abgeordneter nur meinem Gewissen verantwortlich und keinen Weisungen. Wenn noch so viele gegen den § 218 unterschreiben, stelle ich mich nicht gegen die Verfassung."

Diese Offenbarung eines bürgerlichen Parlamentariers nahmen die Mitglieder des Bereichskomitees Weststadt in ihre Propagandatätigkeit auf. Sie führten bei ihren Umzügen am Aktionstag eine Puppe mit, die den Abgeordneten Weber darstellte, und eine Papptafel, die dessen hohe Meinung vom Volkswillen umhängen hatte. Aber die Wahrheit, selbst wenn sie aus dem Munde eines Herren Abgeordneten kommt, verträgt der bürgerliche Staat nicht. In einer Polizeiaktion wurden zwei Mitglieder des Komitees verhaftet, die Puppe und ein Transparent beschlagnahmt. Wie man hört, soll der Abgeordnete Weber eine Anzeige wegen Beleidigung erhoben haben. Die Komiteemitglieder wurden anschließend erkennungsdienstlich behandelt. Ein weiteres Mitglied, das die Vorgänge fotografiert hatte, wurde gezwungen, den Film im Polizeipräsidium entwickeln zu lassen. Die Fotos, die die Beamten in Aktion zeigten, wurden einbehalten. Begründung: Beeinträchtigung einer Amtshandlung.

Solche Amtshandlungen bringen dem Staat nichts ein. Im Gegenteil. In einem sofort erstellten Flugblatt und in den Diskussionen auf der Straße wurde der Vorfall aufgegriffen. Die Forderung nach dem Volksentscheide gegen den § 218 hat weiter an Rückhalt gewonnen. – (m., Komitee gegen den § 218 Heidelberg)

Durch Erpressung zum Gebären gezwungen

Frau G. aus Harburg hat zwei Kinder im Alter von zweieinhalb Jahren und eineinviertel Jahren, die sie allein versorgen muß.

Frau G. kann nicht arbeiten gehen, da sie ihre Kinder nirgendwo unterbringen kann.

Kindergartenplätze kann sie nicht bezahlen. Sie lebt von der Sozialhilfe, von ganzen 360 DM im Monat. Als Frau G. feststellte, daß sie schwanger ist, wandte sie sich an die Familienfürsorge in Harburg.

Als erstes ging sie dann also zur Familienfürsorge. Die schickte sie zur Pro Familia Beratungsstelle in Harburg. Hier wird sie von einem Arzt untersucht, der schickte sie dann zum Frauenarzt Dr. Jobst. Der stellt ihr einen Antrag auf Schwangerschaftsabbruch aus und schickt sie damit zur Ärztekammer nach Hamburg. Die schickte sie dann zu zwei Gutachtern, beides Nervenärzte.

Diese schickten sie zurück zur Ärztekammer.

Damit mußte sie wieder zurück zu Dr. Jobst, der ihr einen Überweisungsschein für das Krankenhaus ausstellte, zu Dr. Maniggold in einer Harburger Klinik.

Weil sie jedoch krank wurde, konnte sie da erst drei Wochen später erscheinen. Dr. Maniggold untersuchte sie und lehnte den Schwangerschaftsabbruch ab, mit der Begründung, es sei jetzt schon zu spät. Ihre Erklärung interessierte ihn überhaupt nicht. Er meinte, "wenn das Kind erstmal da ist, werden Sie schon Ihre Freude daran haben" und schickte sie wieder weg.

Jetzt ging es wieder zu Dr. Jobst. Er überwies sie in die Universitätsklinik Eppendorf.

Für einen Schwangerschaftsabbruch dort müßte Frau G. mindestens eine Woche im Krankenhaus bleiben. Sie hat aber keinen Menschen, bei dem sie ihre Kinder für diese Zeit unterbringen könnte. Außerdem hat sie in der letzten Zeit durch die vielen Gänge zu Ärzten und Behörden und Gutachtern die Nachbarn schon oft in Anspruch nehmen müssen. So ging sie zur Familienfürsorge, damit sie ihre Kinder für die Zeit des Krankenhausaufenthaltes gut in einem Heim unterbringen könne.

Die Fürsorgerin meinte, daß die Kinder abgeliefert werden, daß aber nicht sicher sei, ob und wann sie die Kinder wieder bekäme. Überhaupt wäre es das beste, wenn sie das Kind austragen würde, und dann könne sie es zur Adoption freigeben.

Die Erpressung hat dazu geführt, daß die Frau jetzt dazu gezwungen ist, das Kind auszutragen. – (n, Hamburg)

Kundgebung gegen den § 218 in Hamburg

Hamburg. Am Tag der Bundestagsdebatte zum § 218 führte das Hamburger Komitee eine Kundgebung auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz durch, an der etwa 300 Menschen teilnahmen.

Wo die Mehrheit der Belegschaft in einem Betrieb oder der Bewohner in einer Straße die Forderungen unterschrieben haben, hatte das Komitee jeweils Vertreter eingeladen, auf der Kundgebung zu sprechen. Alle drückten den festen Willen aus, auch eine Neufassung des § 218 zu Fall zu bringen. Begeistert wurde der Beschluß des Betriebsrates einer Hamburger Buchhandlung aufgenommen, zur Demonstration zur dritten Lesung mit aufzurufen. Ein anderer Kollege berichtete über den Stand der Unterschriftensammlung in den Kasernen.

Vorausgegangen war der Kundgebung eine Veranstaltung des Komitees am 5.11. mit 250 Teilnehmern. Es wurde eine Resolution über die Fortführung des Kampfes gegen den § 218 verabschiedet.

Gegen den § 218

Ludwigsburg/Waiblingen. Die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigsburg/Waiblingen hat am 8.11.1975 in einem Beschluß das Frauensekretariat und den Hauptvorstand aufgefordert, die Abschaffung des § 218 zu fordern. Der Antrag war vom Kreisfrauenausschuß eingebracht worden. In seiner Begründung ist der Gesetzesentwurf der Regierungskoalition zum § 218 ausdrücklich abgelehnt worden, weil er die Bestrafung der Abtreibung beibehält. Die Antragskommission hatte die Ablehnung des Antrags empfohlen; das Verfassungsgericht habe entschieden und außerdem müsse "das Recht auf Leben" geschützt werden. Außerdem sei das eine Sache, die die bürgerlichen Parteien zu entscheiden hätten, das brauche in der Gewerkschaft nicht behandelt zu werden. Da war aber die Mehrheit der 136 Delegierten ganz anderer Meinung.

Frankfurt/M. Auf der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz vom 3.11.1975 haben die Delegierten die Streichung des § 218 und die Übernahme der Kosten für eine Abtreibung durch die Krankenkasse gefordert.

Zum Leben reicht das BAFöG nicht

Braunschweig. Ich bin Student an der Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel. Am 30.9. erreichte mich mein neuer BAFöG-Bescheid, daß mein Stipendium um 109,60 DM gekürzt sei. Dieses sind über 30 % weniger als ich bisher als Stipendium erhielt.

Meine Eltern sind beide als Angestellte tätig und verdienen wahrlich nicht viel und können mich nicht in dem Maße unterstützen, wie es nach dem neuen Bescheid erforderlich wäre. Momentan weiß ich deshalb nicht wie und ob ich weiter studieren kann. Aller Voraussicht nach werde ich wohl mein Studium aufgeben müssen, weil es äußerst fraglich ist, ob ich in der gegenwärtigen Situation eine Gelegenheitsarbeit finden werde, um mein Studium zu finanzieren. Ansonsten muß ich unausgebildet auf Arbeitssuche gehen, und wenn ich nichts finde, habe ich nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld. Eine Sauerei ist das auch, denn erst bekommt man einen Studienplatz und beginnt die Ausbildung und dann streicht einem der Staat das Geld, so daß man die Ausbildung abbrechen muß.

Um dem entgegenzuwirken, ist es notwendig, daß wir uns zusammenschließen und die Forderung nach "kostendeckendem BAFöG" mit aller Macht vertreten. Es muß eine breite Front aller besitzlosen Studenten aufgestellt werden, um diese Forderung gegen den Staat durchsetzen zu können. – (b, Braunschweig)

Koblenz. Ende September bekam ich meinen neuen BAFöG-Bescheid. Während ich vorher 517 DM Unterstützung bekommen hatte, bekomme ich jetzt nur noch 371 DM monatlich.

371 DM: davon soll ich monatlich 150 DM Miete, Essen, Kleider, Bücher und die restlichen Sachen, die man zum Leben braucht, kaufen. Wie das gehen soll, weiß ich jetzt noch nicht. Die Berechnungen sind zum einen dadurch zustandegekommen, daß einer meiner Brüder jetzt mit der Lehre fertig geworden ist. Nicht berechnet wurde die Tatsache, daß er arbeitslos ist und nur 300 DM Arbeitslosengeld bekommt. Zum anderen ist die Kürzung im stärksten Maß durch die neuen Berechnungssätze zustande gekommen. Die sogenannte Eigenleistung ist heraufgeschraubt worden. Bisher war der Lohn meines Vaters über 960 DM zu 40 Prozent zuzüglich 5 Prozent pro Kind anrechnungsfrei. Jetzt sind es nur noch 300 DM, 25 Prozent und 10 Prozent pro Kind. Von der zehnprozentigen Härtezulage habe ich nichts gemerkt. Gleichzeitig sind im Betrieb meines Vaters (Steinbrucharbeiter) alle Überstunden weggefallen, wodurch mein Vater rund 20 Prozent weniger Lohn bekommt. Er kann mich in der Situation nicht unterstützen. Die Erhöhung des BAFöG auf 600 DM und 1 200 DM Elternfreibetragsgrenze sind für mich notwendig. Deshalb werde ich auch dafür eintreten! – Burkhard Kexel (aus: Kommunistische Studentenzeitung Koblenz)



Heidelberg, 7.11. 900 Studenten trugen ihren Protest gegen das Rektorat Niederländer auf die Straße. Mit Polizei und Veranstaltungsverboten versucht versucht dieses, den Zusammenschluß der Studenten gegen Rektorat und Landesregierung zu verhindern.

Universität Heidelberg

Unterschriftensammlung für Streikurabstimmung

Heidelberg. Unter den Studenten der Universität Heidelberg wird diese Woche eine Unterschriftensammlung durchgeführt für einen Streik, der sich gegen die Angriffe des Staates auf die materielle Existenz und politische Selbständigkeit der Studenten richtet. 3 000 Unterschriften sollen bis zum Wochenende gesammelt werden. Zirka 1 400 waren es am Dienstagabend.

Wie bereits in den letzten Ausgaben der KVZ berichtet, hat das Universitätsrektorat mit verschiedenen Maßnahmen versucht, jede Debatte über die Forderungen, unter denen sich die Studenten gegen die miserablen Studienbedingungen zur Wehr setzen können, zu unterdrücken. So sollte der Zusammenschluß der Studenten gegen den Staat verhindert und ihre Zersplitterung aufrechterhalten bleiben. Zu diesen Maßnahmen gehörte ein Maulkorberlaß, die Verschiebung der Wahlen der Studentenschaft in die Semesterferien, die beabsichtigte Auflösung der Fachschaftsvertretungen und das Verbot von Veranstaltungen.

Die Studenten antworteten darauf, indem eine von der Kommunistischen Hochschulgruppe initiierte Vollversammlung Aktionstage durchzuführen beschloß, um in Debatten und Veranstaltungen Klarheit zu gewinnen über die Ursache der schlechten Studiensituation, der politischen Angriffe des Rektorats und darüber, welchen Weg die Studenten dagegen einschlagen müssen.

Sofort holte das Rektorat zum Gegenschlag aus. In einer Erklärung zu Beginn der Aktionstage ließ das Rektorat wissen: *"An den studentischen Belangen ist die Kommunistische Hochschulgruppe nicht interessiert ... Das Rektorat wird sich dem Terror der KHG auch diesmal nicht beugen."* Weiterhin verbot es eine Veranstaltung im Rahmen der Aktionstage zum "Haushaltssicherungsgesetz und Kürzungen der Ausbildungsförderung", die von der Konferenz der Fachschaften getragen wurde. Als sich trotz des Verbots des Rektorats mehrere 100 Studenten vor der Universität versammelten und ihren Protest ausdrückten, ließ der Rektor die Polizei mit Knüppel gegen die Studenten vorgehen.

Auf diesen Schlag des Rektors antworteten rund 900 Studenten am Donnerstag mit einer Demonstration. Auch hier versuchte das Rektorat wiederum mit mehreren bereitgestellten Hundertschaften Polizei den Studenten seine Stärke zu demonstrieren. Aber die Studenten ließen sich auf keine Provokationen ein. Im Anschluß an die Demonstration berieten sie auf einer Versammlung die Situation und beschlossen die Durchführung einer Urabstimmung für Streik und Streik unter folgenden Forderungen: gegen die Verschiebung der Wahlen zur Studentenschaft, gegen die Auflösung der Fachschaftsvertretungen, gegen den Maulkorberlaß und für eine Ausbildungsförderung, die die Durchführung des Studiums ermöglicht.

Zur Durchführung der Urabstimmung wurde von der Versammlung ein Ausschuß aus Fachschaftsvertretern und Mitgliedern von Institutsgruppen gewählt. Am Montag wurde sofort mit der Unterschriftensammlung begonnen, um allen Verwirrungs- und Spaltungsversuchen des Rektorats entgegenzutreten und um ein einheitliches Vorgehen aller Studenten zu ermöglichen. – (t, Heidelberg/Red.)

Juso-AStA Braunschweig:

„Wir denken weiter..."

Braunschweig. In Braunschweig wurden zum 1.11. massiv die Fahrpreise erhöht. Trotz seiner Polizeiknüppel gelang es dem Stadtrat nicht, den Widerstand gegen dieFahrpreiserhöhungen zu unterdrücken (s.S. 8) (s.S. 8) Auch viele Studenten haben den Kampf gegen diese neuerliche Ausplünderung der Volksmassen durch die Fahrpreiserhöhung von Anfang an aufgenommen, und immer mehr reihen sich aktiv in diese Bewegung ein: Die Masse der Studenten weiß ein Lied zu singen von der Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat. Die Kürzung der Stipendien, die Erhöhung der Wohnheimmieten und der Versicherungsbeiträge und die angekündigte Mensapreiserhöhung treffen diejenigen empfindlich, deren Eltern nicht über Besitz und Reichtum verfügen.

Die Jungsozialisten an der Hochschule, die in drei der vier Braunschweiger Allgemeinen Studentenausschüsse über die Mehrheit verfügen, haben dagegen verkündet, die Erhöhung müßte hingenommen werden, da der Kampf keinen Erfolg verspreche.

Der erste AStA-Vorsitzende (SHG) erklärte vor der Vollversammlung der Technischen Universität: *"Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung ist aussichtslos. Wir denken weiter; denn wir denken nicht nur an November/Dezember, wir denken an das nächste Jahr. Es ist alles so schwierig."*

Während die Jungsozialisten versuchten, die Studenten zurück in die Studierstuben zu rufen, um die Lage im kommenden Jahr zu "überdenken", kündigten ihre Parteigenossen im Stadtrat für Januar eine Erhöhung der Badepreise um zwanzig bis fünfzig Prozent an.

In dieser Lage ist unübersehbar, daß der Kampf gegen die Ausplünderung des Volkes durch den Stadtrat geführt werden muß. Das Gejammere der Jusos, nun könne nichts mehr getan werden, erweist sich auch unter ihren Mitgliedern zunehmend als üble Parteipolitik, haben sich doch mehrere SPD-Gewerkschaftsführer offen für die Erhöhung ausgesprochen. So konnte man kürzlich in einem SHG-Flugblatt erfahren: *"Die SHG-Jungsozialisten steht auch für diejenigen offen, die die Politik der SPD für gescheitert halten." "So kann man Genossen vor der Resignation bewahren und das Ausweichen zu irgendwelchen Kadergruppen verhindern ..."*

Die Sorge, daß immer mehr Studenten mit der SPD brechen und den Kampf aufnehmen gegen die Ausplünderungspolitik des bürgerlichen Staates, ist berechtigt.

An der Pädagogischen Hochschule legten Mitglieder der SHG, die den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung aufnehmen wollten, eine Resolution auf der Vollversammlung vor, die den Allgemeinen Studentenausschuß (ebenfalls SHG) dazu verpflichten sollte, den Kampf zu unterstützen. Zu dem Zeitpunkt lehnte es der Allgemeine Studentenausschuß der Pädagogischen Hochschule ab, diesem Aufruf nachzukommen, obwohl eine Versammlung von über 100 Studenten mit großer Mehrheit diese Aufforderung bekräftigte.

Aber angesichts der wachsenden Kampfbereitschaft gegen die Erhöhung der Fahrpreise und Badepreise durch den Stadtrat gerieten die Jusos an der Hochschule zunehmend in die Defensive und sahen sich gezwungen, nach dem brutalen Polizeieinsatz auch zu einer Kundgebung aufzurufen, an der wieder 400 Menschen teilnahmen.

Als sich die Teilnehmer der Kundgebung zu einem spontanen Protestzug durch die Innenstadt formierten, versuchten die AStA-Vorsitzenden die Kundgebung für beendet zu erklären und verließen den Platz. Da mußten sie aber zusehen, wie eine große Zahl von Studenten und ebenfalls viele ihrer eigenen Mitglieder an der Demonstration teilnahmen.

Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung ist nicht gelaufen, wie es die Juso-Führer glaubhaft machen wollen; denn immer mehr Menschen erkennen die Notwendigkeit, den Kampf gegen die Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat aufzunehmen. Die Jungsozialisten werden sich schwer tun, die für den kommenden Samstag beschlossene Demonstration weiterhin als "ohnmächtige Proteste" abzulehnen und den Kampf weiterhin zu sabotieren. – (h., Braunschweig)

Vollversammlung an der Universität Göttingen

Göttingen. Zirka 600 Studenten der Universität Göttingen berieten auf einer Vollversammlung am 4.11., wie gegen die Verschlechterung der Lage der Studenten im Wintersemester vorgegangen werden kann. Sie verabschiedeten eine Resolution, in der unter anderem gefordert wird: 600 DM BAFöG und 1 500 DM Elternfreibetrag! Rücknahme der Stellen- und Mittelkürzung an den Hochschulen! Einspruchsrecht der Studenten gegenüber allen Änderungen der Prüfungs- und Studienordnung! Rücknahme der politischen Entlassungen! Uneingeschränktes politisches Mandat der Verfaßten Studentenschaft! Die Vollversammlung begrüßte weiterhin den Beschluß der niedersächsischen Landesastenkonferenz, vom 1. bis 4.12. eine Urabstimmung über die Durchführung eines aktiven Streiks durchzuführen und forderte den AStA auf, auf der Grundlage der beschlossenen Forderungen die Aktionen für einen Streik in Angriff zu nehmen.

Streikurabstimmung

Köln. Die Vollversammlung der Abteilung für Heilpädagogik (AfH) in Köln (eigenständige Abteilung der Pädagogischen Hochschule Rheinland) hat am 6.11. die Durchführung einer Urabstimmung für einen dreitägigen Streik beschlossen. Unter anderem wurde folgende Forderung beschlossen:

– 600 DM Ausbildungsförderung! 1 200 DM Elternfreibetrag! Weg mit der Darlehensregelung!

Bayrischer Bildungshaushalt 1976

Mit allem Reformgerede Schluß gemacht

Studienplätze werden abgebaut / Scharfe Einsparungen im Bildungswesen

Wie der Bund, so bereiten auch die Länderregierungen gegenwärtig die Haushaltspläne für das Jahr 1976 vor. Im Bildungsbereich haben die Länder neben dem Bund noch viel zu sagen, und sie legen mit ihrem Haushalt ihr bildungspolitisches Programm vor.

Die bayrische Landesregierung hat dies mittlerweile getan und folgendes ist dabei heraus- und ans Licht gekommen: Weil man in Bayern nie so viel geredet hat über Bildungsreform wie zum Beispiel in SPD-regierten Ländern, kann man dort mit der Reformpolitik und der Ideologie der Chancengleichheit auch rabiater Schluß machen als anderswo. Wo man dies auch tut, wo aber SPD-Länderregierungen dies mit Ziererei und Heuchelei, eben unter viel Bildungsideologie verbergen.

So in Westberlin, wo der fakultative Unterricht und Vertretungsstunden gekürzt werden. In Hamburg, wo bis 1978 rund 700 Lehrerstellen eingespart werden sollen. In Hessen, wo die Schülerbeförderungskosten gekürzt werden. Zurück zum CSU-regierten Bayern.

Was rabiat ist, entnehme man folgenden Zahlen: Rund 35 000 Studenten gibt es gegenwärtig an der Münchener Universität. Die will die Landesregierung *"von über 35 000 auf 22 000 reduzieren"* (Süddeutsche Zeitung, 30.10.). Der Uni-Rektor Lobkowicz hält dies zwar für zuviel, eine Verringerung auf 27 000 aber für *"durchaus denkbar"*. Ohne Unruhe und Ärger geht das nicht und so schlug er vor, daß diese *"kluge Reduzierung ... aber langsam und nicht über Nacht durchgeführt werden muß"*. (Süddeutsche Zeitung, 30.10.)

So wie bezüglich München ist auch Entsprechendes für die anderen bayrischen Universitäten geplant. Die Bayreuther Universität steht in den Sternen und in Augsburg sollen es statt der geplanten 18 500 nur 12 500 Studienplätze werden. Das ist der Kern des hochschulpolitischen Programmes der Landesregierung, zu dem noch gehört die Methode, wie die Verringerung der Studienplätze "nicht über Nacht" erreicht werden soll.

Den Ausbau stoppen und die Stellen streichen, das ist der nächste Punkt des Programms. So werden im Bildungsbereich 688 unbesetzte Planstellen ersatzlos gestrichen und freiwerdende Planstellen nach frühestens drei Monaten wieder besetzt werden. (päd extra 19–20/7 5) Assistentenstellen dürfen nicht länger als sechs Jahre besetzt sein und *"30 % all jener Stellen, die im Staatshaushalt des nächsten Jahres neu zu den bereits vorhandenen bewilligt wurden, werden wieder gestrichen"*. (Süddeutsche Zeitung, 15./26.10.)

Entsprechend dem Sparprogramm der Bundesregierung, worauf die CSU auch hingewiesen hat und welches die Kürzung der Ausgaben für den Hochschulausbau um über 20 Prozent vorsieht, wird auch an den bayrischen Ausgaben für den Hochschulausbau gekürzt. Doch all dies langt noch nicht, damit sich der eingeplante Abbau der Studentenzahlen vollzieht. Denn zunächst führen diese Einsparungen zum Chaos und zur unerträglichen Verschlechterung der Studiensituation.

So wird als nächster Programmpunkt festgelegt, wie dem Abbau nachgeholfen werden soll. Greift der Bund durch die Einschränkung der Ausbildungsförderung den Studenten in die Tasche, so hilft die Landesregierung dem eifrig nach. Bereits das Wintersemester steht *"ganz unter dem Diktat der Sparmaßnahmen"*, schreibt dazu die "Süddeutsche Zeitung" vom 3.11.

Da kommt es Schlag auf Schlag: Die Studenten sollen 150 Mark Semestergeld bezahlen, die Mensapreise wurden um 8 bis 15 Prozent erhöht, der Beitrag zum Studentenwerk wurde um fast 50 Prozent erhöht und die Krankenkassenbeiträge stiegen um 9 Mark pro Monat, sofern man kein BAFöG erhält.

Darin besteht das Hochschulprogramm: daß, wer kein Geld hat, auch kein Studium bestreiten kann, es sei denn, er verkauft sich schon vorweg an die Bourgeoisie, wofür es freilich Stipendien gibt.

Klein aber fein sollen die Hochschulen wieder werden. So daß nur noch studieren kann, wen die Bourgeoisie als Funktionär mit Hochschulausbildung auch braucht, und zu nichts anderem sind die Hochschulen auch da. Was diesen Zweck betrifft, so sind es in München für die Bourgeoisie grad 10 000 bis 15 000 Studenten zuviel, die abgebaut werden müssen.

Auch zum Volksbildungswesen hat die bayrische Landesregierung in ihrem Haushalt ein Programm vorgelegt. Herausgekommen ist dabei folgendes:

"Im Communique (der Staatsregierung) *wurde weiter mitgeteilt, daß auch mit Abstrichen bei den Leistungen der Gesetze über die Kostenfreiheit des Schulwegs, über die Lernmittelfreiheit, über die Begabtenförderung und über die Ausbildungsförderung zu rechnen ist."* (Süddeutsche Zeitung, 25./26.10.)

Erstmal wird da eingespart an allem, was man braucht, um überhaupt bis ins Schulzimmer zu kommen und um am Unterricht teilzunehmen. Soll jeder sehen, wie er's anschafft, unsere Sache ist dies nicht, sagt hier die Staatsregierung.

Zweitens wird an Lehrern eingespart, was unter diesen Verhältnissen zu einer weiteren Verschlechterung der Ausbildung führt. *"In CSU-Kreisen ist man sich darüber einig, daß die Kapazitäten der Lehrerbildung erheblich abgebaut werden müssen."* (Süddeutsche Zeitung, 30.10.) Darauf läuft denn dann auch der Abbau der Studentenzahlen hinaus, daß an Lehrern eingespart werden soll.

So werden als Folge davon allein an den bayrischen Realschulen 1976 814 Lehrerplanstellen fehlen (Süddeutsche Zeitung, 1./2.11.), werden 30 % aller, die 1976 die Lehrerprüfung in Bayern bestehen, arbeitslos sein (Süddeutsche Zeitung, 23.10.).

Worin die Auswirkung dieser Sorte Sparpolitik auf die Ausbildung der Jugend besteht, konnte man bereits dieser Tage sehen: *"Noch vor Weihnachten 1975 sollen zwischen 100 und 400 Volksschulklassen in Bayern ihre Lehrer verlieren. Dabei handelt es sich um Lehrer, die nach Ablegung ihrer zweiten Lehramtsprüfung ihre Ausbildung abgeschlossen und bisher eine Klasse geführt haben. Wegen der angespannten Planstellensituation können nicht alle von ihnen vom Staat übernommen werden."* (Süddeutsche Zeitung, 10.11.)

Aushöhlung des Rechts auf Bildung für die Masse der Jugend, weil dieses Recht für viele von ihnen in nicht mehr bestehen soll als grad darin, sich in einem Klassenzimmer aufzuhalten. Schärfere Ausrichtung der Hochschulen auf ihre Aufgabe, den Funktionärsnachwuchs der bürgerlichen Klasse heranzubilden. In diesen beiden Seiten besteht das bildungspolitische Programm.

Das macht schroff deutlich, daß der Klassengegensatz auch das Bildungswesen beherrscht und was man von den reformerischen Phrasen der Bildungsgleichheit zu halten hat. Ideologien der Klassenversöhnung im Bildungsbereich, darin besteht ihr Kern. – (er)

Anklage wegen Meuterei

Generalität sucht Initiative

Koblenz. Trotz der anhaltenden Proteste gegen die Bestrafungen der Soldaten, die in Uniform gegen den § 218 demonstrierten, wurden in Koblenz weitere Soldaten bestraft. Der Pionier Horst Wilhelm erhielt eine Disziplinarstrafe von 7 Tagen Arrest, ausgesetzt auf fünf Monate Bewährung. Außerdem planen die Offiziere, ihn nach Kusel zu versetzen. Der Gefreite Klaus Kilian, Vertrauensmann der Mannschaften des Heeresmusikkorps 5 der Bundeswehr, erhielt von dem Kommandeur der Divisionstruppen der Panzerdivision 5, Brigadegeneral Mertens, eine Disziplinarstrafe von drei Tagen Arrest. Die muß der Soldat absitzen.

Gleichzeitig formiert sich die Bundeswehr und bereitet eine Gegenoffensive vor. Die Teilnahme der Soldaten an der Demonstration hat in den Koblenzer Kasernen und außerhalb zu viel Wirbel ausgelöst. Die Bundeswehr hat in der Auseinandersetzung bis jetzt zu viel an Gesicht verloren. In den Kasernen und in der Öffentlichkeit wurde das Verhalten der Generalität angeprangert und das mutige Eintreten der Soldaten für ihre Rechte hat überall Sympathien erhalten.

In einer Kompanie in der Rhein-Kaserne hielt eine Soldat eine "Aktuelle Information" über den § 218 und die Teilnahme an der Demonstra tion ab. In der Gneisenau-Kaserne wurde die Unruhe unter dem Offiziersgesindel noch verstäkt, als zwei Kolleginnen des Komitees gegen den § 218 sich in der Kompanie des Soldaten Thymo Fischer meldeten, um dort die 120 Mark für die Disziplinarbuße zu bezahlen, die T. Fischer wegen der Teilnahme an der Demonstration aufgebrummt bekam.

Für die nächste Woche haben sie im Standort überall "Kompaniebelehrungen" angesetzt, die sich ausdrücklich mit der Teilnahme der Soldaten an der Demonstration gegen den § 218 befassen. In den Belehrungen wollen sie die Soldaten des Standortes ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß nach Soldatengesetz die Teilnahme in Uniform an politischen Veranstaltungen verboten sei. Mit diesem Manöver wollen sie die Aktion herunterbringen auf eine Überschreitung einer Vorschrift. Es wird darauf ankommen, die Offiziere zu packen und zu einer Stellungnahme zu dem § 218 zu zwingen. Dann wird sich zeigen, warum die Bundeswehr so hart gegen die Soldaten durchgreift: weil die Armee seit jeher Befürworter und Nutznießer des § 218 ist. Er hatte auch die Aufgabe, für die Armee stets für Kanonenfutter in ausreichendem Umfange zu sorgen. Dafür ist die Generalität heute noch.

"Beweissicherung"

Ihre größte Aktion hat die Bundeswehr aber mit einer Komödie am letzten Donnerstag, dem 6. November, eingeleitet. An diesem Tag riefen sie alle sechs Soldaten, von denen sie wissen, daß sie an der Demonstration beteiligt waren, in der Koblenzer Pionier-Kaserne zusammen. Als Begleitung bekamen sie je zwei Mannschaftsdienstgrade und einen Unteroffiziersgrad mit. Es wurde ihnen befohlen, sich mit den beiden Begleitsoldaten in einer Linie aufzustellen.

Daraufhin wurden zwei Feldjäger hereingeholt, die nun aus den angetretenen Soldaten diejenigen herausfinden sollten, die am 21. September morgens auf dem Koblenzer Hauptbahnhof, vor der Abfahrt des Sonderzuges zur Demonstration, sich weigerten eben diesen beiden Feldjägern ihre Personalien zu geben und auch dem Befehl zur vorläufigen Festnahme nicht Folge leisteten. Die Demonstrationsteilnehmer bildeten damals einen Ring um die Soldaten, verhinderten so die Verhaftung der Soldaten und sorgten dafür, daß sie an der Demonstration teilnehmen konnten.

Das hat sie mächtig gewurmt. Noch mehr, als nach der Demonstration das Koblenzer Soldaten- und Reservistenkomitee ein Flugblatt herausbrachte, auf dem alle Soldaten des Standortes über die schmähliche Niederlage der verhaßten Feldjäger informiert wurden. Die Scharte wollen sie jetzt ausmerzen. Rache wollen sie nehmen. Beide Feldjäger behaupteten hundertprozentig, daß der Pionier Gerhard Bayha auf dem Bahnhof dabeigewesen wäre. *"An ihn kann ich mich genau erinnern, er hat laut herumgebrüllt und die Faust geschüttelt. Von den anderen kennen wir leider keinen."*

"Meuterei" soll es sein

Wie merkwürdig doch, daß sich die beiden Feldjäger ausgerechnet nur noch an einen Soldaten so gut "erinnern" können. Das war kein Zufall, sondern ein abgekartetes Spiel. Deutlich wird das daran, daß befohlen wurde, dem Pionier Bayha zur Begleitung nur Soldaten mitzugeben, die keinen Bart tragen. Gesagt wurde: *"Wir brauchen zwei Leute, die keinen Bart tragen."* Und Gerhard Bayha trägt nun einmal "zufällig" einen Bart.

So stand schon von vornherein fest, wen sich die Burschen greifen würden. Und schon bereits vor dieser Komödie wurde dem Soldaten Bayha von dem Kompaniechef erklärt, daß die Bundeswehr ihm wegen "Meuterei" ans Leder wolle. Durch diese "Gegenüberstellung" glauben sie dazu die rechtliche Handhabe geschaffen zu haben. Für G. Bayha, bei dem schon ein Verfahren wegen Teilnahme an der Demonstration beim Truppendienstgericht in Gang gebracht wurde, bedeutet dies eine Anklage wegen Befehlsverweigerung und Meuterei, was zu einer zivilgerichtlichen Verfolgung und hoher Gefängnisstrafe führen kann.

Die Bundeswehr will jetzt ein Exempel statuieren. Sie will beweisen, daß jeder zerbrochen wird, der sich gegen den Kadavergehorsam in der Bundeswehr auflehnt und für Rechte kämpft. Das wird ihnen schwerlich gelingen. Die Bundeswehr will durch dieses Manöver gleichzeitig wieder in die Offensive kommen und selber die Handlung diktieren und nicht mehr nur reagieren müssen. Auch das gelingt ihnen nicht. Auf einer Veranstaltung zur ersten Lesung des Gesetzes zur Beibehaltung des § 218 im Bundestag wurde beschlossen, daß die bestraften Soldaten auf der Kundgebung zur zweiten Lesung die Hauptrede halten. — (gb, ws, Koblenz)



Panzer auf einem Rübenfeld während des Manövers "Straffer Zügel"

Reservisten im Manöver

Am 20. September 1975 stand im "Heidelberger Tageblatt" über das Reservisten-Bataillon 230 des Artillerieregiments z.b.V. 200 Philippsburg folgende Mitteilung: "Im Gefechtsstand der 1. Luft-Lande-Division (Garnisonsstadt Bruchsal) war man 'restlos von den Socken', mit welchem Können z. B. das in der Masse aus Reservisten bestehende Bataillon ... seine Aufträge meisterte. Ein aktiver Stabsoffizier gestand, sich selbst in einer solchen Begeisterung zu sehen: 'Ein unwahrscheinlicher Einsatzwille.' Es sei schon ein Ding, sich so voll bewußt der Verantwortung zu sein und sich auf einen 10 Tonner Zugwagen zu schwingen und mit einem 7 Tonnen schweren Geschütz (155 mm Haubitze) als Anhänger – das mache immerhin mit Zuladung von Menschen und Material gut 20 Tonnen – loszumarschieren. 'Stellen Sie sich vor: dreimal in 24 Stunden Stellungswechsel, reibungslos und sicher.' Das erfordere hohe Konzentration und den Willen, sich selbst zu beweisen, was man machen könne." An der Meldung ist nichts richtig außer den Gewichtsangaben.

Reservisten, die kurzfristig aus dem Volk zur Armee einberufen werden, eignen sich besonders gut, das ramponierte Image der Bundeswehr aufzupolieren. Mit dem wirklichen Einsatzwillen der Reservisten sah es aber ganz anders aus. Die meisten von ihnen kamen aus dem nordbadischen Raum, überwiegend waren es Industriearbeiter, die alle über Kurzarbeit, Lohndruck und Arbeitshetze schimpften.

Sie ließen recht schnell die Katze aus dem Sack: So beim Bund bekommen sie 90 % Lohnfortzahlung, dazu noch den Wehrsold und die Truppenverpflegungszulage, was summa summarum mehr ergibt als beim Schwitzen und Kurzarbeiten in der Fabrik. Wäre dem nicht so, die meisten von ihnen wären gleich gar nicht zur ihnen wären gleich gar nicht zur MOB-Übung gekommen. Statt Dienstgeilheit mitzubringen, glaubten die Reservisten, sich hier einen gutbezahlten Urlaub machen zu können. Gegen nichts hatten sie mehr Abneigung als gegen das hundsgewöhnliche Soldatenleben.

Häufig kam es vor, daß wir in einer Feuerstellung einfuhren und Wirkungsbereitschaft meldeten, wenn noch die Hälfte des gesamten Gerätes auf dem Zugwagen lag.

Der Einsatzwille der Reservisten war so groß, daß sie selbst dann Wirkungsbereitschaft gemeldet hätten, wenn sie in verkehrter Richtung gestanden hätten. Dies war vorauszusehen und mit Bedacht setzte das 2. Corps der Bundeswehr Schiedsrichter ein, die von Haubitzen so wenig Ahnung hatten wie wir von den geheimsten NATO-Plänen. Ihre Unwissenheit versuchten diese nur mit Schikanen zu verdecken. Sie ließen uns Schützenlöcher graben, was selbst nach den Vorschriften der Bundeswehr ein Witz ist. So waren diese Herren Offiziere verhaßt und bekamen die Verachtung der Kameraden zu spüren. Deshalb häuften sich die Stellungswechsel und das ausgesuchte Gelände wäre selbst für eine hart gedrillte Kompanie ein purer Widersinn gewesen. Sumpf und Wassergelände sowie Äcker mit allzu tiefen Furchen kennzeichneten das Bild. Wer weiß, was es bedeutet, eine Feldhaubitze wirkungsbereit zu machen, der wundert sich nicht, daß zunächst eine Geschützbesatzung überhaupt nichts mehr anrührte und beim nächsten Stellungswechsel die gesamte Geschützstaffel der 2. Feldartilleriekompanie 230 ihren Einsatz verweigerte. Daraufhin erschien der Kommandeur und versuchte die aufgebrachten Kameraden zu beschwichtigen: "Sie sind ja Männer, die draußen ihren Mann stehen – hier müssen Sie es auch tun." Er erntete nur Hohngelächter. Daraufhin stellte ein Reservist die Unsinnigkeit der gegebenen Befehle dar und verlangte eine Begründung für sie. Ihm wurde sofort der Truppenausweis abgenommen. Er wurde als Rädelsführer hingestellt, bekam eine Disziplinarstrafe – sein Wehrsold wurde einbehalten – und man versuchte ihn von den anderen Reservisten zu isolieren. Der geschlossene Widerstand hatte aber Erfolg. Von nun an bekamen wir ausgezeichnete Stellungen für unsere Haubitzen. – **(a.m., Soldaten- und Reservistenkomitee Heidelberg)**

Protesterklärungen

Frankfurt. Mit einer Erklärung, die an die Einheitenführer und Kommandeure verschickt wurde, haben die Teilnehmer einer Veranstaltung des Komitees gegen den § 218 gegen die Bestrafung und Verfolgung der Koblenzer Soldaten protestiert, weil sie in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn teilgenommen hatten. In einer zweiten Erklärung wendet sich die Veranstaltung gegen die Bestrafung des Soldaten Kammer aus der Husarenkaserne Sontra, der ebenfalls an der Demonstration teilgenommen hatte und dafür bestraft wurde.

Bei dem Koblenzer Soldaten- und Reservistenkomitee gingen noch zahlreiche weitere Solidaritätserklärungen ein, unter anderem von dem **Schülerrat der Gewerbeschule Emmendingen**, von dem **Jugendzentrum Wabilingen**, das eine Veranstaltung mit zwei der Soldaten und eine Unterschriftensammlung durchführte, von Teilnehmern der **DGB-Demonstration aus Hildesheim**, von einer **Veranstaltung des Hamburger Soldaten- und Reservistenkomitees**, von einer Veranstaltung des **Wiesbadener Komitees gegen den § 218.**

Fernschreiben an alle Einheiten

betr.: veranstaltung des deutschen gewerkschaftsbundes am 08.11.1975 in dortmund
1. am 8. november 1975 findet in dortmund, westfalenhalle, nach einer demonstration eine groszveranstaltung des dgb statt, die sich mit arbeitslosigkeit, beruflicher bildung und mitbestimmung befasssen wird. hierbei wird der vorsitzende des dgb zur wirtschaftlichen lage stellung nehmen.
extremepolitische gruppen – nicht jedoch der veranstaltende dgb – haben soldaten in veroeffentlichungen, flugblaettern, zur teilnahme in uniform aufgerufen.
2. bei der veranstaltung handelt es sich um eine politische veranstaltung im sinne des paragraphen 15 abs. 3 soldatengesetz. eine teilnahme in uniform ist nicht gestattet. die truppe ist unverzueglich entsprechend zu belehren.

Munster: Vertrauensmann nach der Wahl abgesetzt

Offiziere machen Wirbel

Am 6. Oktober wurde in der 4. Kompanie des Panzergrenadierlehrbataillons 92 der Gefreite Lomer mit 105 von 108 abgegebenen Stimmen zum neuen Vertrauensmann gewählt. Gleichzeitig wurden die folgenden Forderungen beschlossen:

1. Dienstausgleich für alle Zusatzdienste – für Wachdienste am Wochenende einen Tag, in der Woche einen halben Tag Ausgleich.
2. Keine Einteilung von Diensten durch den Vertrauensmann.
3. Alle vierzehn Tage einen Tag Urlaub für die Soldaten, die mehr als einen Tag für die Hin- und Rückfahrt zwischen Standort und Heimatort benötigen.
4. Regelmäßige Mannschaftsversammlungen.
5. Ein Informationsbrett zur Verfügung des Vertrauensmanns.
6. Lohnfortzahlung für Wehrdienstleistende.

Für den ersten Stellvertreter, der sich in der Diskussion ebenfalls für diese Forderungen ausgesprochen hatte, wurden 36 Stimmen abgegeben.

Ein Programm, in dem diese Forderungen begründet wurden, hatte der Gefreite Lomer einige Wochen vor der Wahl in der Kompanie verteilt, so daß schon vorher eine Diskussion darüber stattgefunden hatte. Der Kompaniechef Hauptmann Koplin drohte ihm daraufhin wegen der in dem Programm enthaltenen "Polemik gegen die Bundeswehr" eine Disziplinarstrafe an. Bei dieser Drohung ist es bisher geblieben.

Unterschriftensammlung für Dienstausgleich

Auf der Wahlversammlung wurde beschlossen, für die mit zwei mehrwöchigen Übungen verbundenen Zusatzdienste einen angemessenen Dienstausgleich zu fordern. Weil bei diesen Übungen neben den damit sowieso verbundenen Belastungen noch insgesamt vier Wochenenden (= acht Tage) für die Soldaten verloren gingen und für einen weiteren Tag, an dem die anderen Kompanien des Bataillons dienstfrei gehabt hatten, wurde eine Forderung von zehn Tagen Dienstausgleich aufgestellt. Diese sollten unmittelbar im Anschluß an die letzte Übung gewährt werden, um sich erholen zu können. Diese Forderungen wurden durch eine Unterschriftenliste bekräftigt. 81 Unterschriften kamen zusammen, wobei viele Soldaten nicht erreicht werden konnten. Die Unterschriftenliste wurde dem Kompaniechef vorgelegt. Dieser lehnte die Forderungen unter lautem Geschimpfe vor der Front – "Unverschämtheit" usw. – ab. Besonders erbost war er darüber, daß die Geschäftszimmersoldaten, die er zu seinen festen Stützen zählt, geschlossen unterschrieben hatten.

Im zweiten Zug ließ der Zugführer feststellen, wer unterschrieben hatte, und drohte den Soldaten damit, persönlich dafür zu sorgen, daß sie überhaupt keinen Urlaub bekämen. Ein Fehler war es allerdings, die Unterschriftenliste nicht direkt dem Bataillonskommandeur vorzulegen, der den Dienstausgleich für die Übungen jetzt auf nunmehr fünf Tage zentral festlegte.

Offiziersintrigen gegen die Vertrauensmannwahl

Der Wahl vorausgegangen waren Versuche der Kompanie- und Bataillonsführung, den Gefreiten Lomer von der Wahl auszuschließen und die Wahl zu verschleppen. Stützen konnten sie sich dabei auf das neue Vertrauensmännerwahlrecht: Der Gefreite Lomer hatte am 1. Mai an der Demonstration des DGB in Hamburg in Uniform teilgenommen und dort für die Forderungen "Lohnfortzahlung für Wehrdienstleistende" und "Kündigungsrecht für Zeitsoldaten" demonstriert. Wegen dieser gerechten Sache wurde er vom Bataillonskommandeur Oberstleutnant Weick mit fünf Tagen Arrest auf Bewährung bestraft; eine Strafe, die nach der "Gesetzesreform" gerade ausreicht, um von der Wahl ausgeschlossen werden zu können.

Außerdem wurde versucht, den Mannschaften bei einer Kompaniebelehrung einzuschärfen, daß Soldaten, die in Uniform demonstriert haben, nicht Vertrauensmann werden könnten, daß es also zwecklos sei, sie überhaupt aufzustellen. Die Soldaten stellten den Gefreiten Lomer trotzdem auf, was auch rechtlich möglich war, weil über seinen Einspruch gegen die Bestrafung vom Truppendienstgericht nicht mehr vor der Wahl entschieden werden konnte.

Es gelang dem Kompaniechef nicht, die Wahl über diesen Zeitpunkt zu verzögern, obwohl er mehrmalige Aufforderungen des alten Vertrauensmanns, endlich einen Wahltermin anzusetzen, einfach ignorierte und sich damit über klare gesetzliche Bestimmungen hinwegsetzte. Erst durch eine Beschwerde wurde er gezwungen, einen Termin anzusetzen.

Die Wahlversammlung selbst konnte unbehelligt erst stattfinden, nachdem der Feldwebel vom Wochendienst (Ordnungsfunktion innerhalb der Kompanie), der angab, dort unbedingt für Ruhe sorgen zu müssen, auf energischen Protest der Soldaten hin unter Beifall den Versammlungsraum verlassen hatte.

Am 23. Oktober wurde die Arreststrafe gegen den Vertrauensmann endgültig bestätigt. Der Kompaniechef erklärte daraufhin die Amtszeit des Vertrauensmanns für beendet und setzte den Stellvertreter als neuen Vertrauensmann ein.

Der Wirbel, den die Offiziere um die Vertrauensleutewahl veranstaltet haben, ist verständlich. Es zeigt sich ihre Angst vor einem Zusammenschluß der Soldaten. Für die Mannschaften kommt es jetzt darauf an, für die beschlossenen Forderungen aktiv zu werden. – **(h, 4./92)**

Bremen. Die 300 Teilnehmer einer Veranstaltung gegen den § 218 verabschiedeten eine Solidaritätserklärung.

Befreiungskampf in Oman

Schwere Verluste für den Feind

Höchst selten berichtet die westdeutsche bürgerliche Presse über den Befreiungskampf des Volkes von Oman, und wenn, dann so, als wäre er schon niedergeschlagen, als würden nur noch einige kleine Guerillatrupps die "Gegend unsicher machen", als hätte aber ansonsten die iranische Truppe unter Führung der britischen Offiziere die befreiten Gebiete wieder zurückerobert und wieder der Kontrolle des Sultans Quabus von Oman unterstellt.

Tatsächlich aber tobt ein heftiger Krieg im befreiten Dhofar, der Südprovinz Omans, und tatsächlich erleiden die imperialistischen Söldner schwere Niederlagen. In einer Presseerklärung der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO), veröffentlicht vom Informationskomitee am 28.10., heißt es:

"Die iranischen Invasionstruppen in Zusammenarbeit mit den kolonialistischen britischen Streitkräften und denen des Marionettenregimes von Maskat (dem Regierungssitz des Sultans, d. Red.) begannen am Abend des 16. Oktober eine Landungsoperation im Herzen der Westregion des Südens Omans. Dabei setzen sie eine große Zahl Soldaten mit Luft- und Seestreitkräften ein und beschießen das ganze Gebiet.

Seit der ersten Stunde des Landeunternehmens bis jetzt toben heftige Schlachten zwischen der Volksbefreiungsarmee, der Volksmiliz und den Invasionstruppen. Durch diese Schlachten und den gleichzeitigen Granatbeschuß gegen die Häuser der Menschen und die Gebiete, in denen sie leben, wird klar, daß der Feind in Hysterie geraten ist und diese Operationen ausführt mit dem Ziel der Vergeltung, und nur der Vergeltung. Denn er glaubt selber nicht mehr daran, daß er die Fähigkeit hat, irgendeinen strategischen Sieg über die Revolution zu erringen. Stattdessen hat der Fortschritt der Schlachten, die während der gegenwärtigen Phase stattgefunden haben, eine bemerkenswerte Steigerung der Fähigkeiten und Zunahme der Kampferfahrung bei den Kämpfern der Revolution gezeigt. Die gesteigerten Fähigkeiten zum Kampf fügten den feindlichen Kräften schwere Verluste an Leben und Ausrüstung zu."

Ein Journalist einer französischen Delegation, die sich vom 15. bis 30. Oktober in Dhofar aufhielt, berichtete:

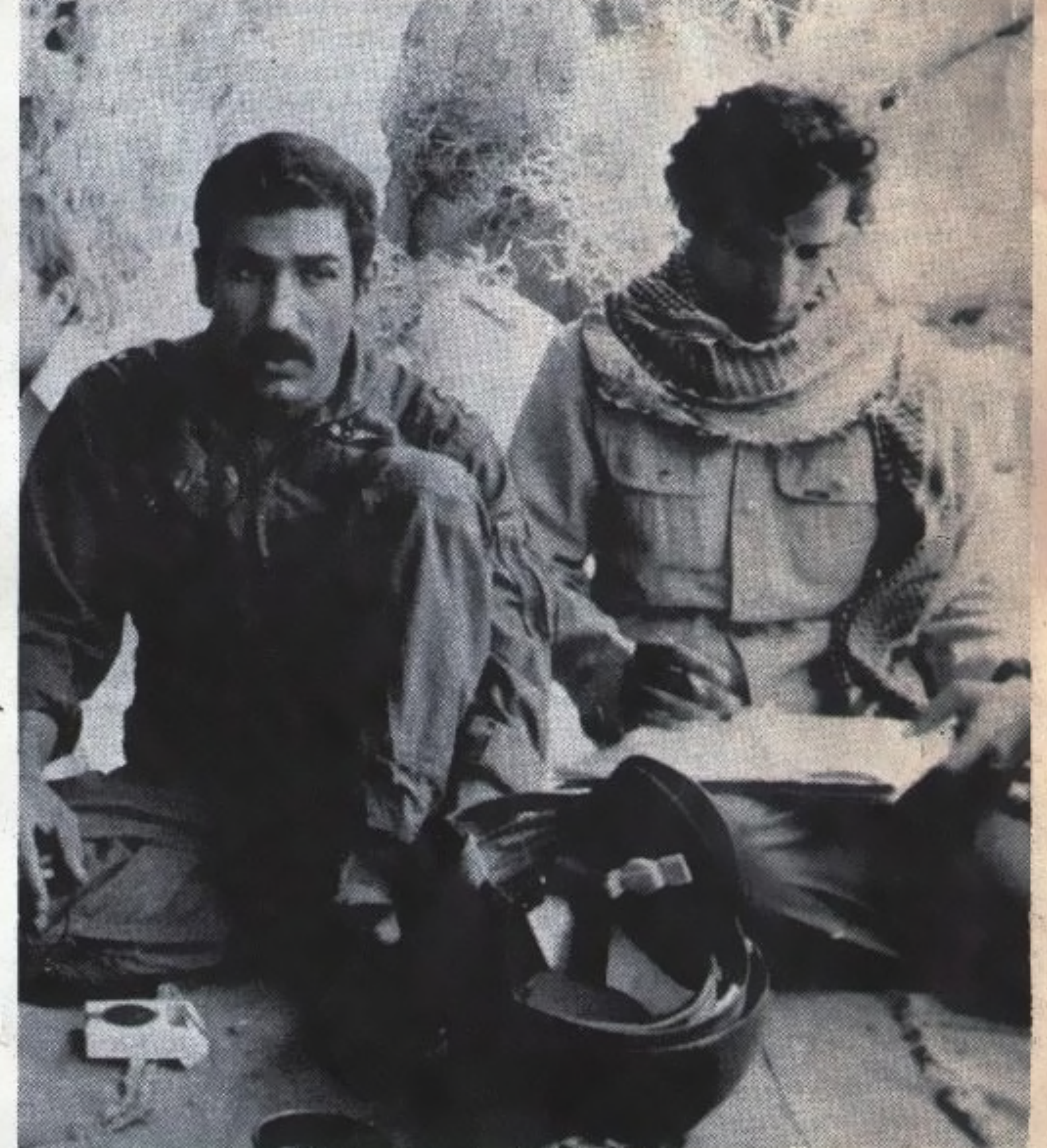
"In der Zeit vom 15. bis 30. Oktober, als wir uns in Dhofar aufhielten, wurden wir Zeuge der großen militärischen Stärke der Volksfront für die Befreiung Omans. 15 Maschinen des Feindes wurden zerstört: 2 Flugzeuge des Typs 'Jaguar', 6 Strikemaster und 7 Hubschrauber. 413 Soldaten des Feindes wurden getötet oder verletzt, wertvolles Kriegsmaterial konnte erobert werden."

Obwohl nach Angaben eines Vertreters der PFLO die iranische Invasionstruppe 25 000 Soldaten beträgt und dazu 2 000 britische Offiziere und Experten den imperialistischen Krieg leiten – der Oberbefehlshaber der "omanischen" Streitkräfte ist ein britischer General, der direkt vom britischen Verteidigungsministerium ernannt wurde –, kontrolliert die Befreiungsfront den größten Teil der Südprovinz und das Bergland mit über 100 000 Bewohnern.

In ihrer Presseerklärung versichert die PFLO, die restlichen Invasionstruppen und die britischen kolonialistischen Streitkräfte aus Oman zu vertreiben. "Alle Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden liebenden Kräfte und alle antiimperialistischen Kräfte" werden in der Presseerklärung dazu aufgerufen, die Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Oman zu verstärken, die Imperialisten zu entlarven und zum Abbruch ihrer Invasion zu zwingen.

"In ihrer 'befreiten Zone' sind die Zivilbevölkerung und die Kämpfer der PFLO in einer neuen Weise organisiert. Zunächst wurden 'Komitees zur Lösung der Probleme unter den Bürgern' gebildet, die die Differenzen regeln, die durch das Leben in Stammesverbänden entstanden sind. Das Prinzip des freien Zugangs jedes einzelnen zu jeder Wasserstelle machte Schluß mit den Privilegien der stärksten Stämme. Alle alten Ränke und Blutfehden, Hindernisse für die kollektiven Vorhaben, wurden ausgelöscht. Die Vermischung, die in der Armee durch die Kämpfer organisiert wird, durch die Schüler in den Schulen und der Bevölkerung in den Lagern und Weideplätzen hat Schritt für Schritt die Auswirkungen der Stammesspaltung beseitigt. Die Landwirtschaft, die in dieser Viehzüchtergesellschaft praktisch unbekannt war, wurde gefördert, um der Wirtschaftsblockade der Briten zu begegnen. Nach nunmehr acht Jahren wurden Volkskomitees gewählt, die die Selbstverteidigung der Bevölkerung organisieren, die Umverteilung der Lebensmittel, die die Front beschafft und die Rat gibt in den Fragen der Landwirtschaft und dem Verdecken der Behausungen vor dem Blick des Feindes.

Die Probleme, die die Intensivierung des Krieges gestellt hat, sind enorm. Die Bevölkerung hat die Dörfer verlassen und lebt jetzt in zahlreichen Höhlen, die in ganz Dhofar verstreut sind. Das Vieh – Kamele, Rinder und Schafe –, die wichtigste Quelle der Ernährung, wurde durch die Luftangriffe zu 80 Prozent ausgerottet. Es lebt jetzt auch in den Höhlen, deren Eingänge verdeckt sind. Nur mit großer Vorsicht können die Tiere jeden Tag einige Stunden auf die Weide gebracht werden." (aus dem Bericht der französischen Journalisten)



Links der iranische Pilot, der von den Volksbefreiungskämpfern gefangen genommen wurde. Mit ihm wurde das untenstehende Interview durchgeführt.



Schulkinder im befreiten Gebiet

Ein gefangener iranischer Pilot berichtet

Auszüge aus einem Interview, das französische Journalisten vor kurzem in den befreiten Gebieten mit einem am 14. September 1975 abgeschossenen und gefangen genommenen iranischen Piloten machten:

Oberleutnant Perwiz Mohammed Ali Ashrafian Awal berichtet:

Man hat mir eingetrichtert, daß die Front keine Gefangenen macht. Aber ich wurde sehr gut behandelt ... Ich kam nach Oman, weil es mir befohlen wurde. Weder ich noch sonst jemand von uns hat den Wunsch, sich freiwillig für den Kampf hier zu melden. Wenn ich in der Lage gewesen wäre, gegen den Befehl zu rebellieren, hätte ich es getan. Als Anreiz für die, die nach Oman kommen, um dem Sultan gegen die Revolutionäre zu helfen, gibt es Vergünstigungen ...

Wie wurden Sie ausgebildet?

Ich wurde als Pilot für Hubschrauber ausgebildet, dabei erfolgte die Anleitung durch amerikanische und iranische Instrukteure. In Oman bin ich erst seit 40 Tagen. Als ich herkam, bekam ich eine Prämie von 5 000 Touman (2 000 DM), mein Gehalt wurde dadurch fast verdoppelt ...

Warum hilft der Iran dem Sultan?

Weil der Iran strategische Interessen in dieser Region hat.

Wie sieht das tägliche Leben der iranischen Soldaten aus, die in Oman kämpfen?

In der Base "Manston", wo ich mich aufgehalten habe, gibt es ungefähr 1 500 iranische Soldaten – ein Bataillon – vorwiegend für Hubschraubereinsätze. Die Mahlzeiten und das Wasser werden direkt aus dem Iran eingeführt und wir frankieren unsere Briefe mit iranischen Briefmarken. Im Sultanat sind es die Briten, die die Armee befehligen, aber die iranischen Truppen haben eine unabhängige Befehlsstruktur.

Die Bewohner in Dhofar haben alle einen großen Teil ihrer Kamele, ihrer Kühe und Ziegen verloren. Nehmen Sie das Vieh gern zum Ziel Ihrer Angriffe?

Ja, wir haben den Befehl im oben angegebenen Sinn, denn das Vieh ist das Hauptmittel für die Bewohner in Dhofar, um zu überleben.

Spendet für den Wiederaufbau einer zerstörten Schule

Die Volksfront für die Befreiung Omans – PFLO – ruft uns auf, für den Kampf um nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des Volkes von Oman aktiv einzutreten und das Volk materiell in diesem Kampf und beim Aufbau einer neuen Gesellschaft zu unterstützen. Dazu hat sie uns konkret aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Wiederaufbau einer zerstörten Schule zu unterstützen. Für dieses Projekt hat sie uns folgende Liste übersandt, die die Materialien enthält, die für den Aufbau der Schule derzeit dringend benötigt werden:

- Instrumente für Geometrie (Zirkel, Lineale usw.)
- Chemie- und Phsyiklabor
- Malkasten und Zubehör
- 16 mm-Projektor
- Bleistifte und Kugelschreiber
- Feldbetten
- Turngeräte
- Schlauchboote mit Motoren
- Ausstattung für eine Apotheke und eine Erste-Hilfe-Ambulanz
- Wissenschaftliche Lehrfilme
- Schreibmaschinen (arabische und englische Tastatur)
- Abzugsmaschine
- Kleine Werkstatt
- Generatoren (220 V, 50 kW)
- Verstärker und Kassettenrecorder

Alle, die sich mit dem gerechten Kampf des Volkes von Oman solidarisieren, sind aufgefordert, nach Kräften zu spenden und in ihrem Bekanntenkreis weiterzusammeln, damit der Wiederaufbau der Schule materiell durch diese Kampgne abgesichert werden kann.

Spendenkonto
Humanitäre Hilfe Dhofar
Bank für Gemeinwirtschaft Westberlin
Nr. 10 04 70 43 05

Berichtigung:
Die in KVZ Nr. 43 angegebene Kontonummer war falsch, die Ziffern 4 und 3 fehlten

Patenschaft mit der „Schule des Volkes"

Heidelberg. In der vergangenen Woche haben sich Vertreter der Fachschaften, das Studentenparlament und der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Pädagogischen Hochschule für die Übernahme einer Patenschaft mit der "Schule des Volkes", einer Schule der Volksfront für die Befreiung Omans, ausgesprochen. Die Vollversammlung der PH-Studenten hat folgende Resolution verabschiedet:

"Die PH-Vollversammlung beschließt, den Wiederaufbau der 'Schule des Volkes', einer Schule der Volksfront für die Befreiung Omans, längerfristig zu unterstützen. Sie beschließt die Übernahme der Patenschaft der Pädagogischen Hochschule Heidelberg mit der Schule des Volkes. Dazu strebt sie an, in der Zeit bis zum 18.11. 2 000 DM zu sammeln. Weiterhin verpflichtet sie sich, jedes Semester – auf jeden Fall jedes Jahr in der Zeit um den 9. Juni, den Jahrestag des Ausbruchs der bewaffneten Kämpfe in Oman – ihre Aktivitäten zur Unterstützung der Schule des Volkes durchzuführen und Geld zu sammeln.

Sie fordert die Gremien der Pädagogischen Hochschule und den Rektor auf, sich öffentlich für die Patenschaft mit der Schule des Volkes auszusprechen."

Strategie zur Vernichtung der Revolution

Die Strategie der imperialistischen Allianz zur Vernichtung der Revolution in Oman beschreibt ein Sprecher der PFLO am 16.8.1975 folgendermaßen:

"Die iranischen Truppen haben moderne und technologisch weitentwickelte Waffen eingesetzt, die sie aus den USA bezogen haben. Als wichtigste gelten Hubschrauberstaffeln, die zum ersten Mal in Dhofar massiv zum Einsatz kamen. Truppenverschiebungen mit Hilfe von Hubschraubern und unter starkem Feuerschutz verhelfen dem Feind zu neuem Landgewinn und geben ihm die Möglichkeit, Truppen in beliebige Stellungen zu bringen. Dies ist eine neue Situation und eine Weiterentwicklung der feindlichen Strategie.

Die Luftwaffe des Feindes besitzt eine enorme Schlagkraft. Zu Land verfolgt er die Methode der verbrannten Erde. Die befreiten Gebiete werden tagtäglich von der Marine und der Luftwaffe angegriffen, begleitet von massiven Artillerieeinsätzen, die hauptsächlich gegen bewohnte Gebiete gerichtet sind. Das zwingt die Bevölkerung, in die feindlichen mit Stacheldraht umzäunten Wehrdörfer oder auf das Territorium der Volksrepublik Jemen zu fliehen. Die Strategie der letzten militärischen Aktionen ist dadurch gekennzeichnet, daß man den Fischen das Wasser abgraben will.

Der Feind wendet eine in Indochina bewährte Methode an, d. h. den Aufbau von isolierten militärischen Stellungen. Er benutzt sie als Ausgangsbasen und errichtet von hier aus eine starke Verteidigungsbasis mit elektronischen Warn- und Selbstschußanlagen. Einige dieser Stellungen ziehen sich von der Küste bis zur Gebirgskette im Norden hin. Außerdem wird das Gebiet vermint. Das zielt darauf ab, die Region zu unterteilen und unsere Nachschub- und Verbindungswege zu unterbrechen. Nach den Erfahrungen in Vietnam haben die Iraner in Dhofar die Hornbeam-, Damafan- und Safid-Linien als Abwehrsieb errichtet.

Der Feind startet gezielte und konzentrierte Offensiven zwischen diesen isolierten Stellungen unter dem Kennwort 'Search and destroy', d. h. die hier aufgespürten Revolutionäre werden sofort liquidiert. Tatsächlich ist es in den befreiten Gebieten zu einer Reihe solcher Offensiven gekommen, z. B. die Offensive gegen die mittlere Region im Dezember 1973, gegen die Westregion im Dezember 1974, gegen Al Mamar im Februar 1975 und gegen die Ostregion im März 1975.

Der Schah war davon überzeugt, daß seine Armee diese Aufgaben in wenigen Wochen erledigen würde. Er

Fortsetzung S. 13 oben

Fortsetzung Oman ...

war vom Sieg überzeugt, weil nach seinen Aussagen seine Armee nur gegen ein paar Kannibalen zu kämpfen haben würde. Er glaubte, die iranischen Truppen hätten aus Vietnam gelernt. Was aber auf dem Schlachtfeld geschah, brachte den iranischen Truppen keine großen Ehren ein.

Davon ausgehend können wir die militärische Lage wie folgt beschreiben:

1. Die isolierten Stellungen funktionieren nicht wie geplant. Wohl trifft es zu, daß iranische und jordanische Truppen und britische Söldner eine Reihe von isolierten Stellungen mit Minen und elektrischen Drähten ausgebaut haben. Aber diese Stellungen sind voneinander isoliert, der Feind hat sich in diesen Stellungen verschanzt und ist Ziel der Angriffe der Befreiungsarmee. Sogar die feindlichen Patrouillen, die die Aufgabe haben, die Befreiungsarmee zu verfolgen, haben schwere Niederlagen erlitten. In einer Presseerklärung des britischen Kommandeurs in Dhofar gegenüber dem Middle East Journal deutete er an, daß diese Stellungen untauglich seien.

2. Die 'Search an destroy'-Aktionen der Patrouillen haben ihre Ziele nicht erreicht, sondern im Gegenteil schwere Verluste erlitten, denn unsere Taktik besteht darin, den Feind tief in das befreite Gebiet hineinzulocken, d. h. weit weg von seinen Versorgungsstellungen. Der iranische Soldat mit seinen 50 Kilogramm Marschgepäck wird in unwegsamem Berg- und Schluchtengelände in die Falle gelockt. Seine Kampfmoral sinkt, weil er gegen einen unsichtbaren Feind kämpft. Er gerät in die Falle der nationalen Befreiungsarmee und wird von Stellungen angegriffen, mit denen er nicht gerechnet hat. Das versetzt ihn in Panik, und leicht wird er Opfer unserer Feuerüberfälle. Ein wichtiger Aspekt unserer Taktik ist die Unberechenbarkeit, d. h. wir greifen dann an, wenn der Feind am wenigsten damit rechnet, um den Überraschungseffekt zu erhöhen.

Wir haben zahlreiche Hubschrauber in der Ostregion abgeschossen und dem Feind große Menschen- und Materialverluste zugefügt. Er hat viele Gefallene, Waffen und Dokumente zurücklassen müssen, nachdem er fluchtartig das Schlachtfeld räumen mußte. Eine Armee, die ihre gefallenen Offiziere auf dem Schlachtfeld zurückläßt, hat eine geringe Kampfmoral. Allgemein können wir sagen, daß die militärische Situation sehr verwickelt ist., d. h. feindliche Truppen befinden sich in den befreiten Gebieten, aber gleichzeitig werden sie von der Volksbefreiungsarmee umzingelt, und beide liefern sich täglich erbitterte Gefechte. Der jetzige Krieg ist ein Krieg der gegenseitigen Verflechtung, d. h. wir können die militärische Präsenz des Feindes nicht als absolut ansehen, ohne die Befreiungsarmee zur Kenntnis zu nehmen und umgekehrt."

(Aus "Al Hadaf", übersetzt in einer Broschüre der Evangelischen Studentengemeinde)



Ein Volksbefreiungskämpfer in Dhofar, der viele Jahre seines Lebens als Sklave des Sultans von Oman verbrachte

Ein ehemaliger Sklave des Sultans Bin Taimur berichtet

"Die Schwarzen sind die am meisten Ausgebeuteten, sie sind Sklaven oder überhaupt nichts. Sie haben keinerlei Rechte und jeder kann frei über sie verfügen ... Um meinem Schicksal zu entgehen, bin ich 1964 in die Leibgarde des Sultans gegangen. Nach dem Attentat gegen ihn und um die Revolution in Oman zu bekämpfen, haben die Briten zu der Zeit alles im Land in die Hände genommen. Sie haben ihren Geheimdienst und ihren Sicherheitsdienst bis ins Extrem ausgebaut ... Wie viele andere konnte ich nur dadurch fliehen, indem ich davongeschwommen bin ... Nachdem ich sieben Stunden geschwommen war, hatte ich Arzat erreicht und habe mich auf den Strand zum Schlafen hingelegt. Am nächsten Morgen bin ich losgegangen, die Kämpfer der Front zu suchen. Diese haben mir vorgeschlagen, zu emigrieren, wenn ich das wollte. aber schließlich bin ich bei ihnen geblieben. Nach einer Zeit ohne Waffe habe ich dann ein Gewehr bekommen und ich habe mich der Befreiungsarmee angeschlossen. Jetzt kann ich lesen und schreiben und habe überhaupt eine Menge dazugelernt. Ich weiß auch, daß wir unser Land wieder gewinnen werden, wie stark der Feind auch sein mag. Und wenn es wir nicht sein können, dann unsere Kinder ..."

Phosphatbeteiligung gegen Befreiung und Selbstbestimmung

Der marokkanische König Hassan II. und Prinz Juan Carlos, der die Staatsgeschäfte in Spanien führt, haben Verhandlungen über die Zukunft der unter spanischer Kolonialherrschaft stehenden Westsahara vereinbart. Zweck der Verhandlungen ist, eine Übereinkunft zu erzielen hinsichtlich der Ausbeutung der Bodenschätze der Westsahara, besonders der reichen Phosphatvorkommen im nördlichen Teil der Westsahara.

Die Vereinbarung solcher Verhandlungen war die Bedingung dafür, daß der marokkanische König Hassan II. den Befehl zum Rückzug an die 350 000 Marokkaner gab, die seit Donnerstag, den 6. November, in das Gebiet der Westsahara eingedrungen waren und fünf Kilometer vor dem von der spanischen Armee – der Fremdenlegion – gelegenen Minengürtel lagerten. Im Gegenzug hat der spanische Prinz den sofortigen Abzug der 30 000 spanischen Soldaten aus der Westsahara angekündigt.

Die Westsahara befindet sich seit dreißig Jahren unter spanischer Kolonialherrschaft. 1958 wurde sie zur spanischen Provinz erklärt.

Phosphat – der Reichtum der Sahrauis

Mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes des Volkes von Sahara – der Sahrauis – wurde 1969 das Ende des spanischen Kolonialismus eingeläutet. Fast hundert Jahre lang konnte Spanien dieses Gebiet kontrollieren, ökonomisch ausbeuten und in einem Zustand hinterlassen, der mit der Rückständigkeit in den portugiesischen Kolonien vergleichbar ist. In Sahara leben etwa 70 000 Einwohner, vor allem islamische Nomadenstämme, die von der Viehzucht leben. Sie sind zumeist Analphabeten; die "christliche Zivilisation" der Spanier hat sie nicht erreicht. 1966 gab es lediglich 38 Schulen mit 1 900 Schülern, und Ende 1973 studierten gerade sechs Sahrauis an spanischen Universitäten. Den Spaniern ging es in der gesamten Geschichte der Sahara nur um die Fischerei und den Handel, die bis vor einigen Jahren die Hauptquellen des spanischen Profits darstellten. Erst seit Mitte der sechziger Jahre sind die riesigen Phosphatvorkommen von 1,7 Milliarden Tonnen mit einem derzeitigen Wert von über 100 Milliarden Dollar bei Bou Craa bekannt. Sie werden von der "Union Explosivos Rio Tinto" (UERT) ausgebeutet. Allein 1974 konnte die UERT 650 Millionen Dollar an Einkünften erzielen, nicht zuletzt eine Folge der extrem niedrigen Löhne der rund 3 000 Beschäftigten. Sie verdienen im Monat etwa drei- bis viertausend Pesetas, während ein Spanier 25 000 Pesetas und zusätzlich freie Wohnung und Gesundheitsfürsorge erhält. Um den Abtransport des Phosphats zu sichern, wurden etwa 30 000 (einige Quellen sprechen von 50 000) Soldaten und Legionäre ins Land geholt. Sie bewachen hauptsächlich die 100 Kilometer langen Förderbänder von Bou Craa zur Hauptstadt El Aiun, von wo aus das Phosphat verschifft wird, Villa Cisnero und andere wichtige strategische Punkte in Sahara.

Die großen Phosphatproduzenten 1972 (in Millionen Tonnen)

USA	39,8
Sowjetunion	20,0
Marokko	14,2
Tunesien	3,4

Die Phosphatexporteure 1972 (in Millionen Tonnen)

Marokko	13,6
USA	12,5
Sowjetunion	6,2
Tunesien	2,3

Der Befreiungskampf der POLISARIO macht eine neokoloniale Lösung zunichte

Seit 1969 kämpft das Volk von Sahara um seine Befreiung von dem spanischen Kolonialismus. Nach Schwierigkeiten, die bis 1973 dauerten, wurde die Frente POLISARIO (Popular de Liberacions de Sequiat el Hamra y de Rio Oro) gegründet, der sich 1974 eine Reihe anderer Gruppen anschlossen. 1969 kam es in El Aiun zu gewaltsamen Kundgebungen mit der Forderung nach Beendigung der Kolonialherrschaft, die vom spanischen Militär gewaltsam niedergeschlagen wurden. Die Verstärkung des spanischen Militärs samt seinen Söldnertruppen und der Repressionen gegen das Volk und die Führer der Frente POLISARIO führten bis Anfang 1975 zur Abnahme der Aktionen gegen die spanische Herrschaft. Unter anderem wurde die Bewegungsfreiheit der Beduinen eingeschränkt. Nach südafrikanischem Vorbild wurden Ausweise mit Stammesbezeichnungen ausgegeben. Seit Anfang des Jahres hat es erhebliche Zusammenstöße zwischen der Frente POLISARIO und den spanischen Truppen gegeben, so u.a. im Mai, als 26 spanische Soldaten gefangengenommen wurden. Während einer Rundreise einer Delegation der Vereinten Nationen im Mai/Juni 1975 organisierte die Frente POLISARIO politische Massendemonstrationen zur Bekräftigung ihres Zieles nach vollständiger Unabhängigkeit. Frente POLISARIO tritt für das "Recht auf Unabhängigkeit und Freiheit": (West Africa, 25. August) ein. Zugleich will Frente POLISARIO die Minen von Bou Craa nationalisieren. Darüberhinaus führt Frente POLISARIO den Kampf gegen einen Anschluß an Marokko. In mehreren Auseinandersetzungen mit marokkanischen Truppen, bei denen marokkanische Soldaten auf Sahara-Gebiet getötet wurden, hat die Befreiungsorganisation gezeigt, daß sie ernst macht mit dem Kampf für nationale Unabhängigkeit: "Das Sahara-Volk wird niemals einen neuen Kolonialismus akzeptieren." (West Africa, 26. Mai) Zu solchen Kämpfen ist es auch jetzt auf Sahara-Gebiet zwischen marokkanischen Soldaten und Kämpfern der POLISARIO gekommen. Hassan II. hatte erklärt, mit Ausnahme der spanischen Soldaten werde auf jeden geschossen, der sich dem Marsch der 350 000 entgegenstelle.

Unterstützt werden die Vorstellungen der Frente POLISARIO von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), der UNO, Algerien und dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, die allesamt für das Selbstbestimmungsrecht von Sahara eintreten. Marokko hat sich dagegen ausgesprochen. Ebenso neuerdings der tunesische Präsident Bourghiba, der – an Algerien gerichtet – im Beisein des französischen Staatschefs Giscard d'Estaing erklärte: "Warum soviel Aufhebens machen wegen einer Handvoll Beduinen? "

Ganz im Gegensatz zu Frente POLISARIO verfolgt die PUNS (Nationale Einheitspartei der Sahara), die vom spanischen Staat gegründet wurde und von den USA unterstützt wird, das Ziel der engen Verbundenheit mit Spanien auch nach der Unabhängigkeit.

Die Mobilisierung der marokkanischen Massen für einen ungerechten Zweck

Mit Hilfe der PUNS wollte der spanische Kolonialismus die von der UNO geforderte Abstimmung der Saharabewohner für sich entscheiden und seine Verfügung und die seiner Geldgeber – das amerikanische und westdeutsche Finanzkapital – über die Phosphatlager sichern. Dieser Plan hat sich nun als nicht durchführbar erwiesen. Er scheiterte sowohl an dem sich unter der Führung der POLISARIO entwickelnden Befreiungskampf des Sahara-Volkes als auch an der zunächst bekundeten Bereitschaft des marokkanischen Königs, notfalls einen Krieg mit Spanien zu riskieren. Der marokkanische König, der mit den despotischsten Mitteln das marokkanische Volk beherrscht, konnte mit seinem Aufruf gegen den spanischen Kolonialismus und bei der Vorbereitung und Durchführung des "grünen Marsches" der 350 000 eine Welle der nationalen Begeisterung gegen den Kolonialismus auslösen.

Nun, da für alle Marokkaner urplötzlich der Befehl zum Rückzug aus der Westsahara gegeben wurde, da der König Verhandlungen mit dem Kolonialherrn – dem Despoten auf der anderen Seite – führt, ist die Empörung unter den Teilnehmern am Marsch sowie im ganzen Lande groß. Niemand versteht, warum der König zuerst 350 000 Mann anheuert, um mit ihnen einen "Kreuzzug" gegen den spanischen Kolonialismus durchzuführen, und warum er dann dieses Unternehmen wieder abbricht, nachdem es gerade erst begonnen hatte. Aber dem Monarchen ging es weniger um die Vertreibung des spanischen Kolonialismus, die Befreiung der Sahara, sondern die 350 000 sollten zugleich das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis zertrampeln.

Letzteres gibt jetzt die Verhandlungsbasis ab mit dem spanischen Kolonialismus. Die Tatsache aber, daß der Monarch die Massen für einen ungerechten Zweck mobilisierte und einsetzte und nun die Massen in ihr Elendsdasein zurückkehren sollen, kann ihn noch teuer zu stehen kommen. Das kann ihn seine Herrschaft kosten. – (r/gj)

UdSSR fordert "Garantien" der Großmächte für Zypern

In der sowjetischen Zeitschrift "Neue Zeit" Nr. 42/1975 wird in einem größeren Artikel die Situation in Zypern geschildert. Als gegenwärtig größtes Problem wird bezeichnet, daß "die Unternehmer es ablehnen, in die Entwicklung des Landes Geld zu investieren, ehe eine politische Regelung getroffen ist und die nötigen Garantien gegen eine Wiederholung der vorjährigen Geschehnisse geboten sind. Ohne Kapitalzufluß aber kann nicht einmal der minimale Notplan für wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1975 und 1976, den die Regierung unlängst annahm, erfüllt werden." Dann wird von dem am 1. Oktober unterzeichneten sowjetisch-zypriotischen Abkommen berichtet und in dunklen Wendungen davon gesprochen, daß dadurch "die Wirtschaftsfront" gestärkt würde. Ob damit Kapitalkredite der UdSSR gemeint sind, bleibt offen.

Jedenfalls werden mit freudiger Zustimmung Zyprioten zitiert, die eine "Internationalisierung" der Zypern-Frage fordern: "Nur die Großmächte, die ständigen Mitglieder des UNO-Weltsicherheitsrates, können wirkliche Garantien für die Wiederherstellung und den Schutz der Unabhängigkeit und Integrität Zyperns bilden." Das betont die "Neue Zeit" obwohl sie im selben Atemzuge einen Teil der Großmächte, nämlich die NATO-Staaten, angeprangert hat, sie hätten den Zypernkrieg ausgelöst. Dennoch hofft die UdSSR-Führung, nein, sie fordert es, daß eben diese Großmächte und sie selbst, die UdSSR, Zypern unter ihre Fittiche nehmen sollen. Seltsame Logik: Nur die Unterwerfung unter den "Garantieanspruch" der Großmächte, einschließlich der UdSSR, soll Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität gewähren. – (mo)

China und Ungarn vereinbaren wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Budapest. Ein Protokoll über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und der Volksrepublik Ungarn wurde von den Delegierten beider Staaten während ihrer 14. Zusammenkunft unterzeichnet. – (nach Hsinhua vom 6.11.)

China und Bulgarien vereinbaren wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Sofia. Während des 13. Treffens der Kommissionen für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit der Volksrepublik China und der Volksrepublik Bulgarien wurde ein Protokoll unterzeichnet, in dem Form und Gegenstände der Zusammenarbeit festgelegt sind. – (nach Hsinhua vom 6.11.)

Phosphat

Phosphat ist das Salz der Phosphorsäure. Es enthält den chemischen Stoff Phosphor, der für alle Lebewesen unentbehrlich ist. Phosphate sind deshalb Grundstoffe für die Handelsdünger- und die Arzneimittelproduktion. In steigendem Maße werden Phosphate in der Reinigungsmittelproduktion verwendet. Der Abbau von Naturphosphat ist in den Jahren 1953 bis 1968 von 25 Millionen Tonnen auf über 80 Millionen Tonnen gestiegen (neuere Zahlen lagen nicht vor). Hauptsächlich verarbeitet wird Naturphosphat in den USA, der Sowjetunion, der BRD, Italien, Frankreich, Spanien und den Niederlanden. Die Haupterzeuger sind die USA (1968: 37,5 Millionen Tonnen), die Sowjetunion (17,7 Millionen Tonnen) und Marokko (10,8 Millionen Tonnen). Die größten Reserven lagern in den nordafrikanischen Ländern, besonders in Algerien, Marokko und in der spanischen Kolonie West-Sahara. Die dort aufgefundenen Lagerstätten sind im Tagebau abbaubar und haben eine höhere Qualität als die Lagerstätten der USA. Der größte Teil des in Nordafrika geförderten Phosphats wird in den westeuropäischen Industrieländern verarbeitet und von dort aus unter anderem in Form von Phosphatdünger (Superphosphat) zurück in die Länder der Dritten Welt exportiert. Die wichtigsten westdeutschen Konzerne der Phosphorerzeugung und -verarbeitung sind: Giulini GmbH, Knapsack AG, Metallgesellschaft AG, Farbenfabriken Bayer AG, Farbwerke Hoechst AG, Merck AG und BASF. (nach: Westermann, Lexikon der Geographie und Brockhaus, Enzyklopädie 1973)

Klassenverhältnisse auf dem Lande

Der Bauer des portugiesischen Nordens beginnt politisch zu debattieren

Wir haben in der vorigen KVZ schon einige Probleme der portugiesischen Bauern im Minho, also dem Gebiet um Braga im Nordwesten Portugals, kennengelernt. Der portugiesische Norden gliedert sich aber in drei unterschiedliche Landwirtschaftszonen mit unterschiedlichen Kennzeichen.

Fährt man von Braga nach Westen, so dringt man in die Berge ein, und erst Chaves, eine Stadt von etwa 16 000 Einwohnern, liegt wieder in einem Tal, der Region "Traz os Montes" – "Hinter den Bergen". In der Bergkette, die Braga von Chaves trennt, liegt heute ein mächtiger künstlicher Stausee, der Elektrizität bis weit ins Land hinein liefert. Diese Bergkette trennt zwei Landwirtschaftszonen. Im Braga, also dem Minho, sehen wir die Landwirtschaft großenteils darniederliegen. Die kapitalistische Industrie ist hier fortgeschrittener als "hinter den Bergen", und sie hat den Ruin der Kleinbauern beschleunigt. Die Mehrzahl der Bauern ist lediglich Pächter des kleinen Stück Lands, das sie bebauen, die Pachtverträge mit den Grundbesitzern sehen die Abgabe von der Hälfte bis zu zwei Dritteln der Ernte an den Grundbesitzer vor. Die von der PC beherrschte vierte Regierung hat im April ein Gesetzesdekret erlassen, das den Bauern ermöglicht, nicht die Ernte abzugeben, sondern die Pachtzinsen in Geld abzugleichen.

Dieses Dekret wurde sehr gefeiert, aber es wirft den Bauern nur in die Hände eines anderen Räubers. Das Gesetz wurde gefeiert, weil nun dem Bauern die Möglichkeit geboten werde, seine Ernte vollständig zu verkaufen, in Geld zu verwandeln, und er habe dabei die Möglichkeit, die Preissteigerungen voll für sich nutzbar zu machen. Dies ist die Illusion, die man dem Bauern zu wecken versucht. In Wirklichkeit sieht sich nach diesem Gesetz der Bauer vollständig dem **Zwischenhändler** ausgeliefert, der billig kauft und enorm teuer verkauft. Es ist nicht verwunderlich, daß in manchen Dörfern dem Bauern-Pächter der Grundbesitzer und der Zwischenhändler in ein und derselben Person gegenübertreten, ihn auf doppelte Weise ausplündernd. Man sieht, daß dieses Gesetzesdekret lediglich der kapitalistischen Geldwirtschaft auf dem Lande zum Fortschritt verhilft, dem Bauern selber aber nicht viel bringt. Fortschritt der kapitalistischen Geldwirtschaft in der Landwirtschaft bedeutet, daß der reiche Bauer den armen Bauern ruiniert, daß der Händler sich über den einzelnen Bauern wirft und daß der Grundbesitzer dazu übergeht, seine Pächter zu vollständig kapitalistischen Lohnarbeitern zu verwandeln.

Diesen Prozeß kann man in den Anfängen im Minho entdecken. Das Ganze hat seine Logik. Die ländliche Arbeitskraft wird vom Boden, mit dem sie durch Eigentum oder Pacht verbunden ist, gewaltsam gelöst, zu disponibler Arbeitskraft, jederzeit bereit, sich zu niedrigem Lohn in der neu angesiedelten modernen Industrie zu verdingen. Der Minho ist nicht zufällig ein Gebiet, in dem sich ausländische Monopole niederzulassen beginnen, wie etwa das große Montagewerk der Grundig mit etwa 3 000 Arbeitskräften in Braga zeigt.

Das Gebiet "Hinter den Bergen"

Während im Minho Großgrundbesitz mit Pachtsystem neben der kleinbäuerlichen Landwirtschaft besteht, haben wir "hinter den Bergen" kaum Großgrundbesitz. Hier gibt es reiche, mittlere und arme Bauern, aber es gibt keinen Großgrundbesitz, d.h. es gibt kaum diejenigen, die in der Stadt leben als Fabrikanten, Ärzte, Rechtsanwälte, aber ihr Land als großen Nebenverdienst an andere verpachten. Wie soll man den reichen Bauern als solchen bestimmen? Diese Frage ist keineswegs leicht zu beantworten, aber ihre Beantwortung ist wichtig, da der reiche Bauer in den wesentlichen Fragen der Gegner des armen ist. Im Minho sagen die Bauern: Unser Gegner ist der Grundbesitzer, der von der Landwirtschaft zusätzlichen Profit hat, der von seiner Arbeit in der Landwirtschaft gar nicht lebt, sondern sein Land verpachtet und in der Stadt seinem Beruf nachgeht. "Hinter den Bergen" ist dieser Typus kaum vorhanden. Aber hier gibt es den reichen Bauern, der soviel Land besitzt, daß er es allein nicht mehr bewirtschaften kann, und es daher teilweise in Pacht gibt. Diese reichen Bauern machen etwa 8 Prozent der Agrarbevölkerung aus, sie sind in der Lage, einen ständig steigenden Überschuß über den eigenen Bedarf zu produzieren; dieser Überschuß besteht in der Regel gerade in dem, was die Verpachtung abwirft. Wenn diese Bauern durch Mechanisierung ihre Produktion nochmals steigern können, so ist das Resultat ihrer Ausbeutung fremder Arbeitskraft, der Ausbeutung des Pächters.

Die Politik des Staatlichen Agrarinstituts

Das Staatliche Agrarinstitut in Chaves, das von der PS beherrscht wird, hat für das Gebiet große Pläne zur Errichtung von Kooperativen. Diese Kooperativen sollen die landwirtschaftliche Nutzung verbessern, also die Maschinisierung fördern und als Verkaufskooperativen die auch hier mächtigen Zwischenhändler ausschalten. Es ist sicherlich richtig, daß gegen den Zwischenhändler der einzelne Bauer machtlos ist und nur der genossenschaftliche Zusammenschluß den Zwischenhändler eliminieren kann. Die Beseitigung der Zwischenhändler ist im Interesse sowohl des Kleinbauern als auch des Arbeiters. Denn für den Kleinbauern bedeutet der Zwischenhändler und seine Macht geringen Verdienst für das Produkt, für den Arbeiter hohen Preis für die notwendigen Nahrungsmittel. Aber der Plan für Kooperativen, wie er von den PS-Strategen des Instituts für Agrar-Reorganisierung vorgelegt wird, bringt den kleinen Bauern in organisierte Abhängigkeit vom Großbauern, der anteilsmäßig immer die Kooperative und deren Projektpolitik beherrschen wird. Es ist bezeichnend, daß das Institut für Agrar-Reorganisierung keinen Unterschied zwischen Großbauern und Kleinbauern macht. So wird eine solche Kooperative nicht zum Instrument der armen Schichten des Landes gegen ihre Ausbeuter, sondern zum Instrument der Festigung der Rangordnung auf dem Lande. In dieser Rangordnung ist ganz wie in der kapitalistischen Industrie das Geld der Maßstab.

Eine Kooperative dieser Art wird sein wie eine kapitalistische Aktiengesellschaft, in der der kleine Anteilseigner nur dazu dient, das notwendige Kapital aufzubringen. Produkt des Ganzen wird sein, daß wiederum der Kleinbauer rascher in den Ruin getrieben wird. Noch bestehen diese Projekte fast ausschließlich in den Köpfen der Strategen vom Institut für Agrar-Reorganisierung. Aber gedanklich vollziehen diese auch schon den zweiten Schritt: Industrie soll "hinter die Berge". Das soll zunächst Industrie sein, die das landwirtschaftliche Produkt verarbeitet. Dazu werden sowohl Kooperativen wie auch Einzelpersonen günstige Kredite vom Staat gegeben. Es wird also nicht nur eine Kooperative gebastelt, die dem reichen Bauern zur Verfestigung seiner Macht verhilft, es wird gleichzeitig ein industrielles Monopol hergestellt, das den Bauern von neuem an die Kandare legt. Der Zwischenhändler ist damit ausgeschaltet, aber diese ausplündernde Figur soll nun in Gestalt des verarbeitenden Industriellen wiederkehren. Die kapitalistischen Pläne bringen den armen Massen auf dem Land nichts Gutes.

Starke Parzellierung

In Tras os montes ist die Parzellierung der Landwirtschaft sehr weit fortgeschritten. Wir finden hier eine Fläche von 30 Hektar oftmals aufgeteilt in 36 Parzellen, die jeweils unterschiedlichen Kleinbauern gehören. Gesetzlich ist die weitere Aufteilung eines Zwei-Hektar-Landstücks untersagt – aber keiner hält sich daran. Wie in einigen Gegenden des Schwarzwalds ist auch hier das Erbsystem für diese Parzellierung verantwortlich – es erben jeweils alle Söhne und nicht wie z.B. in Norddeutschland nur der Älteste. Aber die Tatsache, daß sich dieses Erbsystem als juristische Regel solange gehalten hat und heute noch hält, hat ihre ökonomische Wurzel. Im wesentlichen ist es ökonomisch bedingt durch die reine Subsistenzwirtschaft, die ihrerseits wiederum durch eine kaum entwickelte Infrastruktur bedingt ist. 1968 waren von den über 800 000 landwirtschaftlichen Betrieben Portugals nur 32 Prozent das ganze Jahr über mit einem Auto zu erreichen, und nur 2 Prozent besaßen Transportlastwagen.

Diese Lage erhält eine Landwirtschaft aufrecht, die zu über 50 Prozent nicht auf die Anbindung an den Handel aus ist.

Die Parzellierung findet so ihre Grenze in der Größe eines Landstücks, das gerade noch für die Familie eines Bauern den Lebensunterhalt abwirft. In dem Maße, in dem diese Grenze erreicht und unterschritten wird, nehmen die "Gastarbeiter" nach Frankreich, Westdeutschland usw. zu, und das gleiche Resultat wird durch die zunehmende verkehrstechnische und kommerzielle Erschließung des Landes erreicht, die zu einem fortschreitenden Ruin des kleinen Parzellenbauern führt, der zum Opfer der Geldwirtschaft wird.

Daß die Aufrechterhaltung des Erbrechts aller männlichen Nachkommen seine Wurzel im wesentlichen in der rückständigen Subsistenzwirtschaft hat, wird durch die Verhältnisse im "Weinland" Portugals, in der Gegend des Portweins am Douro-Fluß, belegt. Dieses Gebiet ist schon lange ausschließlich Produzent von Wein und insofern auf den Export angewiesen. Auch hier gilt eigentlich ein Erbrecht wie "hinter den Bergen", aber es tritt faktisch schon lange nicht mehr in Kraft, da die Weingüter eine gewisse Größe haben müssen, um rentabel zu sein. Auf diese Gegend komme ich gleich zu sprechen.

In Tras os montes ist ein weiterer Punkt für die Entwicklung des Klassenkampfs auf dem Lande von Bedeutung. Seit alters hatten die Bauern dieser Region in den Dörfern eine der Gemeinde gehörende Fläche Weideland, wo ein Hirte die Schafe und das Vieh aller Bauern hütete. Ab 1949 wurden diese sogenannten "baldios" den Bauern durch den Staat entrissen, der sie sich aneignete, um hier vor allem Forstwirtschaft für die sich entwickelnde Papier- und Plastikindustrie zu betreiben. Portugal ist ein wichtiger Lieferant von Papierrohmasse auf dem europäischen Markt. Die Aneignung durch den Staat dieser je nach Dorf unterschiedlich großen Landflächen (von zwei bis fünfzig Hektar) mußte in den meisten Fällen gewaltsam geschehen.



Landbesetzung im Süden Portugals. Im Süden hat sich die revolutionäre Bewegung der Landarbeiter schwungvoll entwickelt. Im Norden beginnen erst jetzt die kleinen Bauern die politische Debatte.

Noch heute ist in vielen Dörfern die faschistische Polizei GNR und PSP aus dieser Zeit her verhaßt, und viele Bauern haben diese Gemeindeländereien mit der Waffe in der Hand verteidigt. Es ist eine wichtige Forderung der Bauernschaft im Norden, daß diese Flächen wieder zurückgegeben werden.

Das Ursprungsland des Portweins

Die dritte Zone der nordportugiesischen Landwirtschaft ist die "Terra do Vinho do Douro", das Ursprungsland des Portweins, die Hänge hüben und drüben des Douro-Flusses. Seit langer Zeit wird hier Wein hergestellt, den englische Konzerne, das Haus Sandemann und das Haus Smith, von Porto aus in die Welt verschifften. Noch immer wird die Portweinindustrie von diesen beiden englischen Monopolen beherrscht; allerdings haben sich in den letzten Jahren hier portugiesische Firmen und einige Kooperativen verschiedener Regionen als Konkurrenten etabliert. Früher diktierten die englischen Kapitalisten den Preis des Weins. Das ging bis 1973 so. Dann kamen portugiesische Konkurrenzunternehmen auf, die die Engländer bis zum Dreifachen überboten. Es kam zu einem Eldorado der Weinbauern. Schnell wurde dieses Eldorado durch das Spiel der Konkurrenz wieder abgebaut, so daß wir heute bei wieder erheblich gesunkenen Preisen angelangt sind. Dem Eldorado verdankt das Land aber seine relativ gute Entwicklung. Wir finden hier nicht die Armut und die hohen Quoten von "Gastarbeitern", die ins Ausland gehen, wie im Minho und "hinter den Bergen".

Wir finden hier aber Landarbeiter, die bis heute schlechten Lohn bekommen, 12 DM pro Tag. Damit stehen diese aber besser als die Pachtbauern aus dem Minho, die manchmal nur knapp 150 DM im Monat real verdienen. Im "Weinland" gibt es Großgrundbesitzer, Großbauern, mittlere Bauern und Kleinbauern. Nur die Kleinbauern kommen ohne Lohnarbeiter aus. Als Maß für diese Klassen auf dem Lande dient die Weinproduktion. Gerechnet wird in der Maßeinheit "Pipa", das sind 550 Liter Wein. Ich gehe davon aus, daß man einen Bauern mit einer Produktion bis zu 10 Pipas als Kleinbauern bezeichnen kann. Danach gibt es im ganzen Land des Portweins 15 883 Kleinbauern. Rechnen wir eine Produktion über 10 und bis zu 50 Pipas zu den mittleren Bauern, dann zählen wir 5 380. Ein Großbauer besitzt über 50 und bis zu 150 Pipas. Davon gibt es 827. Großgrundbesitzer produzieren über 150 und bis über 300 Pipas. Davon gibt es 101. Ich nehme diese Einteilung in Ermangelung einer mir bekannten konkreten portugiesischen Analyse selber vor, und es mag sein, daß man alle Produzenten bis zu 300 Pipas noch zu den Großbauern rechnen sollte. Über 300 Pipas produzieren nur neun Landwirte, zu ihnen gehören die großen Güter des Hauses Sandemann & Smith. Bemerkenswert ist, daß insgesamt 21 431 Landwirte weniger Anbaufläche besitzen als 260 der Großen.

Diese Zahlen werfen ein Licht auf die Besitzverhältnisse, wobei hinzuzufügen ist, daß ein Großteil der Bevölkerung als Landarbeiter absolut besitzlos ist. Man sagte mir, das Verhältnis von Besitzenden zu Landarbeitern sei gleich 1 zu 7 oder gar 1 zu 9.

Wir finden also im "Weinland" weder ein ausgedehntes Pachtsystem noch eine ausgedehnte Parzellierung. In gewissem Sinne kann man sagen, daß hier ein Endstadium der kapitalistischen und geldwirtschaftlichen Durchdringung der Landwirtschaft erreicht ist, beschleunigt durch die Einseitigkeit und Exportabhängigkeit des Produkts.

Diese Exportabhängigkeit des Portweins macht diese Landwirtschaft enorm empfindlich, und in den letzten Monaten machte sich gerade hier der "politische" Boykott der großen europäischen Importeure stark bemerkbar.

Die Kredite – Mittel der Kapitalisierung

Wir haben jetzt in groben Zügen die Widersprüche in den drei verschiedenen landwirtschaftlichen Zonen des portugiesischen Nordens vorliegen. Im Minho herrscht der reiche Landbesitzer aus der Stadt und der Zwischenhändler, und die Bauern werden in den Kampf gehen müssen unter den Forderungen: Das Land, die Maschinen, das Vieh denen, die es bearbeiten, und Kooperativenbildung gegen den Zwischenhändler; sie werden Kredite des Staates fordern müssen zur Entwicklung der Landwirtschaft.

In Tras os montes werden die Bauern Front machen müssen gegen die reichen Bauern und die Zwischenhändler. Sie werden zinslose und bedingungslose Kredite (ohne Hypotheken) von seiten des Staates fordern müssen. Denn: was das Kreditsystem angeht, so gibt es seitens des bürgerlichen Staates zweierlei: einen sechsprozentigen Kredit für ein Jahr, der geringe Geldmengen zur Verfügung stellt, einen vierprozentigen, langfristigen, großen Kredit, zu dem aber Hypotheken und Bürgschaften Voraussetzung sind, die der arme Bauer niemals vorweisen kann. Diese Kredite sind in Wirklichkeit nichts als der mächtige Hebel des bürgerlichen Staates zur Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, zur Förderung des Ruins der kleinen Bauern mit den Mitteln der Geldwirtschaft.

In der Terro do Vinho do Douro haben wir schließlich ein ländliches Proletariat und die Vorherrschaft des Großgrundbesitzes sowie die Knechtung der Landwirtschaft durch vier, fünf große Exportmonopole. Diese Knechtung geht so weit, daß Kooperativen (die hier natürlich auch von den paar Reichsten beherrscht werden), die eine Jahresproduktion von über 1 Million Liter Wein haben, selber nicht an den Verbraucher liefern dürfen – das verbietet ihnen der Staat zugunsten der vier oder fünf Monopole, von denen die zwei Mächtigsten englische Kapitalhäuser sind.

Nur die Arbeiterklasse kann das Land aus der politischen Rückständigkeit reißen

Wenn die armen Klassen des portugiesischen Nordens heute noch nicht in den Kampf gegangen sind, so rührt das einerseits aus einer tiefen Abhängigkeit dieser Menschen von den eingefahrenen, von der Kirche verteidigten politischen Herrschaftsformen her. Der Priester ist oft selber einer der reichen Männer im Dorf, der sich mit der Zeit aus Abgaben und Spenden seinen Grundbesitz zusammengekauft hat. Das bäuerliche Dorf ist nach außen vielfach abgeschlossen, und erst heute beginnt der Bauer des Nordens politisch zu debattieren, und das mehr und mehr, in dem Maße, in dem er sein Produkt zu Markt trägt oder durch die Entwicklung der Industrie in Kontakt mit der Arbeiterschaft gerät. Dies ist wichtig, denn die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die die armen Bauern aus ihrer politischen Rückständigkeit zum Leben des Klassenkampfes erwecken kann. Alle anderen Klassen sind an der politischen Ruhe auf dem Land

Fortsetzung S. 15 Mitte

Gruppe Rote Fahne zu Portugal

Die Regierung muß endlich durchgreifen!

In einer früheren Nummer der Kommunistischen Volkszeitung (Nr. 41) haben wir darauf hingewiesen, wie die Gruppe Rote Fahne die Klassenkämpfe in Portugal als Provokation des Sozialimperialismus verurteilt und die Festigung der bürgerlichen Staatsmacht als Verteidigung der Unabhängigkeit begrüßt, während in Wirklichkeit sich der Sozialimperialismus in die **existierenden** Klassenkämpfe **einzumischen** versucht und die Festigung der bürgerlichen Staatsmacht **im Auftrag und im Bündnis** mit dem US-Imperialismus und den EG-Imperialisten erfolgt. Im Gegensatz zur Gruppe Rote Fahne sind wir deshalb der Auffassung, daß nur die Entwicklung des Kampfes der Arbeiter und Bauern und die Errichtung der neuen Demokratie, also die Entmachtung und Enteignung des imperialistischen Kapitals, des feudalen Großgrundbesitzes und des monopolistischen Kapitals, die Unabhängigkeit Portugals sichern und der sozialistischen Revolution den Weg bereiten kann.

Dementsprechend begrüßen wir nicht die Festigung der bürgerlichen Staatsmacht, sondern begrüßen jeden Schritt der Arbeiter und Bauern in Richtung auf die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht und ihre Ersetzung durch eine Staatsmacht der neuen Demokratie, d.h. der Herrschaft aller antiimperialistischen Klassen unter Führung des Proletariats. Die Differenz besteht also nicht darin, ob man für die Unabhängigkeit Portugals ist oder die sozialistische Revolution unmittelbar für möglich hält, sondern darin, ob man für die Herrschaft der Bourgeoisie und des Imperialismus ist oder für die neudemokratische Revolution, die allein die Unabhängigkeit vom Imperialismus, insbesondere vom Hegemoniestreben der beiden Supermächte, sichern und die Voraussetzungen für die sozialistische Revolution in Portugal schaffen kann. Gerade diese entscheidende Frage versucht die Gruppe Rote Fahne zu umschiffen, indem sie falsche Alternativen aufstellt. Tatsächlich jedoch nimmt sie unter dem Deckmantel der Errichtung der bürgerlichen Demokratie **gegen** die neudemokratische Revolution und für die Herrschaft der Großgrundbesitzer, der monopolistischen Bourgeoisie und des Imperialismus Stellung.

Hoffnung auf die Bourgeoisie

"In zahlreichen Artikeln haben wir – in Übereinstimmung mit den Auffassungen der Kommunistischen Partei Portugals-ML – dargelegt, daß gegenwärtig die sozialistische Revolution noch nicht unmittelbar vor der Tür steht, daß es gegenwärtig darauf ankommt, alle revolutionären und demokratischen Kräfte im Kampf für die nationale Unabhängigkeit zusammenzuschließen." (Rote Fahne Nr. 43)

Und wie soll das geschehen? Es soll geschehen durch die Unterstützung *"derjenigen Kräfte, die wie der Außenminister Melo Antunes und die Sozialistische Partei für eine bürgerliche Demokratie bei nationaler Unabhängigkeit eintreten."* (Rote Fahne Nr. 39) Die Tatsachen zeigen, daß die **bürgerliche** Demokratie nur errichtet werden kann durch die Unterdrückung der demokratischen Bestrebungen der Arbeiter, Bauern und Soldaten, daß sie die Großgrundbesitzer und Monopolkapitalisten schützt und Hand in Hand geht mit der Festigung des Einflusses des US-Imperialismus und der EG-Imperialisten, ohne den Einfluß des Sozialimperialismus zu brechen. Die Gruppe Rote Fahne aber behauptet, daß die demokratischen Bestrebungen der Arbeiter, Bauern in Wirklichkeit sozialimperialistische Provokationen sind.

Was die Festigung des Einflusses des US-Imperialismus und der EG-Imperialisten betrifft, so meint die Gruppe Rote Fahne: *"... angesichts der Vorherrschaftspläne des sowjetischen Sozialimperialismus, Hauptfeind Portugals und der anderen europäischen Länder, sind Beziehungen zur EG und die weitere NATO-Mitgliedschaft Portugals ein richtiger Schritt im Sinne der Einheit der europäischen Völker und Staaten gegen die imperialistischen Supermächte."* (Rote Fahne Nr. 41)

Weil die Gruppe Rote Fahne falsche Alternativen stellt und auf die Bourgeoisie als führende Kraft im Kampf um die Unabhängigkeit setzt, bleibt ihr nichts anderes übrig als den Teufel mit Beelzebub austreiben zu wollen oder, anders gesagt: mit dem Wolf, der zur Vordertür hereingekommen ist, den Tiger vertreiben zu wollen, der zur Hintertür hereinwill. Einstweilen aber versichert die von der Roten Fahne verherrlichte bürgerliche Regierung Portugals den USA ihre NATO-Treue, biedert sich den EG-Imperialisten an **und** läßt sich mit der Sowjetunion auf wirtschaftliche und politische Geschäfte ein. Im Inneren jedoch säubert sie die Armee von revolutionären Soldaten, erläßt Gesetze, die jeden Schritt in Richtung Volksbewaffnung ausschließen sollen, und geht gegen Landbesetzungen vor.

Ruf nach mehr Unterdrückung

All dies ist der "Roten Fahne" noch viel zu wenig: Ausgehend von ihrer Einschätzung, in der für selbständige revolutionäre Bestrebungen der Volksmassen kein Platz ist – entweder Herrschaft der Bourgeoisie und nationale Unabhängigkeit oder Herrschaft des Sozialfaschismus und Kolonie des Sozialimperialismus – kritisiert die "Rote Fahne" die bürgerliche Regierung Portugals wegen mangelnder Konsequenz in der Unterdrückung demokratischer Forderungen und Bestrebungen: *"Zwar versucht die Regierung eine eigene Truppe neben der teilweise von Cunhalisten beeinflußten COPCON, die AMI aufzubauen, aber als die Soldaten der Artilleriekaserne von Porto offen meuterten, um die Wiedereröffnung der von der PCP beherrschten Armeefahrschule zu erreichen, erfüllte Generalstabschef Fabiao diese Forderung und wich vor ihnen zurück."* (Rote Fahne Nr. 43) Man denke nur, ein leibhaftiger Generalstabschef weicht vor "offen meuternden" Soldaten zurück! Daß die Soldaten meuterten, ist auch Beweis genug, daß sie von der PCP "beherrscht" wurden und letzten Endes Marionetten des Sozialimperialismus sind. Wie auch jenes "offiziell bereits aufgelöste Polizeiregiment", das sich weigerte, "sich nach Angola einzuschiffen", was für die Gruppe Rote Fahne "Höhepunkt" der "provozierten Meutereien und Befehlsverweigerungen" gewesen ist. (Rote Fahne Nr. 41) Tatsächlich hatten sich die Revisionisten stets gegen die Aktionen dieses Regiments ausgesprochen. Dafür hatte sich dieses in seiner Resolution ausdrücklich gegen den Sozialimperialismus gewandt. (vgl. KVZ Nr. 36 und 37) Aber was kümmern die Gruppe Rote Fahne die Tatsachen des Klassenkampfes?

Sie fährt in ihrer Kritik an der Regierung fort: *"Ebenso hat die Regierung die Wiederbesetzung von Radio Renascenca hingenommen. All diesen Schritten liegt der an sich wichtige Wunsch zugrunde, den Massen, auch den Soldaten, demokratische Freiheiten zu gewähren und den Bürgerkrieg zu vermeiden, mit dem Cunhal schamlos droht. Aber dem Zugriff einer Supermacht entgeht man nicht, indem man vor ihm zurückweicht, sondern indem man ihn zurückschlägt."* Deutlicher kann man es kaum noch sagen: Die Massen sind Marionetten des Sozialimperialismus, und deshalb kann man dem "an sich wichtigen Wunsch" nicht entsprechen, "den Massen, auch den Soldaten, demokratische Freiheiten zu gewähren". Das käme einem Zurückweichen vor dem "Zugriff einer Supermacht" gleich. Ob die Rote Fahne der bürgerlichen Regierung wirklich Konsequenzen gegen die Volksmassen anraten muß? Und ob **diese** Konsequenz vor dem Zugriff der Supermächte schützen wird?

Die Logik der Gruppe Rote Fahne

Wenn man wie die Gruppe Rote Fahne die Widersprüche im Weltmaßstab stets auf den Widerspruch eines jeden Landes zum Sozialimperialismus zurückführt und alle anderen Widersprüche und erst recht die Widersprüche zwischen den Klassen zu böswilligen Erfindungen der Sozialimperialisten erklärt, dann muß man bei der Verherrlichung der Reaktion landen und die Aktionen der Massen gegen die Reaktion als Provokationen des Sozialimperialismus entlarven. Mit der Wirklichkeit hat dies dann wenig gemein und mit einer revolutionären Politik nichts. Es ist aber "konsequent", ungefähr so konsequent wie die Reaktion selber: Schon immer hat diese die Klassenkämpfe auf fremde Einmischung zurückgeführt und die Massen unterdrückt im Dienste der "Unabhängigkeit" und der "Vaterlandsverteidigung". Neu ist all das nicht. Neu ist nur, daß es in einer Zeitung verbreitet wird, die den Namen "Rote Fahne" trägt.

Natürlich gibt es Einmischung des Sozialimperialismus. Natürlich muß diese zurückgeschlagen werden. Es ist aber eine Einmischung in die existierenden Klassenkämpfe Portugals, und diese Einmischung kann revolutionär nur zurückgeschlagen werden, indem die Klassenkämpfe geführt werden im selbständigen Interesse der Arbeiter und Bauern und aller antiimperialistischen Kräfte. Dabei ist es notwendig, die Revisionisten zu schlagen. Ihre Rolle besteht darin, daß sie einerseits als der äußerste linke Flügel der Bourgeoisie auftreten und andererseits die Agentur einer fremden imperialistischen Macht sind, des Sozialimperialismus, der das Land unterwerfen will. Sie hemmen den Befreiungskampf des Volkes. Seine Früchte wollen sie ernten und ausliefern. Der Revisionismus kann nur geschlagen werden und die Einmischung des Sozialimperialismus kann nur abgewehrt werden, wenn die Marxisten-Leninisten in der Lage sind, in den existierenden Klassenkämpfen die führende Rolle in der Arbeiterklasse zu erringen und der Arbeiterklasse die Führung des Volkes zu sichern. Wer die Klassenkämpfe aber diffamiert, weil die Revisionisten in ihnen über Einfluß verfügen und der Sozialimperialismus daraus seinen Nutzen ziehen will, wird der einen Supermacht nur schaden können, indem er der anderen nützt, wird die Revisionisten nur schwächen können, indem er die Bourgeoisie stärkt. – **(js)**

Fortsetzung

Bauern im Norden

interessiert, an der Stumpfheit des Bauern. Das geht so weit, daß unter Salazar zu Beginn der dreißiger Jahre, in den Anfängen des Faschismus nach Niederschlagung der bürgerlichen Republik, in der die Bauernbewegung einigen Aufschwung genommen hatte, alle Lehrerschulen für eine Zeitlang geschlossen wurden, um den Analphabetismus auf dem Lande aufrechtzuerhalten.

Man hat dem portugiesischen Bauern des Nordens jetzt mehr als eineinhalb Jahre lang groß was vorgesungen von "Sozialismus" und so. Die MFA hat ihre Dynamisierungsabteilungen aufs Land geschickt und zumeist dort lediglich große Reden geschwungen, statt Hand anzulegen. Von großen Reden hält der portugiesische Bauer nicht viel. Er hält nicht viel von den Reden der Politiker. Die Parteien der Rechten wurden gewählt, weil sie von Gott redeten und von Gottes Segen. Aber der Bauer folgt diesen Parteien nicht blindlings, erst recht nicht in einen Bürgerkrieg. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß der portugiesische Bauer des Nordens nicht leicht für einen Bürgerkrieg gewonnen werden kann. Er will Frieden und nicht Krieg.

Die Frage steht daher nicht so, ob die ländliche Bevölkerung die faschistischen Heere bildet, sondern so, ob sie diesen Bürgerkriegsarmeen Manöverraum und die notwendige Logistik garantiert. Das ist nicht entschieden. Einige Genossen meinen, daß es darauf ankomme, heute durch Forderungen des unmittelbaren Kampfes die Bauernmassen des Nordens zu neutralisieren, dem Feind also die aktive Sympathie von seiten der Bevölkerung zu rauben. Dies erscheint mir richtig für den Augenblick, denn die Bourgeoisie und der Imperialismus scheinen in Portugal auf eine baldige Entscheidung hinauszuwollen, und in dieser Lage kommt es darauf an, die Stellungen der Revolution zu konsolidieren und die Kräfte, die sich noch im Einfluß des Feindes befinden, zu neutralisieren.

Brot, Land, Freiheit, Frieden und nationale Unabhängigkeit; das sind die Losungen des Kampfes – auch im Norden. – (**kkw**, Lissabon, 10. November)

Soldaten üben öffentlich Selbstkritik wegen Sprengung von Radio Renascenca

Am Freitag früh wurde der Sender Buraca von Radio Renascenca gesprengt. Wie bekannt, gehört die Rundfunkanstalt der katholischen Kirche. Sie wurde von Arbeitern besetzt und sie haben daraus eine Stimme des Volkes gemacht. Ende September wurde sie schon einmal durch Truppen besetzt und später wurde der Sender Buraca amtlich versiegelt. Ende Oktober wurde im Verlauf einer großen Demonstration das Siegel entfernt und der Sender von den Arbeitern wieder in Betrieb gesetzt.

Präsident Costa Gomes hat bei seinem Besuch in Rom dem Papst sicherlich Zusagen gemacht, daß die Frage von Radio Renascenca bald endgültig gelöst würde. Diese Lösung bestand nun darin, daß auf Befehl des Revolutionsrats am Freitag die gesamte Elektronik in die Luft gejagt wurde. Diesen Befehl führten im Schutz von Fallschirmjägern der Interventionstruppe AMI mehrere Sprengstoffexperten der Polizei durch.

Heute zeigt sich, daß die Bourgeoisie zwar Radio Renascenca einstweilen seiner technischen Mittel berauben konnte, aber dieser terroristische Akt ist von Anfang an ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie gewesen. Sie mußte kostspielige Anlagen zerstören, um eine revolutionäre Stimme auszuschalten, alle Versuche der militärischen Besetzung blieben erfolglos, da sich die Soldaten mit den Arbeitern verbündeten.

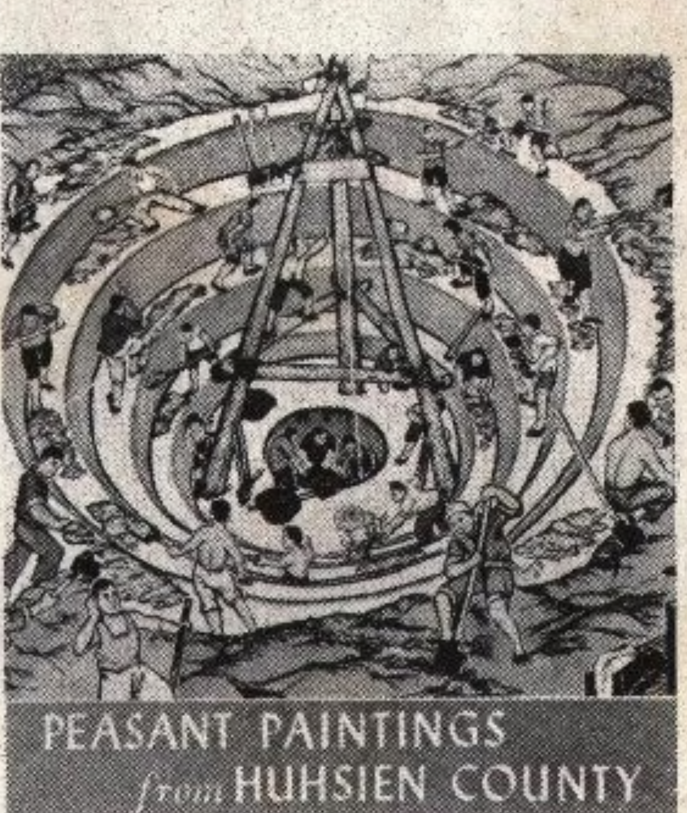
Die Folgen dieses Terrors fallen ebenfalls der Bourgeoisie auf die eigenen Füße. Die Fallschirmjäger aus Tancos, die dem Ganzen militärischen Schutz gaben, wußten nichts über ihre Aufgabe. In einer von der Soldatenkommission Lissabons einberufenen Versammlung leisteten diese Fallschirmjäger nachträglich öffentlich Selbstkritik. Ihre praktische Antwort auf die Tatsache, daß Regierung und Revolutionsrat sie zum Terror gegen das Volk mißbrauchten, besteht in folgendem: Die Fallschirmjäger treten auf Beschluß ihrer Plenarversammlung aus der AMI aus und fordern ihre Auflösung. Sie stellen die Forderung auf, in das Copcon eingegliedert zu werden. Sie meldeten sich am Sonntag Nacht freiwillig für die militärische Wache in dem Gebäude der Zeitung Republica, wo in dieser Nacht Provokationen zu erwarten waren, da PS und PPD am Sonntagabend eine Massenkundgebung veranstalteten und in ihrem Verlauf Ministerpräsident Acevedo die Gemüter der Reaktionäre gegen die Revolution aufhetzte.

Die Bourgeoisie muß nach ihrem Bombenattentat auf Radio Renascenca feststellen, daß sie weiter in Isolierung gerät und bei jeder Aktion ihrer Klassenkampftruppe AMI selbige weiter verfällt und untauglicher wird. Nicht nur das. Deutlicher als zuvor beginnt die Kluft in den höchsten Rängen der portugiesischen Militärs aufzureißen. Das Copcon unter General Carvalho hat sich von dem Bombenattentat öffentlich distanziert. General Carvalho nahm gestern an einer Sitzung des Revolutionsrates nicht mehr teil und überlegt sich, so heißt es, ob er aus diesem, für die Revolution inzwischen untauglichen Gremium ganz austreten soll. Die Bourgeoisie hat entschieden Schwierigkeiten mit den Soldaten.

Die Klassenfeinde treten gleichwohl offen hervor. Es ist tatsächlich so, daß unter dieser angeblich linken Regierung jeder Faschist, jeder Reaktionär ein sichereres Dasein hat als ein fortschrittlicher Mensch. In Privatwagen von Gewerkschaftern, in Privatwagen von Mitgliedern von Soldatenkommissionen oder Mitgliedern linker Organisationen gehen Bomben hoch, sie werden aus dem Staatsapparat hinausgesäubert, sie werden aus den Betrieben entlassen.

Das Bündnis zwischen Arbeitern, Landarbeitern und Bauern kommt im Süden voran. Am 2. November konnten die Arbeiter der Düngemittelfabriken und die Landarbeiter und Kleinbauern des Südens, denen die Auslieferung dieses Düngers staatlicherseits erschwert, bisweilen sogar verweigert wird, einen bedeutenden Sieg verzeichnen. General Carvalho erklärte, progressive Militäreinheiten würden gemeinsam mit Arbeiterkommissionen und Gewerkschaften der Transportarbeiter und Landarbeiter dafür sorgen, daß die Kooperativen des Alentejo und Ribatejo direkt mit dem notwendigen Dünger versorgt würden und staatliche Stellen und Zwischenhändler ausgeschaltet würden. Die Arbeiterkommissionen werden dies mit der Arbeiterkontrolle überwachen. – (**kkw**, Lissabon, 11.11.)

Anzeige



Peasant Paintings from Husien County (Bauernmalerei aus der Provinz Husien)
80 Farbdrucke *10,00 DM*

Die Bildermappe wurde in der letzten KVZ (Nr. 44) besprochen



Die kambodschanische Erfahrung
Herausgegeben von der Königlichen Botschaft Kambodschas in der DDR
50 S. *2,00 DM*

Buchvertrieb Hager GmbH
6800 Mannheim
Sandhofer Str. 29

Bericht über einen Besuch bei Bergarbeitern in Anyüan (China)

„Früher waren wir Zugtiere. Jetzt wollen wir Menschen sein!"

In China zu reisen ist eine aufregende Sache. Die chinesischen Gastgeber geben dem ausländischen Besucher auf verschiedenste Weise Gelegenheit zum Sammeln von Erfahrungen, die ihm ermöglichen, die Zeit vor der Befreiung des Landes mit den heutigen Verhältnissen zu vergleichen. Hier in Anyüan an der Grenze zwischen den Provinzen Kiangsi und Hunan, nicht weit vom Dschinggangschan-Gebirge, hatte ich ein Erlebnis, das ich wohl nicht vergessen werde.

Ich kam von Schaoschan, dem Geburtsort Mao Tsetungs, über Changscha nach Anyüan. Am Rand der Stadt, die zwischen Bergen liegt, erheben sich riesige Kohlenhalden. Die Menschen in den schmalen Straßen schauen den Fremden mit erstaunten Augen offen und lachend an, und viele klatschen in die Hände. Anders als sonst in China tragen die Mädchen das schwarze Haar oft lang und locker über die Schultern fallend. Aus den Gesichtern der Alten läßt sich die Härte und das Elend ihrer Jugend ablesen. In ganz China ist das Bergwerk Anyüan mit seinen revolutionären Kumpeln bekannt, die in den zwanziger Jahren eine Vorhut bildeten im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, dadurch die Arbeiterbewegung im Land sehr ermutigten und der Kommunistischen Partei Chinas wichtige praktische Erfahrungen lieferten.

Der erste Sieg im großen Bergarbeiterstreik von 1922

Das Bergwerk stand damals unter der Herrschaft ausländischer Imperialisten und chinesischer Reaktionäre. Anfangs wurde es von Deutschen kontrolliert. Sie gaben die erforderlichen Kredite und schickten die Grubenausrüstung. Später wurden die Deutschen von den Japanern abgelöst. In der Stadt waren Armee- und Polizeitruppen zur Unterdrückung der Kumpel stationiert. Beim Hineingehen und beim Hinausgehen aus dem Werk wurden die Arbeiter von Polizisten durchsucht. Im Betrieb gab es ein eigenes Gericht und ein eigenes Gefängnis. Jeder Kumpel förderte im Monat Kohle im Werte von 40 Yüan, bekam selber aber nur 7 Yüan Lohn in der gleichen Zeit. Der deutsche Ingenieur Leinen, der in Anyüan als Agent der Imperialisten tätig war, strich monatlich 2 120 Yüan ein. Unzählige Kumpel wurden durch nicht



Einfahrt ins Bergwerk Anyüan

behandelte Krankheiten, Hunger und Arbeitsunfälle dahingerafft. Die Wohnungen der Arbeiterfamilien, falls sie überhaupt welche hatten, waren in menschenunwürdigem Zustand. Vor der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas hatte es sieben größere Streiks gegeben, der erste wirklich umfassende und erfolgreiche Streik jedoch fand unter der Führung Mao Tsetungs und der Partei im September 1922 statt.

Die Kommunistische Partei Chinas war am 1. Juni 1921 in Schanghai gegründet worden. Mao Tsetung, der zu den Gründungsmitgliedern gehörte und das Parteikomitee Hunan leitete, kam ab Herbst 1921 wiederholt nach Anyüan, um Untersuchungen im Bergwerk anzustellen und die politische Organisierung dort voranzubringen. Sein offizieller Beruf war Lehrer, aber er sprach mit den Kumpeln im Betrieb, in den Wohnungen, in den Kantinen über den Klassenkampf und ließ ihnen vom Parteikomitee Hunan politische Schriften schicken. Er leitete die Gründung der Massenorganisation "Vereinigung der Kumpel und Bahnarbeiter von Anyüan" in die Wege, entsandte Kader mit organisatorischen Aufgaben ins Bergwerk, traf Maßnahmen zur Bildung der Parteizelle und der Zelle des Sozialistischen Jugendverbandes. Er propagierte die Notwendigkeit der Einrichtung von Abendschulen für Arbeiter, deren erste in Anyüan im Januar 1922 gegründet wurde. In diesen Abendschulen wurde Lesen, Schreiben und Rechnen und die Theorie des Marxismus-Leninismus gelehrt und geschah auf diese Weise die Ausbildung von Parteikadern.

Im Jahre 1922 erlebte die Arbeiterbewegung überall in China einen großen Aufschwung, und auch in Anyüan verschärfte sich der Klassenkampf. Die Imperialisten gingen mit Soldaten und Polizisten gegen die Arbeiterorganisationen vor und setzten Lohnzahlungen aus. Die Kumpel kämpften erbittert.

Der Streik begann am 14. September unter der Parole "Früher waren wir Zugtiere. Jetzt wollen wir Menschen sein!" und wurde von bewaffneten Arbeitereinheiten geschützt. Die Kumpel strömten aus den Gruben und demonstrierten mit ihren Arbeitsgeräten. Es gab 17 000 Teilnehmer. Nach fünf Tagen des Kampfes gegen Armee und Polizei mußten die Imperialisten den 13 Forderungen der Arbeiter nachgeben.

Dieser Streik erhöhte sehr das Bewußtsein der Bergarbeiter und auch der Bahnarbeiter von Anyüan, die ebenfalls an den Kämpfen teilgenommen hatten. Die kommunistischen Organisationen erfuhren eine bedeutende Ausdehnung. Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich, auf den weiteren Verlauf der Kämpfe und die Rolle Mao Tsetungs dabei einzugehen. Berichten möchte ich stattdessen über ein Gespräch, das ich mit zwei alten Bergarbeitern in Anyüan hatte, die beide die oben beschriebene Zeit selbst miterlebt haben und von denen einer sich an seine Zusammenkunft mit Mao Tsetung erinnert, als dieser zum ersten Mal zur Untersuchungsarbeit ins Bergwerk kam. Ich gebe die Reden der beiden alten Revolutionäre unmittelbar wieder, wie ich sie hörte.

"Genosse Mao Tsetung sagte zu mir: 'Ihr könnt etwas tun! Ihr seid doch die Arbeiter!' "

Mit beiden Händen und kräftigem Druck begrüßten mich die zwei Genossen, der 82jährige Dsin Dsai-yung und der 75jährige Hsi Hsün. Wir setzten uns, und Genosse Dsi fing an: "Im Herbst 1921 kam Genosse Mao Tsetung und sprach mit uns, um über unsere Leiden und unsere Lage zu hören. Genosse Mao Tsetung kam auch zu mir und sprach mit mir. Ich arbeitete damals im Kesselraum und war für die Heizung der Kessel verantwortlich. Wir arbeiteten gerade im Kesselraum. Nicht weit von der Halle, in der wir arbeiteten, gab es ein Kohlenbahngeleis, und Genosse Mao Tsetung kam aus der Richtung der Geleise. Als er sich uns näherte, sah er sich um. Er ging an dem Kohlenhügel vorbei, der vor unserer Halle lag, auf unsere Halle zu. Als er vor uns stand, haben wir ihn nicht angeredet. Warum? Weil früher oft Lehrer kamen, aber die wollten mit uns nicht sprechen, und darum haben wir ihn nicht angeredet. Wir arbeiteten in Gruppen an den Kesseln und sprachen im Hunan-Dialekt. Er hörte unseren Dialekt und rief uns an und fragte, ob wir aus Hunan kämen. Wir antworteten: 'Ja!'

Er sagte: 'Ich bin auch aus Hunan.'

Wir sagten: 'Mein Herr, Sie sind auch aus Hunan, dann sind wir Landsleute!'

Und wir setzten uns. Ein Arbeiter brachte ein Brett, damit Genosse Mao Tsetung sich setzen konnte. Da das Brett schmutzig war, wollte jemand es sauber machen. Aber Genosse Mao Tsetung wollte dies nicht, denn er meinte, wo wir sitzen, kann er auch sitzen, egal wie sauber oder schmutzig es ist.

Wir fragten: 'Wie heißen Sie, mein Herr? '

Er sagte: 'Mein Familienname ist Mao. Ich bin Lehrer. Aber redet mich nicht mit 'mein Herr' an.'

Er fragte, wie lange ich schon hier in Anyüan sei. Ich sagte: 'Ich bin schon 1914 nach Anyüan gekommen.' Genosse Mao Tsetung sagte: 'Oh, Sie sind schon lange hier.' Wir Kesselheizer konnten unsere Arbeit nicht einstellen. Wir standen also auf und er auch. Ich machte die Ofentür auf, und Feuer schlug uns entgegen.

Ich sagte zu Genosse Mao Tsetung: 'Wir bekommen oft Blasen an der Haut und verbrennen uns.' Er sagte: 'Ja, die Arbeit ist sehr hart und gefährlich.' Während ich mit der Eisenstange im Ofen hantierte, fragte Genosse Mao Tsetung mich, wie schwer die Eisenstange sei.

Ich sagte: 'Fünfzehn bis zwanzig Kilo.'

Er sagte: 'Oh, so schwer ist sie? '

Er fragte auch, wieviel Kohle wir täglich verbrennen. Ich sagte: 'Ein Arbeiter muß täglich 7 Tonnen Kohle verbrennen.'

Genosse Mao Tsetung fragte mich weiter: 'Wie lange müßt ihr am Tag arbeiten? ' Ich sagte: 'Wir arbeiten in zwei Schichten. Es kommt oft vor, daß wir über 12 Stunden arbeiten.'

Er sagte: 'Ah, Sie müssen so lange arbeiten. Das ist sehr anstrengend.' Ich erzählte ihm: 'Die Kumpel unter Tage verdienen 20 Fen pro Tag. Wir am Kessel verdienen nur 16 Fen.' Er fragte: 'Wieviel Reis könnt ihr dafür kaufen? ' Ich sagte ihm: 'Wir können damit nicht viel Reis kaufen. Die Preise schwanken ständig. Manchmal bekommt man dafür drei bis vier chin Reis, manchmal, oder meistens, nur zwei chin.'

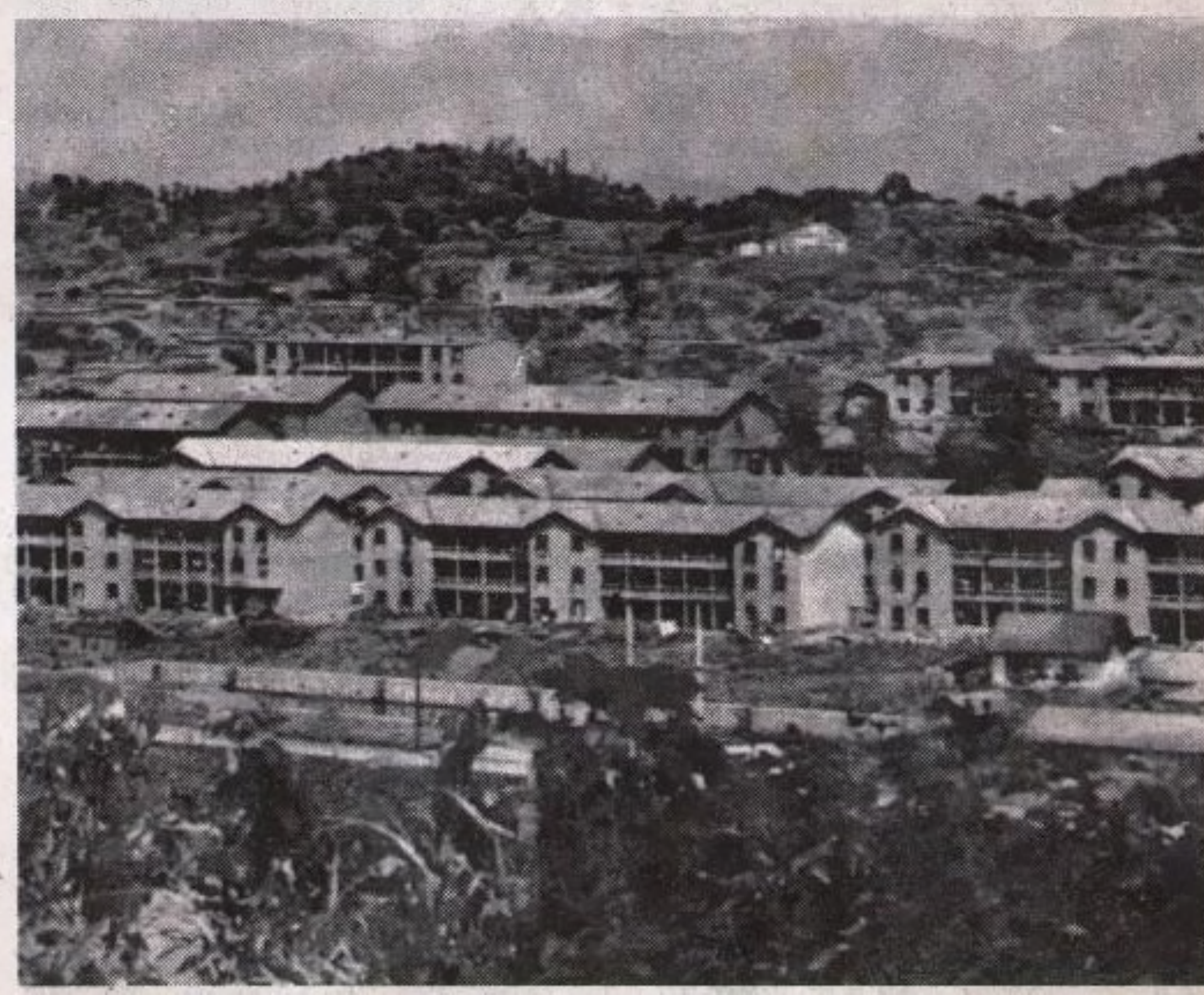
Ich sagte auch: 'Wir Arbeiter sind meistens nicht verheiratet, denn wir haben nicht genug Geld, um zu heiraten.' Genosse Mao Tsetung sagte: 'Oh, Sie sind nicht verheiratet. Aber Sie haben vielleicht noch Ihre Eltern? ' Ich sagte: 'Ja, ich habe noch meine Eltern, aber ich kann sie nicht ernähren, denn das Geld reicht nicht.'

Er fragte dann: 'Wie können Ihre Eltern denn da leben? ' Ich sagte: 'Mein Vater ist Landarbeiter bei einem Gutsbesitzer, und meine Mutter kocht für denselben Gutsbesitzer und paßt auf seine Kinder auf.' Er fragte: 'Aber wenn der Gutsbesitzer sie einmal nicht mehr braucht und sie dort nicht mehr arbeiten können? Was werden sie dann machen? ' Ich sagte: 'Dann müssen sie woanders hingehen und betteln.'

Nach einiger Zeit sagte ich zu ihm: 'Setzen Sie sich doch!' Aber er setzte sich nicht, sondern erkundigte sich weiter. Er war sehr teilnahmsvoll.'

Er sagte: 'Sie müssen sehr viel und lange arbeiten. Haben Sie manchmal Zeit für eine Pause? ' "

Die Augen von Genossen Dsin Dsai-yung röteten sich und seine Stimme wurde heller, während er fortfuhr: "Ich sagte zu ihm: 'Sie sagen Pause,



Neue Bergarbeitersiedlung in Anyüan

Herr Mao. Da kommen mir Tränen. Ich war einmal sehr müde und lehnte mich an die Wand. Da kam ein Aufseher und herrschte mich an, warum ich so dastehe. Er nahm eine Eisenstange und schlug auf mich los. Mein Arm war sehr schlimm danach, und ich konnte einen Monat lang nicht arbeiten.'

Genosse Mao-Tsetung sagte: 'Ja, in der Welt herrscht keine Gerechtigkeit. Sie arbeiten für die Kapitalisten, aber Sie werden außerdem noch angetrieben und verprügelt. Wo ist da die Gerechtigkeit? Die Kapitalisten arbeiten überhaupt nicht, aber sie essen gut, haben gute Kleider und ein gutes Haus. Wenn sie aus dem Haus gehen, lassen sie sich auf Sänften tragen.'

Ich sagte: 'Ja, wenn sie nach draußen gehen, müssen wir Arbeiter sie auf Sänften tragen. Das Schicksal der Kapitalisten ist gut, während unser Schicksal schlecht ist."

Genosse Mao Tsetung sagte: 'Das hängt nicht vom Schicksal ab. Das Schicksal hat damit nichts zu tun. Es hängt davon ab, daß wir in unserem Land von drei Lasten niedergedrückt werden.' Ich fragte: 'Wie meinen Sie das? Was für Lasten? ' Er antwortete: 'Drei Berge liegen auf dem Rücken der chinesischen Arbeiter. Dies sind der Imperialismus, der Feudalismus und der bürokratische Kapitalismus.' Er erklärte ausführlich, was er damit meinte, und fragte dann: 'Wieviel Arbeiter gibt es bei euch? ' Ich sagte: 'Es sind Tausende.' Genosse Mao Tsetung sagte: 'Dann werden wir etwas tun können! Ja, wir werden etwas tun!'

Als wir diese Antwort hörten, fragte ich: 'Was sollen wir tun? ' Da sagte Genosse Mao Tsetung zu mir: 'Ihr könnt etwas tun! Ihr seid doch die Arbeiter!' Ich sagte: 'Wir können weder lesen noch schreiben. Wir haben nichts gelernt.' Er sagte wieder: 'Ihr könnt etwas tun!' Und ich fragte: 'Wie? ' Genosse Mao Tsetung sagte: 'Als Einzelne natürlich nicht. Da werdet ihr von den Kapitalisten niedergeschlagen. Aber wenn ihr zusammenhaltet und euch einig seid, sind sie machtlos.' Er fuhrt fort und fragte: 'Wenn ich euch sage, ihr müßt euch zusammenschließen, habt ihr da Angst? ' Ich sagte: 'Natürlich habe ich keine Angst.' Er fragte weiter: 'Habt ihr auch Mut? ' Ich sagte: 'Natürlich habe ich auch Mut! Wie sollte ich keinen Mut haben, denn mir gehört nichts. Alles gehört den Kapitalisten.'

Genosse Mao Tsetung sagte: 'Vielleicht hören wir jetzt auf zu sprechen. Ich muß in einigen Tagen nach Hunan zurück. Ich werde später wiederkommen, und wir werden weitersprechen.' Er wollte gehen, und wir wollten ihn begleiten. Aber er wollte nicht, daß wir ihn begleiten, und sagte: 'Ihr braucht mich nicht zu begleiten. Aber ich habe eine Hoffnung, und zwar, daß ihr euch zusammenschließt.' Wir gingen mit ihm bis zur Tür unserer Kesselhalle, und er ging weiter, vorbei an der Anlage, wo die Kohle gewaschen wurde, und verließ uns.

Wir sprachen in der Halle über seinen Besuch, und jemand sagte: 'Ha, wir haben einen guten Besuch gehabt. Herr Mao ist gut.' Einer sagte: 'Es hat in der Welt nicht mehr solche guten Menschen gegeben, seit der Himmel von der Erde getrennt wurde.' Und ein anderer: 'Er sagte, er wird wiederkommen. Aber wer weiß, ob er wiederkommt.' Einige antworteten: 'Er wird bestimmt wiederkommen.'

Das war im Herbst 1921. Im Winter kam Genosse Mao Tsetung wieder. Davon erfuhr ich von anderen Arbeitern. Das wollte ich berichten über den Besuch des Genossen Mao Tsetung bei uns Arbeitern. Dies liegt schon lange zurück, und ich bin auch schon alt, und vieles fällt mir nicht mehr so gut ein. Es kann sein, daß ich manches vergessen habe."

"Wir müssen noch sehr arbeiten und uns gegenseitig unterstützen"

Dann sprach Genosse Hsi Hsün. Er ist etwas kleiner als Genosse Dsin, seine Haut ist braun und faltig, und seine dunklen Augen unter den schwarzen buschigen Brauen haben einen festen Blick. Genosse Hsi sagte: "Sie sind nach Anyüan gekommen. Wir Arbeiter freuen uns sehr darüber und heißen Sie herzlich willkommen. Ich habe gehört, daß Sie hier sind, und als alte Arbeiter kommen wir und begrüßen Sie. Sie machen hier einen Besuch; das wird zur Freundschaft zwischen uns und den Völkern beitragen und ist ein Ansporn für uns. Genosse Mao Tsetung hat gesagt, daß die revolutionären Volksmassen einander unterstützen und voneinander lernen müssen. Wir sind befreit worden, aber es gibt noch viele Völker in der Welt, die noch unterdrückt werden und wo die Arbeiterklasse immer noch entrechtet ist. Wir müssen noch sehr arbeiten und uns gegenseitig unterstützen."

Der Genosse sprach über die wichtigen Aufgaben, die alte Arbeiter im heutigen China haben, und hob hervor: "Wir sind zwar alt, aber unser Geist bleibt jung. Unsere besondere Aufgabe ist es, die Jungen auszubilden, damit sie von unseren Erfahrungen lernen."

In China hat nach einer langen Zeit der Ausbeutung und des Kampfes die Arbeiterklasse die Macht ergriffen. Dies ist nicht nur für das chinesische Volk von großer Bedeutung, sondern für die Völker der ganzen Welt. Sie alle müssen von der chinesischen Revolution und den Erfahrungen der Kommunistischen Partei Chinas lernen. Weiterhin kämpfen die chinesischen Massen an vorderster Front an der Seite des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus. Unablässig wird in China betont: Wir dürfen in unserem revolutionären Willen niemals innehalten, wir müssen immer weiter arbeiten, produzieren und kämpfen, um die Arbeitermacht in unserem Land zu festigen und um den fortschrittlichen und revolutionären Völkern zu helfen, bis die Revolution in der ganzen Welt zum Sieg gekommen ist! Die Reden der zwei Bergarbeiter sind ein lebhafter Ausdruck dieses Strebens und des internationalistischen, solidarischen Gefühls des chinesischen Volkes. Sie spornen uns an, unseren Kampf ebenfalls unentwegt und unnachgiebig zu führen bis zum Sieg. – (Uwe Kräuter, zur Zeit Anyüan.)